

Stadtentwicklung und Lokale Agenda 21 – Zwei Seiten einer Medaille

A. Krohn

Ausgangspunkt des Neuruppiner Stadtentwicklungskonzeptes

Seit der Gemeindegebietsreform von 1993 stand die Stadt Neuruppin vor der Aufgabe, einen komplett neuen Ansatz ihrer Stadtentwicklungsplanung finden zu müssen. An diesem Tage wurden dreizehn Gebietsänderungsverträge wirksam, und Neuruppin wurde durch die Eingemeindung von dreizehn vormals eigenständigen Kommunen die fünftgrößte Stadt Deutschlands.

Neben Neuruppin hatten bis zu diesem Zeitpunkt natürlich auch alle anderen Gemeinden eigene Vorstellungen über ihre kommunalen Entwicklungen erarbeitet. Beim „Nebeneinanderlegen“ der einzelnen Planungen konnte man sehr schnell bemerken, dass die bloße Addition der einzelnen Planvorstellungen noch kein gemeinsames, in sich stimmiges Gesamtbild ergab. Zum Beispiel hätte die sich offenbarende unkoordinierte Ausweisung verschiedener Wohn- und Gewerbegebiete zu einem stadt- und regionalplanerisch nicht zu vertretendem Überangebot dieser Flächen geführt. Die Folge wären unüberschaubare Risiken bei der Erschließung, der erforderlichen Finanzierung und der sich dann daraus ergebenden Gebühren und Vermarktungsstruktur gewesen. Daher war dieser Zeitpunkt die Geburtsstunde für ein vollkommen neu zu erarbeitendes, aber dennoch auf den Grundansätzen der Vorgängerplanungen aufbauendes Stadtentwicklungskonzept. Der ursprünglich als Arbeitstitel gewählte Name „Neuruppin 2006“ hat sich mittlerweile zur endgültigen und auch in der Öffentlichkeit akzeptierten Bezeichnung entwickelt.

Grundzüge und Wirkungsweise des Konzeptes „Neuruppin 2006“

Wir haben versucht, in unserem Konzept das Bild einer idealen Vision unserer Stadt im Jahre 2006 zu zeichnen. Alle Entscheidungen, die aus der heutigen Alltagssituation heraus getroffen werden müssen, sollten sich im günstigsten Falle in das Idealbild einfügen lassen, zumindest aber nicht konträr zu diesem stehen.

Um eine kleingliedrige Entscheidungsebene für Politik und Verwaltung zu erhalten, wurde das Konzept in drei grosse Bereiche unterteilt, die sich ihrerseits aus einer Fülle von Bausteinen zusammensetzen. Diese Bereiche sind:

- Landschaft und Dörfer,
- Altstadt,
- Stadtränder.

Die innerhalb dieser Bereiche genannten Bausteine sind anfangs ohne Rang- und Reihenfolge und ohne Anspruch auf Vollständigkeit benannt worden, und auch heute ist festzustellen, dass es sich um keine abschliessende Liste handelt. Das Konzept muss ständig an sich ändernde Rahmenbedingungen und neue Erkenntnisse und Entwicklungen angepasst werden. Ein wesentliches Kriterium hat jedoch uneingeschränkt und dauerhaft Gültigkeit: Vorrangig sollen jene Bausteine entwickelt und realisiert werden, die einen möglichst grossen Mitnahmeeffekt für weitere Bausteine haben. Weiterhin sollen diese Bausteine möglichst private Initiativen und privates Kapital mobilisieren. Wegen ihrer wichtigen Funktion werden diese Bausteine Schlüsselprojekte genannt.

Die große Bedeutung der Schlüsselprojekte setzt klar voraus, dass sie nicht ausschließlich in der Verwaltung erarbeitet und festgelegt werden können. Um eine hohe Akzeptanz in Politik und Öffentlichkeit zu erreichen, ist eine umfassende Diskussion die wesentliche Grundvoraussetzung. Diese wurde in Neuruppin mit der anstehenden Diskussion des Flächennutzungsplanes sowie verschiedener Detailplanungen zu diesem, wie z.B. dem Verkehrskonzept für die Innenstadt verknüpft.

Beginn dieser Diskussion war die zweite grosse Stadtentwicklungsausstellung „CIVIBUS AEVI FUTURI“ (Dem Bürger der Zukunft gewidmet) im Jahre 1997. In dieser Ausstellung wurden anhand des Konzeptes „Neuruppin 2006“ die Entwicklungsplanungen der Stadt vorgestellt. Gleichzeitig war sie Initialzündung für die erste Neuruppiner Zukunftswerkstatt im Herbst des gleichen Jahres, in der der Neuruppiner Agenda-Prozess nach einigen partiellen Vorläufern als umfassender Vorgang initiiert wurde.

Verknüpfung von formaler und informeller Öffentlichkeitsarbeit

Bereits vor dem „offiziellen“ Agenda-Beginn wurden in Neuruppin, zumindest in ausgewählten Aufgabenbereichen verschiedene, über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Formen der Öffentlichkeitsarbeit geschaffen. Beispielfhaft seien hier zwei Bereiche vorgestellt:

Verkehrsplanung: Um dieses vielschichtige Thema umfassend und ohne den Druck der in den formellen Fachausschüssen oft umfangreichen Tagesordnung bearbeiten zu können, wurde ein Verkehrsbeirat gebildet. Dieser Beirat setzt sich aus vielen Meinungs- und Interessenträgern der Stadt zusammen. So sind neben vielen anderen die IHK, der Einzelhandelsverband, die Kreishandwerkerschaft, aber auch Schulen und Senioren vertreten. Dieser Beirat hat sein Mitwirkungsrecht an allen verkehrsplanerischen Belangen mit der Stadtverordnetenversammlung vertraglich geregelt. Daher wird sein Votum bei Entscheidungen auch sehr ernst genommen. Dennoch gab es bei der Erarbeitung des sogenannten Maikonzeptes, eines Vorhabens zur Verkehrsberuhigung der Innenstadt, trotz der umfassenden Empfehlung des Verkehrsbeirates keine eindeutige Entscheidungsbasis in der Stadtverordnetenversammlung.

Ebenfalls war die tiefgreifende Beschäftigung des Beirates mit diesem Thema in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben. So entschloss sich die Stadtverordnetenversammlung nach hitziger Diskussion zu einer agendagemäßen Bürgerbeteiligung. Der Spätsommer des Jahres 1997 wurde genutzt, um in sechs großen Einwohnerversammlungen den Planungsansatz mit den betroffenen Bürgern zu diskutieren. Als äußerst günstig für diese Diskussionsrunden stellte sich das Einbinden von neutralen Moderatoren heraus. Hier konnten Persönlichkeiten des Neuruppiner Lebens gewonnen werden, wie z.B. Mitarbeiter des Brandenburgischen Umweltforschungszentrums, des Neuruppiner Technologie- und Gründerzentrums und der Industrie- und Handelskammer. Das nach diesen Diskussionsrunden gefundene Konzept wurde dann mit einer deutlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, allerdings vorerst nur für ein Jahr zur Probe. Dieses Jahr wurde dann fachlich begleitet durch die Arbeitsgruppe Maikonzept, die sich aus Vertretern des Verkehrsbeirates und Abgeordneten zusammensetzte. Das Probejahr erwies sich als für die Akzeptanzbildung in der Öffentlichkeit von unschätzbarem Wert. Hatte doch nun jedermann die Möglichkeit, die Planungen nicht nur am grünen Tisch zu erleben, sondern sich direkt und praktisch von den Vorteilen zu überzeugen. Dass die Akzeptanz wuchs, belegt ein gescheiteres Bürgerbegehren gegen das Konzept. Gelang es den Konzeptgegnern noch, in der theoretischen Vorphase des Projektes ausreichend Unterzeichner für die Durchführung eines Bürgerbegehrens zu mobilisieren, war dann die Beteiligung ca. vier Monate nach Konzept Einführung an diesem so gering, dass es nicht zum Aufheben der neuen Verkehrsregelungen kam. Mittlerweile ist auch das Probejahr längst vorüber und seit dem 21.12.1998 das Maikonzept als dauerhafte Verkehrsregelung beschlossen, übrigens mit wesentlich mehr Ja-Stimmen als noch beim Beschluß des Probejahres.

Uferzonenkonzeption: Ein ähnlich sensibles Thema wie die Verkehrsplanung ist in Neuruppin der Umgang mit den Uferbereichen. Als ein Baustein zum Flächennutzungsplan wurde vor mittlerweile drei Jahren eine Uferzonenkonzeption erarbeitet. Gemäß dem Anspruch an ein solches Fachgutachten war diese Konzeption sehr naturschutzbezogen und landschaftspflegerisch angelegt.

In der Offenlage der Planung zeigte sich dann, dass ein solcher Gedankenansatz den erbitterten Widerspruch der ca. eintausend Bungalow- und Datschenbesitzer hervorrief. Auch hier war die Stadtverordnetenversammlung nicht bereit, den entsprechenden Beschluss zu fassen. Ähnlich wie bei der Verkehrsplanung wurden umfassendere Eigentümer- und Bürgerversammlungen als Entscheidungshilfe eingefordert. Diese wurden dann auch durchgeführt, insgesamt dreizehn mit jeweils immer weit über fünfzig, z.T. auch weit über einhundert Teilnehmern. In diesen Versammlungen wurden zum einen die Anliegen der Betroffenen artikuliert, zum anderen wurde aber auch auf Naturschutzbelange und vor allem auf die in den meisten Bereichen ungenügende Erschließungssituation hingewiesen. Auch in diesen Beratungen konnten wir uns neutraler Moderatoren bedienen. Den Mitarbeitern des Brandenburgischen Umweltforschungszentrums sei auch an dieser Stelle für ihre professionelle Unterstützung gedankt.

Das Ergebnis dieser Beratungen wurde dann in der eigens hierfür gebildeten Arbeitsgruppe Uferkonzeption ausgewertet. Dieser AG gehörten u.a. die Vertreter der entsprechenden Uferbereiche, Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung, Naturschutzbehörde und dem Amt für Forstwirtschaft an. Es wurde um einen Kompromiss gerungen, der allen Belangen zumindest in Teilbereichen Rechnung trägt. Bis auf zwei Ausnahmen ist das der AG dann auch gelungen, in den beiden offenen Fällen muss jetzt die Stadtverordnetenversammlung eine politische Entscheidung treffen.

Erfahrung, Ausblick und weitere Vorgehensweise

Parallel zu den Arbeiten an den einzelnen Bausteinen unseres Flächennutzungsplanes fanden in den auf der ersten Neuruppiner Zukunftswerkstatt gebildeten Agenda-Arbeitsgruppen weitergehende Diskussionen des Stadtentwicklungskonzeptes "Neuruppin 2006" statt.

Naturgemäß kommt es hierbei zu immer stärkeren Überschneidungen und gegenseitigen Wechselbeziehungen und Beeinflussungen. So führte z.B. die Agenda-Gruppe "Wohnen und Verkehr" eine Anhörung zu einem vorgesehenen Investitionsvorhaben, dem Traumland Neuruppin, durch. Mit diesem Vorhaben sollte ein grosser Freizeitpark auf dem ehemaligen Militärflugplatz errichtet werden. In der Anhörung sollte geklärt werden, ob ein solches Vorhaben mit dem für Neuruppin beschlossenen Grundsatz der Nachhaltigkeit in Übereinstimmung zu bringen ist. Dieses konnte nicht nachgewiesen werden, und so entschloss sich die Politik, das Vorhaben nicht in den Flächennutzungsplanentwurf zu übernehmen.

Mittlerweile versuchen wir zunehmend, die Impulse der Agenda-Arbeit bewusst und zielgerichtet in die Stadtentwicklungsplanung zu integrieren. Die Erfahrungen aus den beschriebenen, aber auch aus anderen, hier nicht weiterausgeführten Beispielen wie Jugendarbeit, Wohnumfeldgestaltung, Vitalisierung der Innenstadt, nachhaltiges Wirtschaften und vieles andere mehr, machen uns Mut, diesen Weg weiter zu beschreiten. Ein Grundsatzproblem gilt es hierbei jedoch immer wieder zu lösen: Die Einwohnerschaft so zu interessieren, dass sie sich engagiert in den Prozeß einbringt. Dieses gelingt jeweils nur, wenn ein entsprechendes Thema einen unmittelbaren Einfluss auf einen bestimmten Betroffenenkreis ausübt oder es aber von einem enormen Interesse ist. Darüber hinaus muss es eine direkte Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit für diejenigen geben, die es auf sich nehmen, am Prozess teilzunehmen. Immer wieder gestaltet es sich schwierig, mit den Agenda-Gruppen Themen zu bearbeiten, die den vorgenannten Ansprüchen genügen. Aus diesem Grunde werden wir die Endgestaltung unseres Flächennutzungsplanes auch in den Agendaprozess integrieren. Auch die Weitergestaltung der Verkehrsplanungen soll auf diese Art und Weise erfolgen.

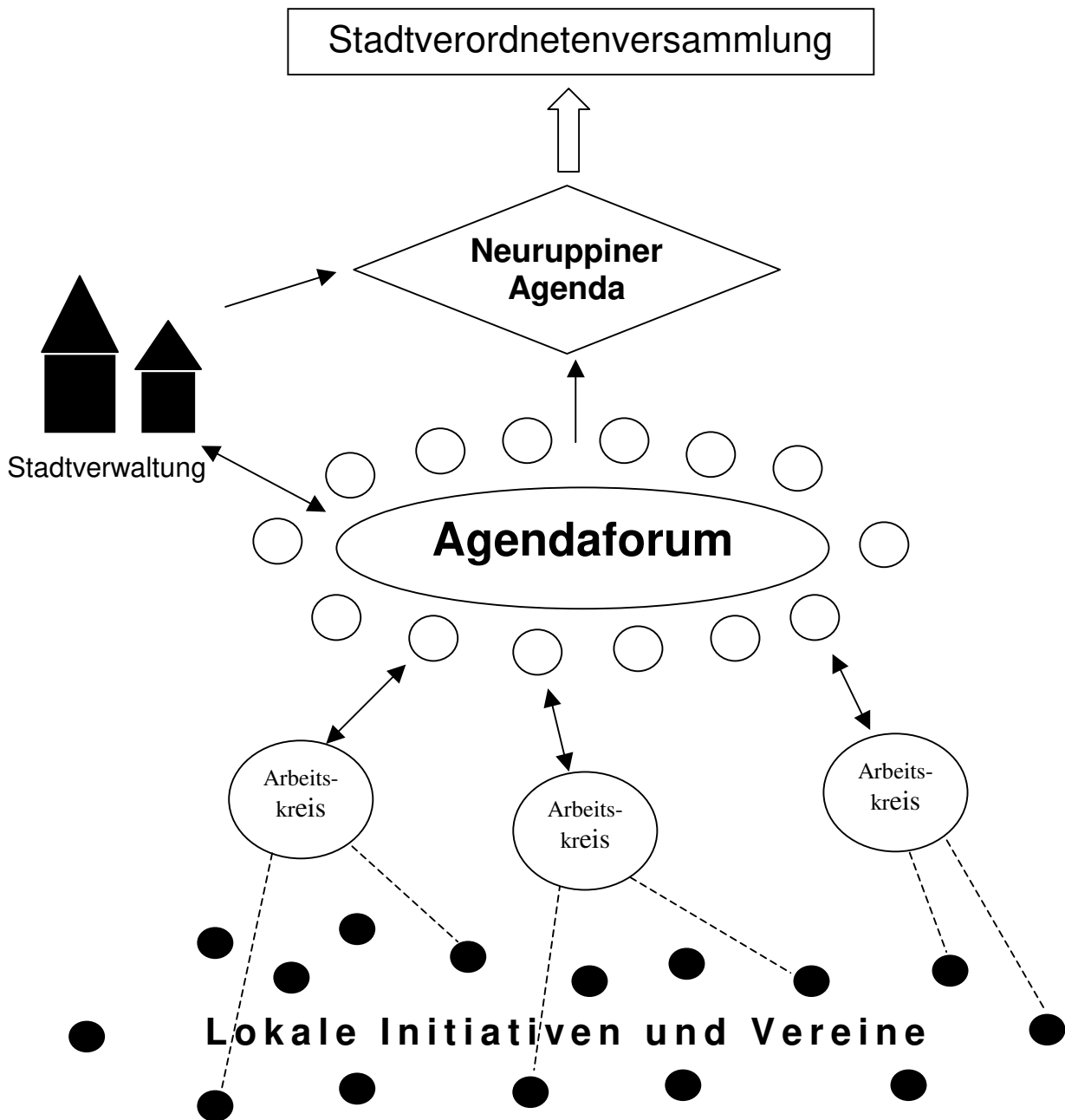


Abb. 1 Agenda-Arbeitsstruktur (nach Institut RAUM & ENERGIE)

Letztendlich bleibt zu hoffen, dass wesentlich mehr Themenbereiche direkt aus der Einwohnerschaft formuliert werden. Denn erst dann können wir von einer wirklichen Lokalen Agenda 21 sprechen, einem Entwicklungskonzept, das als eine *gemeinsame Zielstellung* in einem breiten Konsens von Bürgern, Politik und Verwaltung erarbeitet worden ist.

Anschrift des Autors

Arne Krohn
 Baudezernent der Fontanestadt Neuruppin
 Stadtverwaltung Neuruppin
 Postfach 15 51
16803 Fontanestadt Neuruppin

Agenda 21 in Oranienburg – die Entwicklung von Leitbildern

St. Materne

Eine verwirrende Menge von Begriffen sind gebräuchlich, wenn lokale Agenda-Aktive von ihren Zukunftsvorstellungen reden. Da gibt es Leitbilder, Leitlinien, Leitziele, Visionen, Handlungsziele, Zukunftsstrategien; Planungshorizonte u.v.m. Erschwerend kommt hinzu, dass denselben Begriffen in jeder Kommune mehr oder weniger unterschiedliche Bedeutungen zugeordnet werden.

Natürlich hat jede Kommune ihre eigene Methode bei der Agenda-Arbeit. Das ist auch gut so, da es den unterschiedlichen Voraussetzungen entspricht. Eine einheitlichere und eingängige Begrifflichkeit könnte jedoch insbesondere den Einstieg in die Agenda sowie die interkommunale Verständigung enorm erleichtern. Geht es doch gerade bei der Lokalen Agenda 21 (LA21) weniger um einen akademischen Diskurs, als vielmehr um einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Die bürgernahe Vermittlung der Themen und der „Philosophie“ der Agenda 21 stellt aufgrund der Komplexität und Vielfalt eine enorme Schwierigkeit dar. Das Wissen und die Überzeugung von den Inhalten bei den Agenda-Aktiven ist jedoch Voraussetzung für die Erarbeitung von Zielen.

Zur Bezeichnung der allgemeinen langfristig angestrebten Ziele verwendet die Oranienburger Agenda den Begriff „Leitbilder“. Insgesamt wurden innerhalb der einzelnen Themenbereiche ca. 25 übergeordnete Leitbilder erarbeitet.

Die Ziele der globalen Agenda 21

Die Verwaltung hat von den Stadtverordneten per Beschluß vom 16.12.1996 den Auftrag erhalten, eine Lokale Agenda-Initiative anzuregen. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde die „Charta von Aalborg“ verbindlich als inhaltliche Klammer der Agenda-Arbeit festgelegt. Die Aufklärung über die Ziele der Agenda 21 und der Charta von Aalborg stand am Anfang der Agenda-Arbeit in Oranienburg.

Bei der LA21 geht es nicht „nur“ um die Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise, nicht „nur“ um Bürgernähe, nicht „nur“ um neue Formen der kommunalen Zusammenarbeit und demokratischer Willensbildungsprozesse; auch wenn der Weg zur LA21 zum Teil das Ziel ist geht es im Kern um:

- die Einbeziehung langfristiger Entwicklungshorizonte auch bei kurzfristigen Entscheidungszwängen;
- ein „ganzheitliches“ Denken, dass Aspekte der Umwelt, des Sozialen und der Wirtschaft angemessen einbezieht;
- die Berücksichtigung globaler Entwicklungszusammenhänge bei lokalen Entscheidungen und Verhaltensweisen

Das Bewusstsein über diese Ziele entstand in Oranienburg bei einigen Teilnehmern erst im Laufe des Prozesses.

Zur Lösung der zunehmend komplexen globalen Probleme müssen die eingeschlagenen Wege manchmal verlassen werden. Gesucht werden neue Lösungsmodelle, pfiffige Ideen und kreative Methoden. Durch die unkonventionelle Herangehensweise bei der Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 sollen hierfür Kräfte gebündelt werden.

Die Folgen eines erfolgreichen LA21-Prozesses sind:

- eine bessere technische Effizienz und technischer Fortschritt,
- eine rationellere Ökonomie durch Kostenreduzierung und Ressourceneinsparung
- ein geändertes Konsumverhalten

Die Vermittlung der Thematik der Agenda 21

Um die Themen der Agenda 21 sowie die Ansatzpunkte lokalen Handelns zu vermitteln, hat die Stadt bereits im Vorfeld der Auftaktveranstaltung im September 1997 die Ausstellung „Zukunftsmarkt Deutschland – Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung“ des Bundes für Natur- und Umweltschutz Deutschland gezeigt. Diese Ausstellung ist - insbesondere in der inzwischen durch die Berliner Bezirke „wandernden“ Version - sehr anschaulich konzipiert und umfasst wesentliche Handlungsfelder der LA21.

Des Weiteren wurden über die Lokalpresse und das städtische Veröffentlichungsblatt „Oranienburger Nachrichten“ Informationen über die LA21 verbreitet. Ein Faltblatt wurde an alle Haushalte versandt. Mit dem Satz „Es geht um die Erlangung einer Lebensqualität in Oranienburg, in der auch noch unsere Kinder und Enkelkinder gut leben können“ wurde an das Eigenengagement der Bürger appelliert.

In der Auftaktveranstaltung und in den Arbeitsgruppen wurde das Themenspektrum der Agenda 21 erneut vorgestellt und diskutiert. Im späteren Verlauf des Prozesses fanden zahlreiche Sonderveranstaltungen statt. Zum Teil wurde ein lokalpolitisch aktuelles Thema (z.B. Innenstadtsanierung, Verkehrsplanung, Flächennutzungsplanung usw.) zum „Aufhänger“ zur Vermittlung der Agendagrundsätze, zum Teil wurden auswärtige Referenten zu agenda-spezifischen Themen (z.B. Frauen und Stadtplanung, Behinderte im öffentlichen Stadtraum, usw.) eingeladen.

Im Kinder- und Jugendbereich fanden umweltpädagogische Projektstage statt. Zusammen mit der Kreisvolkshochschule wurden Informationsveranstaltungen für Erzieherinnen und Lehrer durchgeführt.

Eine Ausstellung über die Oranienburger Agenda wurde in der städtischen Bibliothek präsentiert. Auf Festen und Messen haben Vertreter der Agenda-Initiative Info-Stände errichtet. Eine Sonderaktion fand zum Thema „Fair gehandelte Produkte“ zusammen mit dem „Eine Welt Laden Oranienburg“ statt.

Als dauerhafte Erinnerung an die Oberziele der LA21 wurde in Oranienburg das Begriffspaar „Nachhaltige Entwicklung“ und „vorsorgender Umweltschutz“ zum Untertitel des Oranienburger Agenda 21-Logos und „schmückt“ z.B. Briefköpfe und Protokolle. Das Logo der Oranienburger Agenda 21 enthält zur Versinnbildlichung des Mottos „Global Denken - Lokal Handeln“ die Bestandteile des Oranienburger Wappens und ein Globussegment.



Abb. 1 Das Logo der Oranienburger Agenda 21

Die Themenfindung in Oranienburg

Sechs Arbeitsgruppen (AGs) haben sich zu den folgenden Themen gebildet:

- Verkehr
- Stadtentwicklung und Flächennutzung
- Natur- und Landschaftsschutz, Tourismus und Erholung
- Soziales
- Energie und Klimaschutz
- Jugend

Die Themen wurden nicht vorgegeben, sondern im Rahmen einer Fragebogenaktion sowie der Auftaktveranstaltung gemäß der allgemeinen Interessenslage ermittelt.

Desweiteren wurde auf Anregung des Schirmherren der Oranienburger Agenda - dem Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke - eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe - die sich aus jeweils einem Vertreter eines jeden Fachamtes zusammensetzt - resultiert aus der Erkenntnis, dass

- eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung einer zukunftsorientierten Verwaltung bedarf,
- der eigene Einflussbereich sich als gutes Beispiel im besonderen Maße eignet,
- die aktive Unterstützung der LA21-Initiative durch die Verwaltung unverzichtbar ist, da aus der Verwaltung heraus i.d.R. eine Umsetzung und die Erfolgskontrolle maßgebend vorbereitet und durchgeführt werden müssen.

Ziele der verwaltungsinternen AG sind:

- Mitwirkung an der gemeinsamen Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 durch Qualifizierung des Prozesses.
- Erarbeitung eines verwaltungsinternen Aktionskataloges,
- Initiierung der Umsetzung, der Erfolgskontrolle sowie der Fortschreibung der Oranienburger Agenda 21,
- Anregungen bzw. Umsetzung der agenda-spezifischen Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung.

Die Arbeitsweise innerhalb der einzelnen Themengruppen ist sehr unterschiedlich. Die AG „Stadtentwicklung“ hat zum Beispiel die jeweiligen Stadtteile aufgesucht und diese zum Thema gemacht. Die AG „Naturschutz“ widmete sich u.a. bestimmten Aspekten aus Natur- und Landschaft in Form von fachlich begleiteten Stadtekursionen. Wurde der globale Denkansatz der Agenda 21 von Einigen zunächst als zu abstrakt empfunden, konnte durch die „Vor-Ort-Veranstaltungen“ konkrete Betroffenheit und lokale Handlungsmöglichkeiten verdeutlicht werden. Auch wurden hiermit immer wieder neue Mitstreiter für den Prozess interessiert.

Ansätze zur Entwicklung von Arbeitsgruppen in den Bereichen „Wirtschaft“, „ökologischer Gartenbau“, „Dritte Welt“ und „Ökologisches Bauen“ sind bisher gescheitert. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass es nicht gelungen ist, Handlungsmöglichkeiten zielgruppenspezifisch aufzubereiten und entsprechende Multiplikatoren für die jeweiligen Themen zu finden.

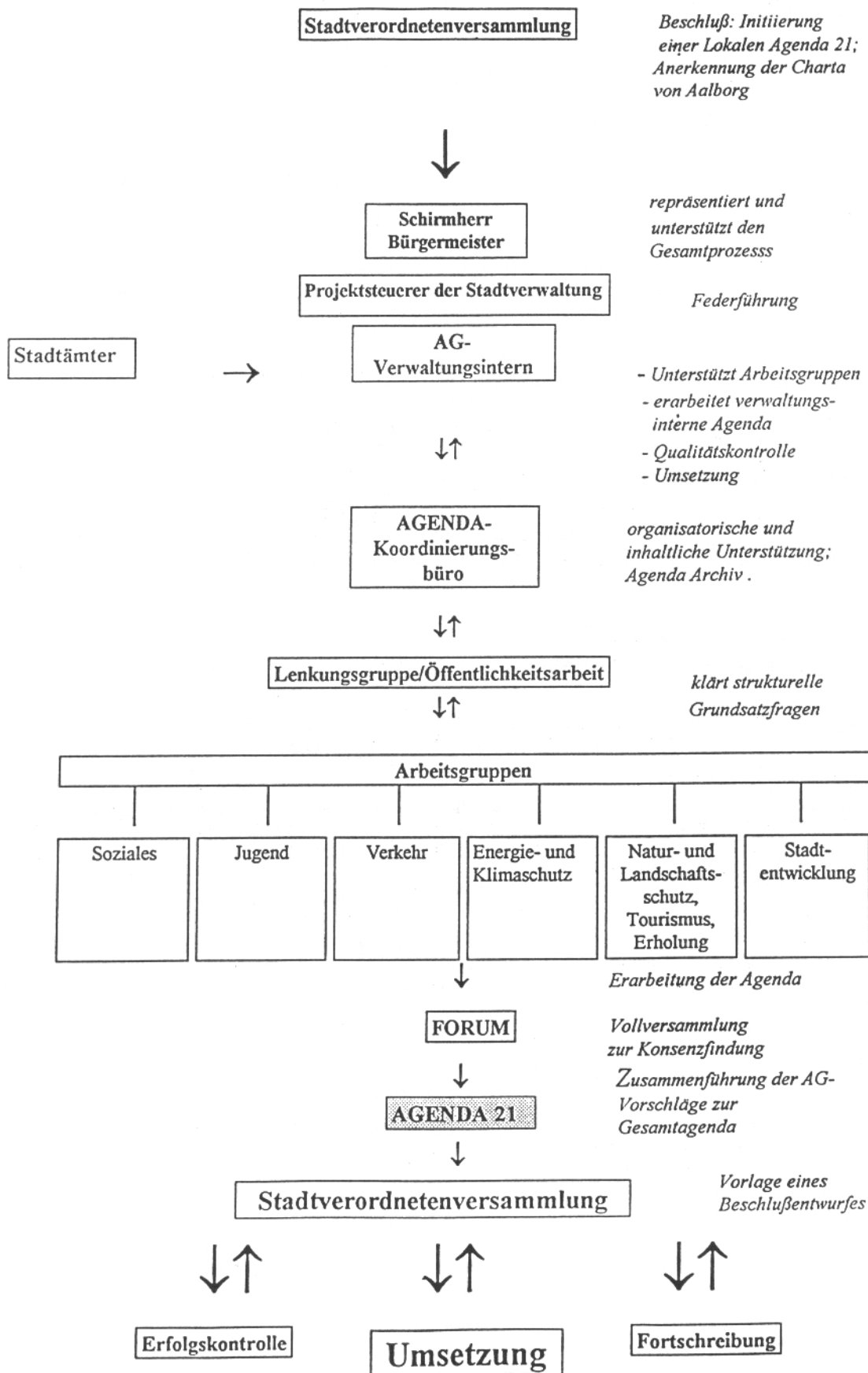


Abb. 2 Struktur des Agenda-Prozesses in Oranienburg

Die Erarbeitung der Leitbilder

Die Leitbilder bezeichnen allgemeine Ziele, die arbeitsgruppenbezogen aufgelistet wurden. Die *Leitbilder* wurden in zwei Kategorien unterteilt:

- Leitbild erster Ordnung (übergeordnetes Entwicklungsziel),
- Leitbild zweiter Ordnung (nachgeordnetes Teilziel).

Die Unterteilung in zwei Kategorien dient der Übersichtlichkeit. Es entspringt jedoch auch dem Bedürfnis, Leitbilder möglichst so eng zu fassen, dass der Aussagegehalt verbindlicher wird.

Das Verständnis für die Notwendigkeit von abstrakten, übergeordneten Zielen in Form von Leitbildern bestand nicht bei allen Aktiven und hat sich zum Teil erst im Laufe des Prozesses entwickelt. So wurden auch die Leitbilder selbst nicht am Anfang des Arbeitsprozesses, sondern analog zur Stärken-Schwächen-Liste sowie dem Maßnahmenkatalog erarbeitet.

In der Agenda-Praxis der Stadt Oranienburg hat es sich bewährt, zunächst in Form eines „Brainstormings“ ganz konkrete *Schwächen und Stärken* zu benennen. Dominierte anfänglich die negative Kritik (Probleme und Mängel), wuchs im Laufe des Prozesses die Erkenntnis über vorhandene Stärken und Entwicklungspotentiale. Dies ist ein wichtiger Arbeitsschritt, der nicht nur die Akzeptanz der Agenda-Arbeit fördert, sondern auch die inhaltliche Arbeit qualifiziert.

Von der Stärken-Schwächen-Liste ist es ein kleiner Schritt zur Entwicklung eines *Maßnahmen- bzw. Projekte-Kataloges*. Dieser Katalog enthält Vorschläge zur Umsetzung der Oranienburger Agenda 21. Hier werden Aktivitäten aufgelistet, die der Erreichung des Leitbildes dienen.

Die Oranienburger Agenda 21 arbeitet ohne professionelle Moderatoren. Es ist eine hohe Herausforderung für den „Laien-Moderator“ einer Veranstaltung, die örtlichen Interessens- und Handlungsschwerpunkte mit den globalen Bezügen und Werten der Agenda 21 rückzukoppeln und die Arbeit der Gruppe zielorientiert zu flankieren.

Maßgebliches Hilfsmittel zur Vermeidung von Leerlauf in den AGs ist eine sachgerechte und zuverlässige Protokollführung sowie die Zusammenfassung und entsprechende Aufbereitung der Arbeitsergebnisse. Zur Unterstützung wurde ein Arbeitsblatt in Form eines Tabellenmusters entwickelt, das den Arbeitsgruppen zusammen mit Ausfüllhilfen (Erklärung der Begriffe, Beispiele) zur Verfügung gestellt wurde (vgl. Abbildung 3). Diese *Arbeitsblätter* haben das Arbeiten strukturiert und somit zielgerichteter gemacht. Desweiteren dienten sie der Vereinheitlichung der Arbeitsergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen. Dieses systematische Vorgehen hat in Oranienburg den Arbeitsprozess beschleunigt und die Lesbarkeit des späteren Gesamtergebnisses erhöht.

Denn trotz der verschiedenen Themengruppen und der unterschiedlichen Arbeitsmethoden bleibt es das Ziel, eine gemeinsame, leicht verständliche, gut strukturierte und umsetzungsorientierte Oranienburger Agenda zu entwickeln. Dies ist letztendlich maßgeblich für den gesellschaftlichen Konsens bzw. die politische Akzeptanz der Lokalen Agenda 21 - folglich für den Gesamterfolg.

ARBEITSBLATT ORANIENBURGER AGENDA 21

Leitbild 1. Ordnung

Die Leitbilder 1.Ordnung sollten allgemein gehalten werden und brauchen nicht unbedingt einen konkreten Ortsbezug haben. Die Spalte „Leitbilder 2. Ordnung“ ist eine Untergruppe der Leitbilder 1. Ordnung, die Maßnahmen/Projekte sind eine Untergruppe der Leitbilder 2.Ordnung. D.h. mehrere Leitbilder 2. Ordnung sind der Spalte „Leitbilder 1. Ordnung“ zuzuordnen. Ebenso ist mit den Projekten in Bezug auf die Leitbilder 2. Ordnung zu verfahren.

Beispiele

- *Verkehr: Attraktivierung des Fahrradverkehrs*
- *Klimaschutz und Energie: Reduzierung des Energieverbrauches in öffentlichen Gebäuden*
- *Natur- und Landschaftsschutz, Tourismus und Erholung: Die Trockenrasenbereiche sind zu erhalten*
- *Stadtentwicklung: Förderung des flächensparenden Wohnungs- und Einfamilienhausbaus*

Leitbild 2. Ordnung

Die Leitbilder 2. Ordnung sollten konkreter formuliert werden. Hier sollte eine zahlenmäßige Unterlegung (Nachhaltigkeitsindikator) versucht werden, damit die evtl. Erlangung eines Ergebnis auch abfragbar ist. Diese Quantifizierung kann ggf. auch durch Zuarbeit aus der Verwaltung erfolgen. Aber auch qualitative Ziele sind erwünscht. Maßgabe ist die Möglichkeit einer „Erfolgskontrolle“.

Beispiele

- *Verkehr: Herstellung eines Systemes von gesamtstädtischen fahrradfreundlichen Verbindungsachsen (4 Stück in die jeweiligen Himmelsrichtungen)*
- *Klimaschutz und Energie: Reduzierung des Energieverbrauches in öffentlichen Gebäuden um mindestens% des Endenergieverbrauches des Jahres 1998*
- *Natur- und Landschaftsschutz, Tourismus und Erholung: Mindestens% der im Stadtgebiet vorhandenen Trockenrasen bereiche sind vor Überbauung zu schützen*
- *Stadtentwicklung: 80 % der Neubauvorhaben sollten eine Grundstücksfläche pro Kopf eine qm-Zahl von nicht überschreiten*

Ist-Zustand

Hier ist der Bestand bezogen auf das Leitbild 2.Ordnung zu beschreiben.

Beispiele

- *Verkehr: derzeit keine gesamtstädtischen fahrradfreundlichen Verbindungsachsen*
- *Klimaschutz und Energie: Energieverbrauches des Jahres 1998 : kw*
- *Natur- und Landschaftsschutz, Tourismus und Erholung: derzeit bestehen ca.ha Trockenrasen im Stadtgebiet*
- *Stadtentwicklung: in den vorliegenden B-Pläne liegen 98% der Neubauvorhaben über den o.g. Grenzwert*

mögliche Maßnahmen/Projekte

Hier sind Möglichkeiten der Umsetzung zu formulieren. Hierzu gehören auch Projekte der Öffentlichkeitsarbeit. Jede AG sollte Ideen zur Öffentlichkeitsarbeit entwickeln. Zum jetzigen Zeitpunkt wird kein perfektes Konzept sondern eine Ideensammlung erwartet.

Beispiele

- *Verkehr (s.o.): Radwegeachse Bahnhof-Lehnitzsee (durchgehender grünzugorientierter Radweg mit fahrradfreundlichen Querungen; Verbesserung des Bahnhofszuganges (2. Abgang oder Tunnel)*
- *Klimaschutz und Energie (s.o.): Schulung sämtlicher Anlagenbetreuer (Hausmeister) mit dem Schwerpunkt Reglungs- und Meßtechnik in Heizungsanlagen (Schulungskonzept erarbeiten, Teilnahmeverpflichtung regeln)*
- *Natur- und Landschaftsschutz, Tourismus und Erholung(s.o.): Entwicklung und Realisierung eines Pflegeprogrammes, Entwicklung zu Naherholungszwecken (Lehrpfade), Öffentlichkeitsarbeit um Bevölkerung den Wert dieses Biotops zu verdeutlichen*

- *Stadtentwicklung (s.o.): Stadtverordnetenbeschluss, Regularium: verbindliche Bauleitplanung*

Prioritäten

Die Spalte „Prioritäten“ bezieht sich auf die „Wichtigkeit“ konkreter Maßnahmen bzw. Projekte. Der Aspekt der „Eiligkeit“ wird durch den Zeitrahmen verdeutlicht.

Maßgaben für die Bedeutung eines Projektes können z.B. sein:

- Öffentlichkeitswirksamkeit (Breitenwirkung, Image, Wahrnehmbarkeit, pädagogischer Wert, Aufklärung über globale Entwicklungszusammenhänge)
- Überschaubarkeit des Gesamtprojektes; voraussichtliche Funktionsfähigkeit und Umsetzbarkeit
- Ausstrahlung (Stadtbildveränderung, gesamtstädtisch, teilräumlich, lokale Auswirkung)
- Umweltauswirkung
- soziale Gerechtigkeit, Einbeziehung von gesellschaftlichen Randgruppen, Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Älteren und Frauen
- Wirtschaftlichkeit

1= oberste Priorität/2= hohe Priorität/3= wichtig/4= sinnvoll aber wenig bedeutsam/5= fraglich (weitere Prüfung notwendig)

Zeitrahmen

A = 1-3 Jahre / B = 3-7 Jahre / C = 5-10 Jahre / D= 7-15 Jahre

Finanzierung

Bei der Frage der Kosten und der Finanzierung werden die meisten AGs die Hilfe der Fachleute benötigen. Dennoch erhöht es die Realisierungschancen, wenn bereits ungefähre Vorstellungen über den Kostenrahmen bzw. die Finanzierung (Höhe, Fördermöglichkeiten) bestehen.

Zuständigkeit

Auch bei der Beantwortung dieser Frage bedarf es in der Regel der Hilfe von Fachleuten. Im Falle von innovativen oder ungewöhnlichen Vorgehensweisen sollte man jedoch die organisatorischen Erfahrungen aus Beispielprojekten in anderen Städten einfließen lassen. Die Stadtverordneten können nur beschließen, was in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung fällt. Die Stadtverwaltung kann aber auch Initiativen anregen, Öffentlichkeitsarbeit betreiben und mit Außenstehenden kooperieren. Im Rahmen von Themenfeldern, die im Wesentlichen in anderer Zuständigkeitsbereichen liegen (z.B. Privathaushalte).

Abb. 3 Arbeitsblatt Oranienburger Agenda 21

Von der Idee zur Umsetzung

Die Leitbilder werden den Stadtverordneten der Stadt Oranienburg als Grundsatzbeschluss vorgelegt. Erst nachdem die Grundsätze der Oranienburger Agenda als Ziel der Stadt anerkannt wurden, lohnt sich die Arbeit zur Konkretisierung des bereits im Entwurf vorliegenden Maßnahmenkataloges als Beschlussvorlage.

Die Vorschläge müssen dann von der Verwaltung auf ihre Realisierbarkeit geprüft werden. Das bedeutet, dass die Verwaltung zu den Fragen der *Finanzierbarkeit*, des *Realisierungszeitraumes* bzw. der durch die Agenda-Initiative vorgenommene *Prioritätenzuordnung* Stellung beziehen soll. Der Beschluss des Maßnahmenkataloges verpflichtet die Verwaltung nicht zur Umsetzung, sondern zunächst zur Prüfung der Umsetzbarkeit. Die Entscheidungsfreiheit der Stadtverordneten für einzelne Maßnahmen, insbesondere wenn sie personelle und finanzielle Auswirkungen haben, bleibt so in jedem Fall gewahrt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Leitbilder der Oranienburger Agenda 21-Initiative zur Kenntnis, billigt sie und erklärt, diese bei ihren zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess der „Oranienburger Agenda 21“ organisatorisch und inhaltlich zu befördern sowie aktiv mitzugestalten.
3. Die in der Anlage beigefügten Leitbilder sind Bestandteil des Beschlusses.
4. Die aus den Leitbildern von der Agenda-Initiative zu entwickelnden Umsetzungshinweise (Massnahmenkatalog) sind - nach erfolgtem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung - durch die zuständigen Fachämter auf die Realisierbarkeit zu prüfen.
5. Die Verwaltung erstellt einmal jährlich für die Stadtverordnetenversammlung einen Sachstandsbericht. In dem Sachstandsbericht wird über die Massnahmen zur Umsetzung der Leitbilder informiert. Der Sachstandsbericht ist öffentlich bekannt zu machen.

Abb. 4 Beschlussentwurf der Oranienburger Agenda-Initiative (ohne Leitbilder)

Die Fortschritte der Agenda-Umsetzung sollten in ihrer Annäherung an die Leitbilder von den Stadtverordneten abfragbar sein. Hierzu werden zusammen mit den Fachämtern und unter Mitwirkung anderer im Agendabereich Aktiver, sogenannte *Nachhaltigkeitsindikatoren* erarbeitet. Nachhaltigkeitsindikatoren sind i.d.R. messbare Werte wie z.B. Quadratmeter nutzbare Grünflächen pro Einwohner oder die anteilige Anzahl der in einem bestimmten Zeitraum zu sanierenden Altlastenflächen (z.B. 10% in drei Jahren). Aber auch qualitative Werte können eine Rolle spielen.

Damit die Arbeit an der Agenda 21 erfolgreich wird, bedarf es der Möglichkeit einer „Erfolgskontrolle“. Die Ziele der Agenda dürfen nach dem Beschluss des Maßnahmenkataloges nicht in Vergessenheit geraten, sondern müssen systematisch abgearbeitet und - auch bei nachfolgenden Beschlüssen - immer wieder ins Bewusstsein gerückt werden. Dies gilt insbesondere auch zur politischen Meinungsbildung zur Förderung nachhaltigen Denkens und Handelns. Aus diesem Grund soll die regelmäßige Vorlage eines *Sachstandsberichtes* für die Stadtverordneten erfolgen. Dieser Sachstandsbericht soll öffentlich diskutiert werden. Die Öffentlichkeit bzw. die Arbeitsgruppen sollten sowohl bei der Erfolgskontrolle, bei der Fortschreibung und der Umsetzung weiter beteiligt werden. Dies bedarf einer aufgeschlossenen Haltung zu diesem Vorgehen sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Stadtverordneten und den beteiligten Bürgern. Ohne die aktive Mitarbeit insbesondere der Verwaltung besteht die Gefahr, dass die Oranienburger Agenda 21 ein folgenloser Wunschkatalog bleibt. Die aktive Unterstützung durch die Verwaltung ist unverzichtbar, da aus der Verwaltung heraus i.d.R. eine Umsetzung maßgebend vorbereitet und organisiert werden muss.

Die Vielzahl von Kommunen, die an einer Lokalen Agenda 21 arbeiten, erleichtert der Verwaltung die Prüfung unkonventioneller Maßnahmen und Vorgehensweisen jenseits der Pflichtaufgaben. Zahlreiche Erfahrungen mit der Umsetzung sowie bei der Suche nach realistischen Indikatoren liegen bereits vor. Hierdurch besteht eine besondere Chance, zielgerichtet von der Theorie zur Praxis zu gelangen. Die Beschlussfassung einer Oranienburger Agenda 21 durch die Stadtverordneten ist nicht das Ende der Initiative für vorsorgenden Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung, sondern der erste Schritt zur Umsetzung der Leitbilder.

Anschrift des Autors

St. Materne
Stadt Oranienburg, Stadtplanungsamt
Postfach 100 143
16501 Oranienburg

Interessengemeinschaft „Ökologie 2000 – Unternehmer für die Umwelt“ – Anstoß der Wirtschaft für eine lokale Agenda 21 in Strausberg

A. Schlutow, R. Wilhelm, R. Metzdorf, B. Wilk, B. Förster

1 Zielsetzung der Interessengemeinschaft „Ökologie 2000 - Unternehmer für Umwelt“

Als freiwilliger Zusammenschluß von Unternehmen, Architekten, Planern, Beratern und Ingenieuren unterschiedlicher Branchen aus der Region Märkisch-Oderland, Berlin und angrenzenden Regionen (z.Z. 30 Mitgliedsfirmen) fühlen sich die Mitglieder der IG ökologischen Belangen verpflichtet. Sie setzen sich in ihrer unternehmerischen Tätigkeit vor Ort und am Kunden dafür ein, daß die natürlichen Ressourcen geschützt werden und sparsam mit diesen umgegangen wird, energie- und ressourcen-schonende Verfahren sowie Produkte zur Anwendung kommen und diesbezüglich im Verbund mit nichtwirtschaftlichen ökologischen Interessenvertretern stärkere öffentliche Aufklärung betrieben wird. Kernpunkt ist das Bestreben, solche Produkte, Verfahren, Technologien und Leistungen anzubieten, die hohen ökologischen Nutzeffekt gewährleisten, für den Kunden vergleichsweise kostengünstig sind und gleichzeitig angemessene Erträge für die handelnden Unternehmen sichern. Anspruch ist es, nicht irgend etwas zu verkaufen, sondern die ökologisch und kostenmäßig effektivste Lösung zu finden. Die Spannweite der Firmenprofile reicht vom ökologischen Planen und Bauen, Abfallverwertung, Baustoffrecycling, Landschaftplanung, Bodensanierung, regenerative Energien/Techniken bis hin zu ökologischen Bau- und Dämmstoffen, innovativen Abwassernutzungsverfahren, biologischen Kläranlagen und einer umweltfreundlichen Druckerei.

2 Aktivitäten zur Durchsetzung einer lokalen Agenda 21 in Strausberg

Die Mitglieder der Interessengemeinschaft Ökologie 2000 haben bereits 1996 erkannt, daß die lokale Agenda 21 wichtige Impulse für die ortsansässige Wirtschaft bieten kann. Seit dem wurden viele sich bietende Möglichkeiten genutzt, um diesen Prozeß auch in Strausberg zu unterstützen, und dort, wo möglich, auch selbst Initiative zu ergreifen. So hat sich die Interessengemeinschaft in einem entsprechenden Positionspapier das Ziel gestellt, eine Bewegung in der Öffentlichkeit der Region Strausberg zur Erarbeitung und Durchsetzung einer lokalen Agenda 21 zu initiieren. Die ersten gemeinsamen Arbeitsgespräche mit den wichtigsten potentiellen Partnern in der Stadtverwaltung, der Standortverwaltung der Bundeswehr, ortsansässigen Betrieben, Banken, Vereinen, politischen Parteien und Bürgern ergaben Übereinstimmung darin, daß über das zu erstellende Aktionsprogramm der lokalen Agenda eine zukunftsfähige Stadtentwicklung in der Einheit von Ökologie, Ökonomie und sozialer Ausgewogenheit erreicht werden kann. In diese Gespräche wurden auch die Erfahrungen und erste praktische Schritte der lokalen Agenden in Berlin-Köpenick, Neuruppin, Müncheberg, Schöneiche, Petershagen-Eggersdorf u.a. mit einbezogen sowie die mögliche Rolle der Wirtschaft in diesem Prozeß diskutiert. Im Ergebnis dieser Bemühungen entstand im Juni 1998 zunächst ein Arbeitskreis „Ökologische Wirtschaftsentwicklung und Umwelt“. Die Bürger, Einrichtungen und Behörden wurden aufgerufen, sich ebenfalls in weiteren Bereichen zu organisieren und den Dialog über Ziele und Inhalte der lokalen Agenda 21 zu beginnen.

Die Stadtverwaltung hat sich dazu bekannt, erste konzeptionelle Vorstellungen für Inhalte und Maßnahmen des Agenda-Prozesses zu erarbeiten und mit diesen Vorschlägen in die öffentliche Diskussion einzutreten. Für 1998 wurde hierfür auch personelle Voraussetzungen geschaffen, um gezieltes Handeln zu ermöglichen. Einigkeit bestand darin, ungezielten Aktionismus ebenso zu vermeiden wie die bloße Fixie-

rung von realitätsfernen Absichten oder Wunschvorstellungen (Bis zum jetzigen Zeitpunkt - Anfang 1999 - ist den Autoren eine dementsprechende Programmatik jedoch nicht bekannt!).

Unstrittig ist zunächst das Anliegen der Agenda 21, die alltäglichen Lebensabläufe in der Stadt daraufhin zu prüfen, wie diese sich über einen längeren Zeitraum auf Mensch und Natur auswirken. Erst anhand einer solchen Bilanz lassen sich im Folgeschritt

1. Prioritäten notwendiger Veränderungen abschätzen,
2. Möglichkeiten effektiveren Wirtschaftens erschließen und
3. für die örtlichen Unternehmen neue Trends und Handlungsfelder ableiten

Insgesamt kann dieses Vorgehen die Wirtschaftsentwicklung in der Kommune und das Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie fördern sowie den örtlichen Unternehmen Möglichkeiten verschaffen, sich am Markt besser zu orientieren und neue Marktchancen zu erkennen bzw. zu nutzen.

3 Globale Ziele der lokalen Agenda 21

- die Nutzung erneuerbarer Naturgüter darf auf Dauer nicht größer sein als ihre Regenerierungsrate,
- die Nutzung nichterneuerbarer Naturgüter darf auf Dauer nicht größer sein als die Substitutionsrate ihrer Funktionen durch erneuerbare Naturgüter,
- die Freisetzung von Stoffen und Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der natürlichen Umwelt.

Bei der Erarbeitung und Umsetzung der Agenda 21 ist die breitestmögliche Einbeziehung der Öffentlichkeit notwendig, ja lebenswichtig. Zum einen sind alle Einwohner der Strausberger Region aufgerufen worden, ihre Meinung und ihren Sachverstand beizutragen, zum anderen ist es für die Umsetzung des Aktionsprogramms unerlässlich, daß die Betriebe, Einrichtungen, Verwaltungen, Behörden und Bürger, die an der Umsetzung mitwirken müssen, von Beginn der Maßnahmenplanung an einbezogen sind, ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bekunden und die reale Umsetzbarkeit von Maßnahmevorschlägen einschätzen sowie ihre persönliche Bereitschaft erklären, selbst Maßnahmen umzusetzen.

Die Mitglieder der Interessengemeinschaft und ihre Partner waren sich jedoch auch darin einig, daß allein die Behandlung der Probleme, die von Bürgern in die Diskussion eingebracht werden, nicht ausreicht für eine umfassende Sicherung aller Umweltbelange durch die Agenda. Viele Umweltprobleme, z. B. Übernutzungen von Ressourcen, latente Schäden an Naturgütern, Belastungen an nicht sichtbaren Naturgütern (z. B. Grundwasser usw.), geruchs- und farblose Luftschadstoffe usw. sind von den Bürgern nicht wahrnehmbar und würden auch bei hoher Brisanz im Territorium vernachlässigt werden. Es ist also notwendig, mit ökologischem Fachverstand eine umfassende Ermittlung aller schädigenden Einflüsse auf die Naturgüter und den Menschen und gleichzeitig eine Ermittlung der bereits eingetretenen Schäden an den Naturgütern durchzuführen. Viele Analysen und Daten liegen hierfür im Territorium bereits vor, die genutzt werden können.

4 Konzeptionelle Vorstellungen für die Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 Strausberg

- I. Ermittlung der sozialen und ökonomischen Anforderungen an die Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere an die regionalen wirtschaftlichen Schwerpunkte Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tourismus, Handwerk und Gewerbe:
 - Ermittlung der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Situation in der Region
 - Ableitung der notwendigen Entwicklung der wirtschaftlichen Situation zur Sicherung des erforderlichen Arbeitsmarktes für eine materiell ausreichende Sicherstellung der Bevölkerung
 - Ermittlung der naturräumlichen Voraussetzungen und Potentiale zur Schaffung und Erhaltung

des notwendigen Arbeitsmarktes

Dazu ist eine umfangreiche Meinungsforschung innerhalb der Bevölkerung und eine Analyse der Potentiale in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und dem Stadtplanungsamt von Strausberg erforderlich.

II. Analyse des gegenwärtigen und nach 2000 zu erwartenden Bedarfs an erneuerbaren und nichterneuerbaren Naturgütern für das soziale und wirtschaftliche Leben:

- Ermittlung des gegenwärtigen und langfristig notwendigen Bedarfs an nichterneuerbaren Naturgütern (z. B. fossile Brennstoffe, nichtregenerierbarer Boden, nichtregenerierbare Biotope sowie ggf. weitere),
- Ermittlung des gegenwärtigen und langfristig notwendigen quantitativen Bedarfes an erneuerbaren Naturgütern (Trink- und Brauchwasser, Badegewässer, Holz, landwirtschaftliche Produkte, Fisch und ggf. weitere)
- Ermittlung des qualitativen Anspruchs des Menschen an die Naturgüter (gesundheitsrelevante Luftreinheit, klimatischer Belastungsausgleich, Gewässerqualität, Schönheit, Eigenart und Natürlichkeit der Landschaft als Erholungswert, Bodenfruchtbarkeit, potentiell nutzbares Genreservoir der wildlebenden Tiere und Pflanzen, in den Zeithorizonten 1998/2010/-2025/2050.

Hierzu ist eine Abfrage von Behörden und Betrieben, Vereinen und Bürgervertretern sowie eine öffentliche Meinungsumfrage in der Bevölkerung über die Presse und Telefonaktionen erforderlich.

III. Analyse des gegenwärtigen Zustandes der erneuerbaren und nichterneuerbaren Naturgüter:

- qualitative komplexe Zustandsanalysen der Ökosysteme mit Hilfe von Bioindikatoren
- Ermittlung der quantitativen aktuellen und potentiellen Erneuerungsraten einiger Naturgüter wie Grundwasser, Oberflächenwasser, Biomasseproduktivität (Holzzuwachs, Ernteerträge der Pflanzenproduktion, Fischerträge usw.),
- Ermittlung von Beeinträchtigungen der Nutzbarkeit (Einschränkungen der Grund- und Oberflächenwasseranreicherung, der Bodenfruchtbarkeit, der Luftqualität, des Erholungswertes der Landschaft, der klimaökologischen Ausgleichsfunktion),
- Ermittlung der Ursachen für die Beeinträchtigungen (z. B. Stoffeinträge in Boden und Gewässer, in Pflanzen- und Tierwelt sowie in die menschliche Nahrung usw., konkurrierende Nutzungsweisen, unangepasste Nutzungsweisen, Bodenversiegelung, Abfalldponierung, Altlasten usw.)
- Ermittlung der Verursacher

in den Zeithorizonten 1998/2010/2025/2050. Hierzu sind umfangreiche Auswertungen vorhandener Studien zur Umweltsituation und Literaturstudien erforderlich. Dies kann nur von Ökologen und Naturwissenschaftlern geleistet werden.

IV. Ermittlung der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen spezifisch für jeden Naturraumtyp des Planungsraumes hinsichtlich

- säurebildender Luftschadstoffe
- eutrophierender Einträge
- Wasserstandsabsenkungen
- Versiegelungen des Bodens
- ausgewählter Boden- und Wasserschadstoffe (Schwermetalle, organische schwer abbaubare Verbindungen)
- Frequentierung durch Erholungssuchende

Für die Ermittlung dieser Belastbarkeitsgrenzen in der Planungsregion können Methoden und Erfahrungen aus dem UN ECE-Projekt „Critical loads and levels“ verwendet werden. Auch vorliegende Ergebnisse der deutschlandweiten Berechnungen können hierfür genutzt und entsprechend dem Planungsmaß-

stab und der regional verbügbaren Datenbasis vertieft werden.

V. Bilanzierung des gegenwärtigen und zu erwartenden Zustandes der Naturräume im Vergleich zu ihren Belastbarkeitsgrenzen:

- modellgestützte Berechnung der Differenzen zwischen den realen Belastungsdaten der einzelnen Naturräume der Strausberger Region und den Daten der naturraumspezifischen Belastbarkeitsgrenzen, d. h. Ermittlung der aktuellen Überschreitungsrate der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen. Die standortspezifische Berechnung soll durch Anwendung eines Geographischen Informationssystems ermöglicht werden (siehe auch Tabelle 1).

Tabelle 1 Zustand der Standgewässer im Amtsbereich Strausberg; Landschaftsplan 1998, Auszug

Gewässer	Trophiestufe	Zustand der Ufervegetation	Uferbebauung	Beeinträchtigungen der Wasserqualität
Alter Walkmühlenteich in Strausberg	(polytroph)	Röhricht ungestört, in Verlandung begriffen	keine Uferbebauung	Einträge aus dem Herrensee über das Beckerfließ, Angelgewässer
Bötzsee bei Eggersdorf	eutroph	Röhricht zu ca. 30 % gestört	Bebauung besonders am Nord-, West- und Südufer	Beeinträchtigung durch Bade- und Angelbetrieb, Verdacht des Einleitens kommunaler Abwässer
Fängersee bei Wesendahl	eutroph	nahezu ungestörtes Röhricht	kein Uferverbau	Angel- und Badebetrieb am Ostufer
Göritzsee beim Postpfuhl	(eutroph)	Röhricht ungestört	Lage in Gartensiedlung, kein öffentlicher Zugang, keine Uferbebauung	Verdacht des Eintrags kommunaler Abwässer
Hechtsee in Strausberg	(polytroph)	Röhricht weitgehend gestört	teilweiser Uferverbau	Verdacht des Einleitens kommunaler Abwässer aus angrenzenden Grundstücken
Herrensee bei Strausberg	(hypertroph)	ausgeprägtes Röhricht am gesamten Ufer, starke Faulschlammablagerung	kein Uferverbau	Einleitung von Abwässern aus ehemaliger Molkerei und Oberflächenentwässerung aus dem Wohngebiet Hegermühle, Fischproduktion

VI. Darstellung der gegenwärtigen und zu erwartenden Konflikte zwischen Zustand, Bedarf und Regenerierungsfähigkeit der Naturräume - Ableitung der Handlungsschwerpunkte:

- Darstellung der Ergebnisse der Bilanzierung von Zustand zu Regenerierungspotential, Kennzeichnung der Gebiete ohne Überschreitung der Belastbarkeitsgrenzen (ausbaufähige Nutzungen), mit reversibler Überschreitung der Belastbarkeitsgrenzen (Sanierungsbedarf und/oder Nutzungsanpassung) sowie mit irreversibler Überschreitung der Belastbarkeitsgrenzwerte (Neugestaltung und Entwicklung neuer ökologischer Gleichgewichtsbedingungen, Umnutzung), Kennzeichnung der Schwerpunktgebiete mit prioritärem Handlungsbedarf.

VII. Ableitung der ökologischen Tragfähigkeit der Naturraumpotentiale für die notwendige wirtschaftliche und soziale Entwicklung

- auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsschritte III-IV ist die Ableitung wirksamer Maß-

nahmen zur Wiederherstellung und nachhaltigen Sicherung der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Naturgüter zu begründen;

VIII. Ableitung eines Entwicklungskonzepts zur Sicherung der notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Entwicklungen, insbesondere Maßnahmen

- Veröffentlichung einer allgemein verständlichen Darstellung des Maßnahmenkatalogs und seiner Begründung;
- Einleitung, Durchführung und Nachbereitung von Diskussionen mit allen betroffenen Behörden, Dienststellen, Betrieben und Einrichtungen sowie mit Bürgervertretungen, Vereinen und Abordnungen;
- Abwägung der Einwände, Anregungen und Vorschläge, Einarbeitung von Alternativen und Modifizierungen in den Maßnahmenkatalog.

IX. Integration der Leitlinien, Erfordernisse und Maßnahmenkataloge in die demokratische Willensbildung der Bevölkerung der Region

- Breit angelegte Information, Diskussion und Einbeziehung der Bevölkerung sowie der Vertreter von Betrieben und Einrichtungen in den Prozeß der Umsetzung
- Sicherung des Ausgleichs von Interessengegensätzen und der Konsensfindung

5 Erarbeitung von Anforderungskatalogen für Betriebe, Einrichtungen und Behörden

Das Aktionsprogramm für die lokale Agenda 21 kann seine Vorteile für alle Beteiligten nur ausprägen, wenn spezielle Anforderungen an die Einrichtungen, Betriebe und Behörden mit erheblichem Einfluß auf die Naturgüter und den Menschen in der Region gestellt werden. Handlungsschwerpunkte für Betriebe, Einrichtungen und Behörden sollten sein:

Wirtschaft/Betriebe:

- Reduzierung industrieller Emissionen
- Reduzierung des Energieverbrauchs (Wärmedämmung, Energieeinsparung)
- Biotopschutz (flächensparendes Bauen, Rückbau nicht mehr genutzter Immobilien, Schaffung von Grün, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen),
- Sanierung von Altlasten
- Abfallrecycling - Abfallvermeidung
- schadlose Entsorgung von gewerblichen Abfällen und Abwässern

Kommunale Verwaltung:

- Ökologische Stadterneuerung/-planung (Ressourcenschutz – Schwerpunkt in Strausberg: Stabilisierung des Landschaftswasserhaushalts, Grün-Anreicherung der Agrarlandschaft)
- Schaffung von Grün- und Erholungsplätzen
- Optimierung der Personen- und Gütertransporte
- Abfallvermeidung
- schadlose Entsorgung von kommunalen Abfällen und Abwasser

Die aufgeführten Maßnahmeschwerpunkte können und sollen nicht allein Gegenstand der Arbeit der Interessengemeinschaft Ökologie 2000 sein. Sie wird aber anhand der lokalen Agenda 21 begründen, warum der Beitrag der speziell angesprochenen Betriebe und Behörden von so ausschlaggebender Bedeutung für die Sicherung der Naturgüter und des Wohlbefindens der Menschen in der Region ist und welche Schwerpunktaufgaben aus der gesamtregionalen Sicht durch den Betrieb, die Einrichtung oder Behörde zu lösen sind.

Die Interessengemeinschaft schlägt den besonders geforderten Betrieben, Einrichtungen und Behörden vor, ein Öko-Audit-Verfahren durchzuführen. Zu diesem Zweck hat die Interessengemeinschaft Ökologie 2000 einen Lehrgang organisiert, bei dem Mitarbeiter aller Betriebe mit relevanten Einflüssen auf die Umwelt befähigt werden, in ihren Betrieben die Betriebsumweltanalysen selbst durchzuführen, das Umweltprogramm selbst aufzustellen und seine Umsetzung zu kontrollieren. So können Kosten für einen externen Auditierer gespart und die Umsetzbarkeit vor Ort geprüft werden.

6 Ökologie und Ökonomie in der Praxis - Beispiele aus der Interessengemeinschaft

Beispiel 1: Wäschereiabwasser im Kreislaufbetrieb

Bei den im WHG (Wasserhaushaltsgesetz) dargelegten Grundsätzen -Bewirtschaftungsgrundsatz- ist von einer sparsamen Verwendung von Wasser auszugehen. D. h., mit der von der Natur dargebotenen Wassermenge ist haushälterisch umzugehen. Es ist stärker auf eine Anwendung wassersparender Verfahren hinzuwirken. Hierzu gehört, daß gewerblich genutztes Wasser nach Möglichkeit mehrfach verwendet und im Kreislauf geführt wird.

Mit dem eigens entwickelten Verfahren sollen und können nicht alle Wäschereiabwässer aufbereitet werden, z. B. Reinigung von stark mit Öl verschmutzter Wäsche (Blaumann Wäscherei). Das Verfahren kann aber als Basis für weitere Entwicklungen dienen und flankiert andere Aufbereitungsmöglichkeiten im Sinne des WHG. Vorzugsweise kann mit diesem Verfahren die Aufbereitung von Wäschereiabwasser aus Haushaltwäsche, Hotel- und Gaststättenwesen, Altenheimen, Krankenhäusern, unter den besonderen Anforderungen der Keimfreiheit aufbereitet werden. Neben den bisher besonders genutzten chemisch-physikalischen Aufbereitungen und der Mehrfachnutzung von Spülwasser, wird hierbei über eine Kombination eines biologischen und chemisch/physikalischem Verfahren die Abwasserreinigung in Form der Mehrfachnutzung von Wäschereiabwasser realisiert. Das Verfahren beinhaltet die Verknüpfung von bekannten und bereits langjährig bewährten Anlagenelementen. Ziel des Verfahrens ist es, den Verbrauch von Trinkwasser und den Anfall von Abwasser, bei Nutzung des Regenwassers, in Wäschereien um über 80 % zu senken.

Neben der verfahrenstechnischen Realisierung und der Darstellung der errichteten Reinigungsleistung des Kreislaufsystems, ist auch auf die ökonomischen Aspekte des Verfahrens hinzuweisen. Nach den bisherigen Erfahrungen liegen die Rückflußzeiten der Anlagen im günstigsten Fall bei 2 Jahren und im Mittel bei 3 Jahren. Ausschlaggebend hierfür sind die territorial unterschiedlichen Preise für Wasser und Abwasser. Nebeneffekt des Verfahrens sind erhebliche Energieeinsparungen durch Wärmerückgewinnung, Reduzierungen von Salzen für die Enthärtung von Trinkwasser. Unter Berücksichtigung der Betriebskosten, der Abschreibungen, den Einsparungen im bisherigen Betriebsregime usw., betragen die Kosten je m³ aufbereitetem Wäschereiabwasser zwischen 1,90 DM bis 3,00 DM, was im Einzelfall an erprobten Projekten und getätigten Investitionen von Wäschereien im Land Brandenburg nachgewiesen werden kann.

Langfristig sind die getätigten Investitionen für Wäschereien kostensenkend und leisten gleichzeitig einen erheblichen Beitrag zur Ressourcenschonung und umweltverträglichen Mehrfachnutzung des Gutes Wasser.

Beispiel 2: Mobile Bodenwaschanlage

Die "SANITECH" Dienstleistungsgesellschaft für Boden und Baustoffsanierung beschäftigt sich mit der Entwicklung, der Produktion und dem Betrieb einer mobilen Bodenwaschanlage. Grundlage für die Entwicklung ist ein Tensidlösemittel, das eigens entwickelt wurde. Nach zahlreichen Laborversuchsreihen konnte die Wirkungsweise des Tensidlösemittels in Bezug auf das Lösen von Kontaminationen wie beispielsweise MKW's, TNT, Pestizide/Herbizide und teilweise auch PAK – Verbindungen aus Böden oder Bauschutt (Recyclingmaterial) nachgewiesen werden. Derzeit ist die Firma SANITECH mit der Entwicklung eines Verfahrens beschäftigt, um diese Innovation für Sanierungsvorhaben umzusetzen. In der Planung und Entwicklung befindet sich eine mobile Bodenwaschanlage "OLEXTRA 4+2", wobei 4 für

die 4 Reaktionsbehälter und 2 für die Zwischenlagerungscontainer steht .

Technisches Verfahrensprinzip

Die vier (oder mehr) Reaktionscontainer werden mit dem vorliegendem kontaminierten Material durch einen Radlader, Bagger oder eine Feststoffpumpe befüllt . Die Reaktionsbehälter sind über ein Rohrleitungssystem miteinander verbunden , durch welches mittels der Misch - und Pumpeneinheit das Tensidlösemittel - Wasser – Gemisch in die Reaktionscontainer gepumpt wird und dort das kontaminierte Material gleichmäßig durchströmt . Dabei steigen die ölhaltigen Bestandteile im Boden (Beton oder Ziegelbruch) mit geringen Feinstanteilen des Materials auf . Nach Abschluß des Reinigungsvorganges zeichnen sich im Reaktionsbehälter 3 Ebenen ab . Auf der Oberfläche bildet sich ein Ölfilm darunter befindet sich das Tensidlösemittel – Wasser – Gemisch und auf dem Grund des Reaktionscontainers liegt das vormals kontaminierte Material . Der Ölfilm wird über ein Skymersystem und das Tensidlösemittel – Wasser – Gemisch über eine Pumpe abgesaugt . Beide Medien werden einer speziellen Öl – und Feststoffabscheidungsanlage zu geführt und gereinigt . Das abgeschiedene Öl und d. g. werden in einem gesonderten Tank für die Verbrennung gelagert . Die Reaktionscontainer werden in die sogenannten Zwischenlagerungscontainer entleert, in welchen das Restwasser mittels Vakuumpumpe bei Böden oder herkömmlichen Pumpen bei Betonbruch entzogen wird . Nach den bisher beschriebenen Vorgängen stehen nach der Reinigung noch Restwasser und das Tensidlösemittel – Wasser – Gemisch zur Verfügung . Das Tensidlösemittel – Wasser – Gemisch reduziert sich nur durch die Feuchtigkeit die jeder Boden in der Natur aufweist . Anschließend wird das Tensidlösemittel – Wasser – Gemisch und das Restwasser der Mischeinheit zugeführt, dort wird die für den nächsten Reinigungsvorgang erforderliche Konzentration der Lösung wieder hergestellt.

Abschließend kann man feststellen, das hier ein in sich geschlossenes System entstand, in dem die biologisch verträgliche Reinigungslösung größtenteils wieder verwendet wird und der Wirkungsgrad dieses Verfahrens in Bezug auf die anfallenden Reststoffe um vieles höher einzuschätzen ist gegenüber herkömmlichen Verfahren. Darüber hinaus entfallen bei diesem Verfahren im erheblichen Maße Transportkosten, wie beispielsweise bei Transporten zu stationären Bodenwaschanlagen. Nach der Bearbeitung und dem Erreichen der Einbauwerte kann der Boden wieder vor Ort eingebaut und vormals kontaminierte Recyclingmaterialien können wieder in Wertstoffe umgewandelt werden, die u.a. im Straßenbau Verwendung finden. Die Kosten liegen zirka 25 - 35 % unter denen herkömmlicher Verfahren, werden jedoch auch durch die Art des Ausgangsmaterials und die Höhe und Art der Belastung beeinflusst.

Beispiel 3: Das BSOL-Haus-Konzept

Ausgangspunkt für die Entwicklung der BSOL-Typenhäuser war die technische und wirtschaftliche Realisierung von intelligenten Solarhäusern im mittleren Preissegment (schlüsselfertig) unter Beachtung komplexer Strukturen bei Planung und Ausführung, Nutzung und Fläche, Energiehaushalt, Ökologie und Ökonomie sowie Akzeptanz beim späteren Nutzer bzw. Eigentümer. Unter Betrachtung heutiger technischer Möglichkeiten sowie zukünftigen Anforderungen innerhalb der Gebäude-Nutzungsdauer wurde bewußt der Schritt zum intelligentem Haus (Bus-System), mit vielfältigen, zukünftig faktisch unbegrenzten Nutzungsmöglichkeiten vollzogen. Ziel ist ein komplexes, universell einsetzbares System zur primären Deckung des Heizwärme- und Warmwasserbedarf durch thermische Kollektoren, Sekundärdeckung durch andere Wärmeerzeuger unter strikter Beachtung wirtschaftlicher und ökologischer Kriterien. Bisherige Solarprojekte konnten größtenteils nur durch hochgradige Zuschüsse (Förderung, Subventionen) realisiert werden; eine Überleitung für breitere Anwendungen im Markt wurde nicht erreicht. Viele Solarprojekte wurden aufgrund von deutlichen Mehrkosten insbesondere bei der Haustechnik nicht realisiert.

Integrierte Planung und Ausführung

Ziel der integralen Planung bei der Entwicklung der BSOL-Häuser war die Realisierung analoger Prozesse, wie sie beispielsweise seit Jahren in der Technik bei der Produktentwicklung üblich sind. In paritätischer Arbeitsteilung wurden von Architekten, Bauingenieuren, Fachplanern, Bauausführenden und Immobilienverkäufern die Lösungsfindung zum gemeinsamen Produkt innerhalb des vorgegebenen Kosten-

rahmens vorgenommen. Um während des gesamten Lebenszyklus der Immobilie alle möglichen energetischen und betriebskostenseitigen Einsparungspotentiale bei gleichzeitigem Werterhalt des Gebäudes auszuschöpfen, bedarf es zwangsweise auch einer integrierten Vernetzung der gebäudetechnischen, sicherheitstechnischen und administrativen Funktionen. Ökologisch planen und bauen heißt, mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen sparsam umzugehen und Häuser umweltverträglich und kostengünstig zu bauen und auf lange Zeit bezahlbar zu betreiben.

Das Wohlbefinden sowie die Gesundheit der Menschen hängen im zunehmendem Maße davon ab, welche Bauweisen und Baumaterialien verwendet werden.

Als Schwerpunkte kristallisierten sich die Gebäudehülle, die Haustechnik, die Baukosten, die Planung und die Baulogistik heraus. Wesentlicher Aspekt war außerdem die Einhaltung von wirtschaftlichen Kriterien bei der Projekterarbeitung und Projekterstellung.

Energetischer Ansatz

ist die Energieverbrauchsminimierung durch massive Bauweise als Einheit von Baukörper, Gebäudetechnik und Nutzer. Ausgehend von Überlegungen zur drastischen Betriebskostenreduzierung und Integration von alternativen/ ökologischen Haustechnikbestandteilen unter energetischer Einbeziehung der Gebäudehülle, war die Zielstellung, ein langlebiges Wirtschaftsgut zu marktüblichen Preisen zu schaffen, bei Verringerung des Energieeinsatzes und der damit verbundenen Umweltbelastungen, ohne Komforteinschränkung für den Nutzer.

Das Gebäudekonzept sollte durch haustechnische Installationen zur umweltfreundlichen Energiegewinnung vervollständigt werden, die den Energiebedarf des Hauses mit hohen Deckungsraten absichern. Haustechnische Installationen zur umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Energieerzeugung, -speicherung und -verteilung

- Thermische Kollektoren zur Primärenergiedeckung für Warmwasser und Heizung
- Restenergiedeckung durch Wärmepumpen/Gasbrennwertkessel/Blockheizkraftwerke/Feststoffkessel/Fern-oder Nahwärme
- Hohe Flexibilität der Anwendung unter Beachtung objektiver und subjektiver Projektforderungen
- Ressourcensparende und legionellenfreie Trinkwasserinstallationen
- Integration von BUS-Systemen als Mittel der Hausautomatisation

Der durch die derzeitigen bestehenden Preise im Bereich alternativer Energien und BUS-Systemen bestimmte höherer Kostenansatz bei der Haustechnik, wurde nur im Konzept „schlüsselfertiges Bauen - Festpreis“/Typenbau und der Möglichkeit der direkten Beeinflussung von Bauzeit und Bauqualität realisierbar. Im Sinne des Nutzers/Eigentümers entstanden Häusertypen, die ökologisch, ökonomisch, zukunftssicher und mit hoher Wertbeständigkeit gebaut werden.

Der Planungsprozess im Bereich Baulogistik wurde von den Projektentwicklern so verändert, daß auch mittelständige, in der Regel ortsansässige, bauausführende Firmen aufgrund des Kostendrucks (Wirtschaftlichkeit) im Sinne eines ökonomischen Produktes und praxisorientierter Erfahrungen zu einem positiven Gesamtergebnis beitragen können. Ausgehend von bisherigen Erfahrungen erschien es anfangs als unmöglich, die Auffassung der am Planungsprozeß Beteiligten hinsichtlich Qualität und Quantität der Leistungen auf einen Nenner zu bringen. Neu definiert wurde in diesem Zusammenhang der Verantwortungsbereich einschließlich der zu erwartenden Projektkosten. Wichtige Voraussetzungen zur hohen solaren Deckung des Wärmebedarfes sind der Einsatz von diffusionsoffenen Baustoffen (Holzbeton) und große Speichermassen (Beton), unter besonderer Berücksichtigung von Montagezeit und Montagefreundlichkeit zur Reduzierung von Bauzeit und Baukosten, bei geringen Wandstärken. In BSOL-Häuser werden Wandstärken bis 30 cm (k-Wert von 0,33, Betonanteil: 15 cm, Wärmedämmung innenliegend: 8 cm) eingesetzt. Vorteilhaft ist die Möglichkeit, alle haustechnischen Installationen (Wasser, Abwasser, Elektro, BUS-System) zeitgleich mit der Wanderrichtung zu errichten, durch den innenliegenden Wärmeschutz sind die Wände sofort verputzfähig, beim Aufbau der thermoaktiven Bauelemente sind kaum zeitliche oder geldliche Beeinträchtigungen anderer Gewerke bzw. des gesamten Bauablaufes zu erwarten,

bei entsprechender genauer Vorplanung und informativer Beteiligung der ausführenden Firmen. Durch die Ausbildung thermoaktiver Bauelemente (Nutzung von niedrigen solaren Temperaturen bzw. anders nicht verwertbarer Energien) ist Kühlen und Heizen möglich, die Vorlauftemperatur für die installierte Fußbodenheizung liegt unter 35 °C. Mittels des errichteten Erdspeichers kann im Sommer Kühlenergie (10 - 16 °C) und in der Heizperiode, der nicht durch den thermischen Kollektor primär sichergestellte Heizenergiebedarf abgedeckt werden (bei Einsatz einer Sole-Wasser-Wärmepumpe). Eine weitere Möglichkeit der Temperierung der Räume ist die Einbeziehung der Fußbodenheizung zur Kühlung. Durch den Verzicht auf einen Brauchwasserspeicher konnte neben der Platzeinsparung im haustechnischen Bereich außerdem eine Komforterhöhung (legionellenfreie Warmwassererzeugung) erreicht werden.

Die prognostizierte solare Deckungsrate für Heizung und Warmwasser des beschriebenen Projekts liegt bei über 75 %. Ein wesentlicher Faktor zur Höhe des Deckungsbeitrages liegt im Nutzerverhalten bei den, planungstechnisch nur schwer einschätzbaren, Warmwasserentnahmemengen. Durch Meßdatenerfassung und externe Datenauswertung durch eine Fachhochschule erfolgt eine objektive Betrachtung der Verbrauchswerte. Durch die Möglichkeit, u.a. langfristige Verbrauchsmengen zu erfassen, kann zukünftig eine Optimierung der technischen Komponenten erfolgen, die sehr wahrscheinlich zu weiteren Reduzierungen führen werden. Ein weiteres Einsparungspotential liegt im Herstellungsaufwand der eingesetzten Komponenten. Die Herstellung wesentlicher Anlagenkomponenten der solaren Heizungs- und Warmwasseranlage erfolgt momentan unter teilweise manufakturähnlichen Bedingungen. Die Anwendung von BUS-Systemen im Einfamilienhaus ist leider heute noch der Einzelfall. Der größte Teil des unbestrittenen Mehraufwandes für die Gebäudetechnik konnte durch frühzeitige Planung, unter Betrachtung der Einheit von Baukörper und Gebäudetechnik, durch optimale Baustoffwahl und straffe Baulogistik, durch kurze Bauzeiten, kompensiert werden. Der Rest wird durch Betriebskostenreduzierung gegenüber üblichen Hausangeboten in kürzester Zeit ausgeglichen, so daß die Entscheidung für ein BSOL-Haus langfristig erhebliche Kostenvorteile gegenüber anderen Angeboten ergibt. Es sind keine vergleichbaren Angebote auf dem Markt bekannt.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Firmen der Interessengemeinschaft „Ökologie 2000 - Unternehmer für Umwelt“ in ihrer fachlichen Kompetenz und ihrem ökologisch-ökonomischem Anspruch ein wichtiger Partner und Akteur im Prozeß der lokalen Agenda 21 sind. Hinweise und Anfragen können an die Kontaktadresse gerichtet werden.

Kontakt

Interessengemeinschaft „Ökologie 2000-Unternehmer für Umwelt“
c/o *europlan*, Herr Ralf Wilhelm
Garzauer Chaussee
15344 Strausberg
Tel./Fax: 03341/335 307 oder e-mail: oeko2000@molnet.de.

Agenda 21 im Landkreis Potsdam-Mittelmark – Rahmen für lokale Aktivitäten

B. Schade

1 Das Ziel

Der Agenda-Prozeß im Landkreis Potsdam-Mittelmark hat im Frühjahr 1997 begonnen. Die Initiative dazu kam aus dem Kreistag, der im September 1997 einstimmig einen Beschluß zur Lokalen Agenda 21 gefaßt hat.

Wir haben uns damals als Landkreis zu den Prinzipien der Agenda 21 bekannt, weil wir davon überzeugt sind, daß es unsere Verantwortung ist, darauf zu achten, daß wir mit unserem heutigen Handeln die Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht einschränken – ein Prinzip, daß nicht immer leicht zu beachten ist. Wir engagieren uns aber auch für die Agenda 21, weil uns klar ist, daß wir damit langfristig einen Wettbewerbsvorsprung – auch in rein wirtschaftlicher Hinsicht – vor anderen haben werden, die kurz-sichtiger handeln.

Wer sich die Umlandkreise anderer europäischer Großstädte anschaut, erkennt, daß eine nachhaltige Entwicklung gerade in Potsdam-Mittelmark, das in unmittelbarer Nachbarschaft zu Berlin liegt, ein wichtiges Anliegen ist. Nur wenn es uns gelingt, eine wirklich nachhaltige Siedlungsentwicklung durchzusetzen und unsere natürlichen Ressourcen zu erhalten, werden wir für die Bewohner des Kreises ein Absinken der Lebensqualität durch den Nutzungs- und Siedlungsdruck aus der Hauptstadt verhindern. Natürlich hat Potsdam-Mittelmark ein großes Potential als Wohnort und Erholungsgebiet für Menschen aus den benachbarten Großstädten.

2 Startschuß: Der Kreistagsbeschluß

Der Kreistagsbeschluß mit seinen vier Punkten stellt die Arbeitsgrundlage für die Verwaltung dar (siehe Abbildung 1). Er enthält vier Elemente:

Der erste Punkt ist die Basis für sämtliche Aktivitäten des Kreises im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Er stellt aber auch eine Selbstbindung des Kreises und der Kreistagsabgeordneten dar. Ein Beschluss zur Unterstützung der Agenda 21 und eine Unterschrift unter die Charta von Aalborg macht aber nur Sinn, wenn sie sich im Handeln der Verwaltung in allen Fachgebieten und bei der Beschlußfassung der Kreistagsabgeordneten niederschlägt. Ist das nicht der Fall, ist ein solcher Beschluß nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt wurde.

Die Charta von Aalborg ist ein Dokument, in dem sich mehr als 350 Kommunen aus allen europäischen Ländern zu dem Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt haben und das die Prinzipien der weltweit geltenden Agenda 21 für die Verhältnisse in europäischen Kommunen präzisiert. Am 05. Juni 1998 hat der Landrat die Charta von Aalborg feierlich unterzeichnet.

Punkt zwei ist die Handlungsgrundlage der Verwaltung. Das Umweltamt wurde beauftragt, den Agenda-Prozeß im Landratsamt zu koordinieren. Aber auch hier gilt, daß wir nicht weit kommen werden, wenn nicht alle Fachämter in ihren spezifischen Arbeitsfeldern mitmachen.

Der dritte Punkt ist eine zentrale Aussage für den Agenda-Prozeß im Landkreis: Laut Kapitel 28 des Rio-Abschlußdokuments „Agenda 21“ sollen die Kommunen Lokale Agenden 21 aufstellen. Das wird mit dem oft zitierten Motto „global denken – lokal handeln“ – wie ich finde – sehr treffend beschrieben. Der Gedanke, daß sich die Erde nur erhalten läßt, wenn jeder vor seiner eigenen Haustür kehrt, ist sicher zutreffend. Auch die in der Agenda 21 so wichtige Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen läßt sich auf kommunaler Ebene am besten organisieren.

Die Kommunen sind im deutschen Staatsgefüge aber die Gemeinden, so daß sie im Kapitel 28 angesprochen sind. Ich bin der Auffassung, daß in Brandenburg in vielen Fällen auch eine Lokale Agenda 21 auf Amtsebene sinnvoll sein kann. Nun ist das Rio-Abschlußdokument glücklicherweise kein Gesetz und auch keine Verwaltungsvorschrift. Jeder kann in seinem Bereich etwas für mehr Nachhaltigkeit tun, und in diesem Sinne halte ich es für sehr sinnvoll, daß der Landkreis Potsdam-Mittelmark den Beschluß zur Lokalen Agenda 21 gefaßt hat.

Wichtig ist nur, daß der Kreis sich dieser besonderen Rolle im Agenda-Prozeß bewußt ist. In diesem Zusammenhang ist der dritte Punkt des Kreistagsbeschlusses zur Agenda 21 zu sehen. Der Kreis sieht seine Aufgabe darin, die Gemeinden und Ämter zu informieren und bei ihren eigenen Aktivitäten zu unterstützen. Im folgenden wird ausgeführt, durch welche Maßnahmen der Kreis diese Aufgabe umsetzen wird.

Kreistagsbeschluß vom 11.09.1997

1. Der Kreistag unterstützt die Agenda 21 der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro von 1992 und die in deren Folge in der Charta der europäischen Städte und Gemeinden (Charta von Aalborg) dargestellten Ziele in vollem Umfang und beauftragt den Landrat, die Carta für den Landkreis Potsdam-Mittelmark zu unterzeichnen.
2. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, für den Landkreis Potsdam-Mittelmark eine Lokale Agenda 21 aufzustellen. Am Tag der Umwelt 1998, dem 5. Juni 1998, werden die Ergebnisse des Landkreises der Öffentlichkeit vorgestellt.
3. Die Lokale Agenda 21 für den Landkreis Potsdam-Mittelmark fördert die Initiativen der Ämter und Gemeinden zur Aufstellung Lokaler Agenden 21. Die Kreisverwaltung wird deshalb beauftragt,
 - die Ämter und Gemeinden umfassend über die Rahmenbedingungen des Agenda-21-Prozesses zu informieren und sie bei der Aufstellung eigener Lokaler Agenden 21 zu unterstützen;
 - den Erfahrungsaustausch zwischen den Ämtern und Gemeinden des Landkreises zur Lokalen Agenda 21 zu unterstützen.
4. Die Lokale Agenda 21 für den Landkreis Potsdam-Mittelmark wird eine Reihe von Projekten mit ämterübergreifendem Charakter enthalten, die von der Kreisverwaltung durchgeführt werden.

Abb. 1 Kreistagsbeschluß zur Lokalen Agenda 21

Im vierten Punkt wird die zweite Säule des Agenda-Prozesses in Potsdam-Mittelmark angesprochen. Wir wollen unsere Aktivitäten nicht auf die Unterstützung der Gemeinden und anderer beschränken, sondern selbst im Rahmen unserer Arbeit einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit erbringen. Dabei ist es mir wichtig, daß sich die kreislichen Projekte nicht auf Deklarationen beschränken, sondern daß ganz konkrete greifbare Ergebnisse erzielt werden.

3 Was passiert nun: Umsetzungskonzept

Nachdem der Kreistag am 11. September 1997 den Agenda-21-Beschluß gefaßt hat, wurde im Umweltamt ein Konzept erarbeitet, wie dieser Beschluß konkret umgesetzt werden kann. Das Umsetzungskonzept hat die Beigeordnetenrunde am 11.11.1997 beschlossen (vgl. Abildung 2). Die darin enthaltenen 10 Punkte sind weitgehend umgesetzt.

- Konzept zur Umsetzung des Beschlusses zur Lokalen Agenda 21**

 1. Schreiben an alle Ämter im Landratsamt mit der Bitte, sich ggf. mit eigenen Projekten am Agenda-21-Prozeß zu beteiligen.
 2. Gestaltung eines Logos für die LA 21 in Potsdam-Mittelmark
 3. Aufstellung der Liste der kreislichen Projekte
 4. Auftakt schreiben an Vereine, Wirtschaft, Kirchen, Ämter, Städte und Gemeinden und weitere interessierte Personen und Organisationen
 - Information über den Beschluß im Landkreis Potsdam-Mittelmark
 - Informationsmaterial zur Agenda 21 generell
 - Abfrage, ob Interesse an einer Mitarbeit oder Trägerschaft an kreislichen Projekten existiert
 5. Gegebenenfalls Erweiterung der Liste der kreislichen Projekte
 6. Auftaktveranstaltung im ersten Quartal 1998 mit prominentem Redner und der feierlichen Unterzeichnung der Charta von Aalborg
 7. Vierteljährlicher Infobrief: AgendaJournal
 - Information über kreisliche Projekte
 - Darstellung gemeindlicher Aktivitäten
 - Informationen über bundesweite Aktivitäten, Fördermittel, Wettbewerbe
 8. Monatliche Pressemitteilung
 9. Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch
 - mindestens einmal jährlich am 5. Juni, ggf. öfter
 10. Vergabe der GFG-Mittel (Gemeindefinanzierungsgesetz)
Berücksichtigung bei der Förderung von Maßnahmen im Rahmen der LA 21 bei der Vergabe der GFG-Mittel

Abb. 2 Umsetzungskonzept

Das Umweltamt hat die anderen Fachämter im Landratsamt angeschrieben, sie mit umfangreichem Informationsmaterial versorgt und darum gebeten, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eigene Projekte zu benennen. Damit wurde der Erkenntnis Rechnung getragen, daß Nachhaltigkeit viel mehr als nur Umweltschutz ist, und daß eine echte nachhaltige Entwicklung nur möglich ist, wenn jeder in seinem Bereich sich nachhaltig verhält.

Ein Agenda-21-Logo wurde als optische Klammer des Agenda-Prozesses entwickelt (vgl. Abbildung 3).



Abb. 3 Logo der LA 21 im Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Rücklauf des Anschreibens an die anderen Fachämter wurde eine Liste mit 20 Projekten erstellt und dann auch in der Beigeordnetenrunde bestätigt.

Erst nachdem also im Haus die ersten Schritte auf dem Weg gebracht wurden, haben wir uns im Frühjahr 1998 nach außen gewandt und einem umfangreichen Verteiler von etwa 400 Personen und Organisationen Informationsmaterial über die Agenda 21 zugeschickt und sie zur Mitarbeit aufgefordert. Konkrete Projekte für die kreisliche Projektliste sind uns aber aus diesem Kreis bisher nicht gemeldet worden.

Mit diesem Informationsschreiben erging dann auch die Einladung zu der Auftaktveranstaltung am 5. Juni 1998 in Kleinmachnow, bei der der Landrat die Charta von Aalborg unterzeichnet hat. Außerdem wurden ein Film und eine Ausstellung gezeigt, es wurden Fachvorträge gehalten, und die Teilnehmer haben die Gelegenheit zur Diskussion ausführlich genutzt.

Der siebente Punkt konnte noch nicht vollständig umgesetzt werden. Der Infobrief, der AgendaJournal genannt wurde, wurde aber bereits durch einen Grafiker gestaltet und als Rahmen gedruckt, der nun mit Text gefüllt werden muß. In Kürze wird die erste Ausgabe dieser Zeitung erscheinen.* Auch hier ist das Umweltamt auf die Mitarbeit der Aktiven vor Ort angewiesen. Im AgendaJournal wird über den Fortgang der kreislichen Projekte berichtet und es werden Informationen aus anderen Kreisen und Ländern weitergegeben. Außerdem werden wir auf Publikationen und Veranstaltungen zum Thema hinweisen. Aber das AgendaJournal soll auch zum Austausch von Erfahrungen der Gemeinden im Kreis untereinander dienen. Daher sind Beiträge von Aktiven vor Ort ausdrücklich erwünscht.

Pressemitteilungen werden immer wieder herausgegeben, aber ein monatlicher Turnus konnte bisher noch nicht erreicht werden.

Nach der Auftaktveranstaltung wurde im November 1998 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik ein ganztägiges Seminar zur Agenda 21 durchgeführt. Das Seminar war in zwei Blöcke geteilt: Am Vormittag standen Vorträge zur Agenda 21 allgemein und zur Situation in Potsdam-Mittelmark im speziellen sowie ein Praxisbeispiel aus der Stadt Güstrow auf dem Programm. Am Nachmittag haben die Seminarteilnehmer in vier thematischen Workshops zuden Themen „Agenda 21 in Kommunen“, „Agenda 21 und Schulen“ und „Agenda 21 und Wirtschaft“ diskutiert und Ergebnisse erarbeitet. Das Seminar war für 60 Personen konzipiert, es lagen aber schließlich 120 Anmeldungen vor, ein Zeichen für das große Interesse an der Thematik Lokale Agenda 21.

* *Anmerkung der Herausgeber:* Inzwischen sind die ersten Ausgaben des AgendaJournals erschienen.

Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Seminar werden im Jahr 1999 weitere Veranstaltungen zu speziellen Themen geplant, z.B. eine Veranstaltung für Schulen und eine Veranstaltung zum Thema Energie sowie eine Veranstaltung zum 6. Juni.

Der letzte Punkt des Umsetzungskonzeptes betrifft die sogenannten GFG-Mittel. GFG ist die Abkürzung für Gemeindefinanzierungsgesetz. Der Kreis erhält im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes Mittel vom Land, die er für investive Maßnahmen an die Gemeinden des Kreises weiterreichen muß. Dafür wird vom Kreistag eine Prioritätenliste erstellt, um aus der Vielzahl der Anträge die zu fördernden zu identifizieren. Das Ziel, bei der Vergabe der GFG-Mittel den Agenda-Beschluß zu berücksichtigen, wurde bei der GFG-Mittelvergabe für 1999 bereits berücksichtigt. Die Gemeinden Kleinmachnow und Beelitz erhalten im Jahr 1999 jeweils 40.000 DM für ihre Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21. Außerdem wurden bei den im Umweltamt zu vergebenden Mitteln vorrangig Projekte gefördert, die inhaltlich mit der kreislichen Projektliste übereinstimmen. Selbstverständlich sollte der Agenda-Beschluß nicht nur im Umweltamt bei der Vergabe der GFG-Mittel berücksichtigt werden.

4 Lokal handeln: 20 Projekte aus 10 Ämtern

Wie oben bereits erwähnt ist, wurde durch die Kreisverwaltung eine Projektliste mit Projekten, die von den Fachämtern im Landratsamt bearbeitet werden, erarbeitet. Sie wurde im März verabschiedet und enthält 20 Projekte aus 10 Ämtern (vgl. Abbildung 4), ein erfreuliches Ergebnis, wie ich finde. Jedes Fachamt ist für die Umsetzung seiner Projekte selbst verantwortlich.

Projekte der Verwaltung im Rahmen der Lokalen Agenda 21

1. Preis „Nachhaltiges Potsdam-Mittelmark“
Verantwortlich: Umweltamt
2. Umweltinformation
Verantwortlich: Umweltamt
3. Expertenpool LA 21
Verantwortlich: Umweltamt
4. Innovative Verfahren der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum
Verantwortlich: Umweltamt
5. Schutzgebietskonzept
Verantwortlich: Umweltamt
6. Renaturierung von Oberflächengewässern
Verantwortlich: Umweltamt
7. Vorbereitung und Durchführung von Vorhaben einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung im Raum Teltow-Stahnsdorf-Kleinmachnow
Verantwortlich: Planungsamt
8. Stabilisierung und Entwicklung des ländlichen peripheren Raums im Gebiet zwischen Brandenburg und Ziesar
Verantwortlich: Planungsamt
9. Produktion erneuerbarer Rohstoffe zur stofflichen und energetischen Verwertung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen (Flachs-anbau, Rapsmethylester (Biodiesel), Biogasanlagen)
Verantwortlich: Amt für Landwirtschaft und Wirtschaftsförderung

10. Minimierung des Elektroenergieverbrauchs, des Wärmeverbrauchs und des Wasserverbrauchs/Abwasseranfalls in den durch die Verwaltung genutzten Gebäuden und baulichen Anlagen
Verantwortlich: Bauverwaltungsamt
11. Durchführung von Straßenbaumaßnahmen unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte
Verantwortlich: Bauverwaltungsamt
12. Aufbau eines Gesundheitsinformationssystems
Verantwortlich: Gesundheitsamt
13. Nutzung vorhandener Reserven zur Energieeinsparung sowie zum Kauf umweltfreundlicher Materialien im Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (AroV)
Verantwortlich: AroV
14. Schaffung der Stelle eines Energiebeauftragten
Verantwortlich: Hauptamt
15. Abfalltrennung im Sozialamt
Verantwortlich: Sozialamt
16. Umweltgerechte Schule
Verantwortlich: Schulverwaltungs- und Kulturamt
17. Errichtung einer Umweltbibliothek
Verantwortlich: Schulverwaltungs- und Kulturamt
18. Unterstützung der Umwelterziehung in Schulen
Verantwortlich: Schulverwaltungs- und Kulturamt
19. Unterstützung von Umweltprojekten in Kitas
Verantwortlich: Jugendamt
20. Unterstützung von Umweltprojekten bei der Jugendförderung
Verantwortlich: Jugendamt

Abb. 4 Projekte der Kreisverwaltung

Die sechs Projekte des Umweltamtes sind mit unterschiedlichem Bearbeitungsstand in Arbeit.

Einen Vorschlag für einen „Nachhaltigkeitspreis“ wird dem Kreistag in Kürze unterbreitet. Der Umweltbericht 1997/98 wurde im Oktober vorgestellt. Er kann kostenlos im Umweltamt angefordert werden. Die Idee des Expertenpools, d.h. einer Kartei von Experten, die insbesondere für Projekttag der Schulen zu verschiedenen Themen zur Verfügung stehen, wird noch im Amt bearbeitet. Das Projekt zu innovativen Verfahren der Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum wurde mit der Förderung von derartigen Projekten über die GFG-Mittelvergabe und die fachliche Begleitung seitens der unteren Wasserbehörde vorangetrieben. Das Schutzgebietenkonzept ist in Arbeit. Anfang 1999 wird es dazu eine Kreistagsvorlage geben. Und schließlich wurde das Projekt zur Renaturierung der Oberflächengewässer mit der GFG-Mittelvergabe 1999 deutlich vorangetrieben, indem verschiedenste Fließgewässerrenaturierungen gefördert wurden. Es wird aber auch im Bereich der Seesanierungen weitere Schritte geben, die derzeit fachlich vorbereitet werden. Über den Fortgang dieser und der anderen Projekte werden im AgendaJournal Beiträge zu lesen sein.

4 **Ausblick: Wie geht es weiter?**

Der Agenda-Prozeß in Potsdam-Mittelmark besteht also aus zwei Säulen: einerseits die eigenen kreislichen Projekte und andererseits den Maßnahmen zur Unterstützung der Ämter und Gemeinden bei ihren Agenda-Prozessen. Die Kreisverwaltung unterstützt die Ämter und Gemeinden durch Informationen und Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch untereinander. Dies soll durch regelmäßige Veranstaltungen und das AgendaJournal erfolgen. Außerdem stehen die Mitarbeiter der Kreisverwaltung jederzeit für individuelle Beratung zur Verfügung.

Im Umweltamt wurde eine Mitarbeiterin, die etwa mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit an diesem Thema arbeitet, mit der Koordination der Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 beauftragt (Frau Kittelmann, Tel.: 033841/91129, Fax: -164). An sie können sich Interessierte jederzeit mit Fragen und Wünschen wenden. Außerdem arbeitet der Zivildienstleistende des Umweltamtes neben anderen Aufgaben auch an der Lokalen Agenda 21 mit. Im Umweltamt existiert inzwischen eine recht umfangreiche Bibliothek mit Literatur zum Thema. Diese Literatur steht selbstverständlich auch interessierten Bürgern zur Verfügung. In Kürze wird auch auf der Internetseite des Kreises eine Rubrik zur Lokalen Agenda 21 eingerichtet, auf der die jeweils aktuellsten Informationen zum Thema abgerufen werden können (<http://www.potsdam-mittelmark.de>).

Eine wirklich nachhaltige Entwicklung des Kreises läßt sich nicht allein aus der Kreisverwaltung in Belzig heraus realisieren. Nur gemeinsam mit den Ämtern und Gemeinden, den Bürgern, der Wirtschaft, den Parteien, den Kirchen und Vereinen und anderen Organisationen werden wir dieses Ziel erreichen.

Die wichtigsten Akteure sind dabei die Ämter und Gemeinden. Es ist von zentraler Bedeutung, daß nach Kleinmachnow und Beelitz auch andere Kommunen einen eigenen Prozeß zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 beginnen. Dabei ist es klar, daß es kein Standardverfahren für die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 gibt, sondern daß jede Kommune die Vorgehensweise auf ihre spezifischen Verhältnisse abstimmen kann.

Ein weiterer zentraler Gedanke der Agenda 21 ist die Beteiligung der Bürger. Die Verwaltungen alleine werden das Ziel mehr Nachhaltigkeit nicht erreichen. Hier kommen die Bürger, Unternehmen, Vereine, Kirchen und andere Organisationen ins Spiel. Jeder kann und muß in seiner täglichen Arbeit einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit in Potsdam-Mittelmark leisten, indem eingefahrene Verhaltensweisen überdacht werden. Es gibt aber auch eine Vielzahl von Projekten in der Gemeinde oder im Kreis, an denen man sich persönlich oder auch durch einen finanziellen Beitrag beteiligen kann.

Auf der Auftaktveranstaltung in Kleinmachnow wurde von mehreren Rednern der Gedanke angesprochen, der auch der Kreisverwaltung sehr wichtig ist: Ein neues Denken setzt sich nur durch, wenn man die jungen Menschen erreicht. Ich möchte hinzufügen, daß das gesamte Projekt Lokale Agenda 21 im klaren Gegensatz zu Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit steht. Wer sich für die nachhaltige Entwicklung seiner Kommune einsetzt, müßte resistent sein für die dumpfen Parolen der Rechten. Aus diesem Grund sind die Schulen und Jugendeinrichtungen ein Schwerpunkt der Agenda-Arbeit in Potsdam-Mittelmark.

Dieser Beitrag faßt den Stand des Agenda-Prozesses im Landkreis Potsdam-Mittelmark ein Jahr nach dem Kreistagsbeschluß zusammen. Ich denke, wir haben einiges erreicht und noch vieles zu tun. Selbstverständlich ist das Projekt Lokale Agenda 21 für Potsdam-Mittelmark ein dynamisches und langfristiges Projekt. Sowohl die Projektliste als auch die anderen Maßnahmen werden mit der Zeit Änderungen erfahren. Wir sind offen für Anregungen, Kritik und Lob.

Anschrift des Autors

B. Schade
Landkreis Potsdam-Mittelmark, Amtsleiter Umweltamt
Postfach 1138
14801 Belzig

Potsdam, Stadt der Toleranz – unterwegs mit Geschichts- und Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft

Die Lokale Agenda 21

A. Kitzig

Der Anstoß von außen

Von dem „Potsdamer Offenen Entwicklungspolitischen Runden Tisch“, und dem BUND gingen seit 1995 Impulse zur Initiierung einer „Lokalen Agenda 21“ in Potsdam aus.

Der Beschluss der Stadtverordneten

Am 11. September 1996 wurde daraufhin von der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung der Beschluss zur Aufstellung einer „Lokalen Agenda 21“ gefasst.

Dem Umweltamt wurde die Aufgabe übertragen, ein Diskussions- und Beratungsforum (DIFO) einzuberufen.

Das Diskussions- und Beratungsforum

Am 27. Januar 1997 fand unter der Beteiligung wesentlicher Vertreter bzw. Repräsentanten der Bildungseinrichtungen, Kirchen, Nichtregierungs-Organisationen und interessierten PotsdamerInnen das erste große Diskussionsforum statt. Themen dieser ersten Informationsveranstaltung waren u.a.:

- Was ist eine Lokale Agenda 21 ?
- Welche kommunalen Handlungsfelder bestehen?
- Welche Rolle spielen die Bürger / Öffentlichkeit?
- Wo liegen Handlungsschwerpunkte?

Das DIFO tagte viermal.

Im Oktober 1997 wurde ein umfangreiches erstes Konzeptpapier vom Umweltamt ausgearbeitet und im DIFO zur Diskussion gestellt mit dem Ergebnis, das Positionspapier zur Überarbeitung in die Fachforen zu geben.

Fachforen

Parallel zu den Diskussions- und Beratungsforen fanden 1997 und 1998 Sitzungen der Fachforen statt. Das Forum Verkehr tagte zwei mal, das Forum Bauen und Wohnen ebenfalls zwei mal. Interessenten, um das Forum Boden und Stadtökologie ins Leben zu rufen, fanden sich entgegen der Planung gar nicht. Das Forum Energie/Klima hat dagegen bis Anfang 1998 insgesamt 12 mal getagt.

An diesem Punkt stagnierte die Arbeit vorerst. Zu einem 5. Treffen des DIFO kam es nicht, da für das Umweltamt als Organisator der Eindruck entstanden war, dass es an Akzeptanz und Motivation aller Beteiligten dafür fehle.

Energietisch

Durch die Stadtverwaltung wurden entsprechende Mittel bereitgestellt, damit unter professioneller Leitung ein Runder Tisch zu Fragen der Energie ins Leben gerufen werden konnte.

Die Stadt nimmt damit an der Modellphase der „Bundesweiten Kampagne zur CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ teil.

Zum Potsdamer Energietisch gehören u.a. Wohnungsunternehmen, Wissenschaftler und Umweltgruppen. Fünf Projektgruppen befassen sich u.a. mit der Erarbeitung eines Ratgebers zum Energiesparen, mit den Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Solarenergie und mit Lösungen für die Ablösung noch bestehender Kohleheizanlagen.

Lokale Agenda 21 muss von der Verwaltungsspitze gewollt sein

Zur Tagung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) im Juni 1999 waren Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengekommen. Ihr Ziel war es, sich über den Stand, die Entwicklungschancen und Hindernisse auf dem Weg zur Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 in den Kommunen auszutauschen. Von allen wurde als Priorität benannt, dass der Prozess von der Verwaltungsspitze aus geführt werden sollte.

Der neue Oberbürgermeister Matthias Platzeck, der im November 1998 die Leitung der Stadtverwaltung Potsdam übernahm, hat klar definiert, dass die Verwaltungsspitze sich für die Durchsetzung der Lokalen Agenda 21 einsetzt.

Koordination durch die Sicherheitskonferenz Potsdam

Der Oberbürgermeister hat die Sicherheitskonferenz (SIKO) mit der Koordination der Lokale Agenda 21 beauftragt. Eine übergreifende Stelle soll somit den Abstimmungsprozess über den gesetzlich vorgegeben Rahmen hinaus gewährleisten. Entscheidungen sind im Sinne der Nachhaltigkeit, der Zukunftsfähigkeit vorzubereiten. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte sind in ihrer Wechselwirkung zu berücksichtigen. Um das zu erfüllen wird eine Arbeitsgruppe für den Ideentransfer im Rahmen der Stadtverwaltung und darüber hinaus bei der SIKO auf Beschluss der Beigeordnetenkonferenz gegründet.

Durch die SIKO sollen die Bürger der Stadt und die Mitglieder in den Organisationen ebenfalls einen Ansprechpartner erhalten, um gemeinsam den Agenda-Prozess in Gang zu bringen und zu entwickeln. Im Rahmen eines partnerschaftlichen Engagements sollen gemeinsam Ziele definiert und Projekte auf den Weg gebracht werden.

Veränderungen in der Stadtverwaltung

Dass die Lokale Agenda 21 eine Möglichkeit ist, die eigene Zukunft lebenswert zu sichern und zu nutzen, dafür muss in der Bevölkerung noch weitgehend geworben werden. Die Stadtverwaltung sieht u.a. auch darin ihre Aufgabe.

Eine breit angelegte Veranstaltung verschiedenster Akteure in der Stadt sollte im vergangenen Jahr der Publizität des Agenda-Gedankens dienen. Beteiligt waren dabei 21 Vereine, 7 Schulen, 2 Institutionen und die SIKO in Kooperation mit dem Umweltamt.

Als besonders wichtig wurde dabei herausgearbeitet, dass die Bürger dieser Stadt ihre Stadtverwaltung als kompetentes und freundliches Dienstleistungsunternehmen erleben wollen. Erste Schritte auf diesem Weg wurden gemacht: Die Projektgruppe „Bürgerservice“ bereitet ein Konzept vor, das vor allem Vereinfachungen der Serviceleistungen mit sich bringen soll. Eine spezielle Serviceeinrichtung ähnlicher Art ist für Investoren vorgesehen, damit auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt mehr Tragfähigkeit gewinnt.

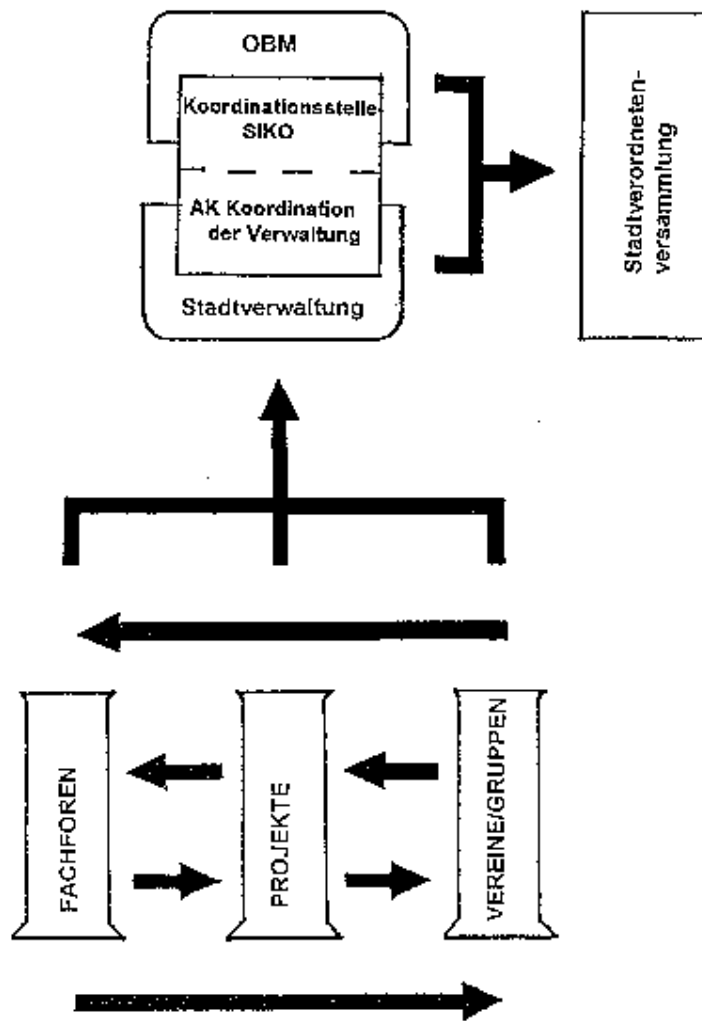


Abb. 1 Struktur Lokale Agenda 21 in der Stadt Potsdam

Schulprojekte

Mit den Schulen besteht seit längerer Zeit eine gute Verbindung. Im Rahmen des Arbeitsansatzes der SIKO, unterstützend dabei zu wirken, die Schule als Lebensraum zu gestalten, wurde u.a., von Schülern, Lehrern und Eltern ein Bauerngarten angelegt, ein Amphitheater und ein Lehmbackofen gebaut.

Durch das Grünflächenamt erhalten Schulen Unterstützung. Kinder und Jugendliche wurden so in den Prozess der Veränderung ihrer Lebensumwelt einbezogen. Sie pflanzten und arbeiteten mit. Auf diese Weise entsteht Identifikation und Verantwortlichkeit für das mit eigenen Händen Geschaffene.

Sieben Schulen beteiligten sich an dem "Fifty Fifty Projekt", das sich mit dem Energiesparen an Schulen beschäftigt. Die eingesparten Kosten konnten den Schulen anteilig für neue Projekte zur Verfügung gestellt werden. Unterstützung wurde dabei in erster Linie durch das Schulverwaltungsamt gewährt.

Die Schulkoordinatorin für Umwelt hat mit einer Vielzahl von Projekten, z. B. dem Schulgartenwettbewerb, dazu beigetragen, dass unter den Schülern Interesse und Aufgeschlossenheit für die Lokale Agenda 21 entstand.

Leben und Wohnen in Potsdam

Durch das Stadterneuerungsamt wird festgestellt, dass eine nachhaltige Planung im Sinne der Agenda bereits erfolgt. Bürgerbeteiligung gibt es bei der Erstellung von Rahmenplänen. Pläne und durchzuführende Maßnahmen werden in Stadtteilzeitungen veröffentlicht. Bewohner werden eingeladen, ihre Anregungen aufgenommen und berücksichtigt.

Besondere Akzeptanz haben die kleinteiligen Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung im Stadtteil Babelsberg, die an Bedürfnissen der Bewohner anknüpfen.

Aus sechs Wohnbaugesellschaften in Potsdam hat sich der Arbeitskreis „Stadtspuren“ gebildet, der einen gemeinsamen ganzheitlichen Ansatz als Philosophie bei Planungen verfolgt.

Die Situation für Kinder im öffentlichen Raum wird u.a. in der Stadt durch die Einrichtung der Spielplatzkommission beim Grünflächenamt, die ämterübergreifend besetzt ist, verbessert.

Perspektiven

Die Lokale Agenda 21 ist als ein Prozess anzusehen, der weit in die Zukunft reicht. Ungeachtet dessen gilt es kurz-, mittel und langfristige Ziele festzulegen und Indikatoren zur Messung der Ergebnisse zu benennen. Die Koordinationsgruppe bei der SIKO wird in diesem Sinne tätig werden. Die Voraussetzung dafür, aktuelle planerische Unterlagen der Stadtverwaltung zusammenzustellen, um einen Überblick über die breite Grundlage an relevanten Daten aus Untersuchungen, Planungen und Prognosen zu erhalten, wurde geschaffen. Aus dieser Zusammenfassung wird deutlich, dass eine Vielzahl der Konzepte, Pläne (z. B. Jugendhilfeplan) bereits mit Blick auf soziale Gerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht bearbeitet worden sind.

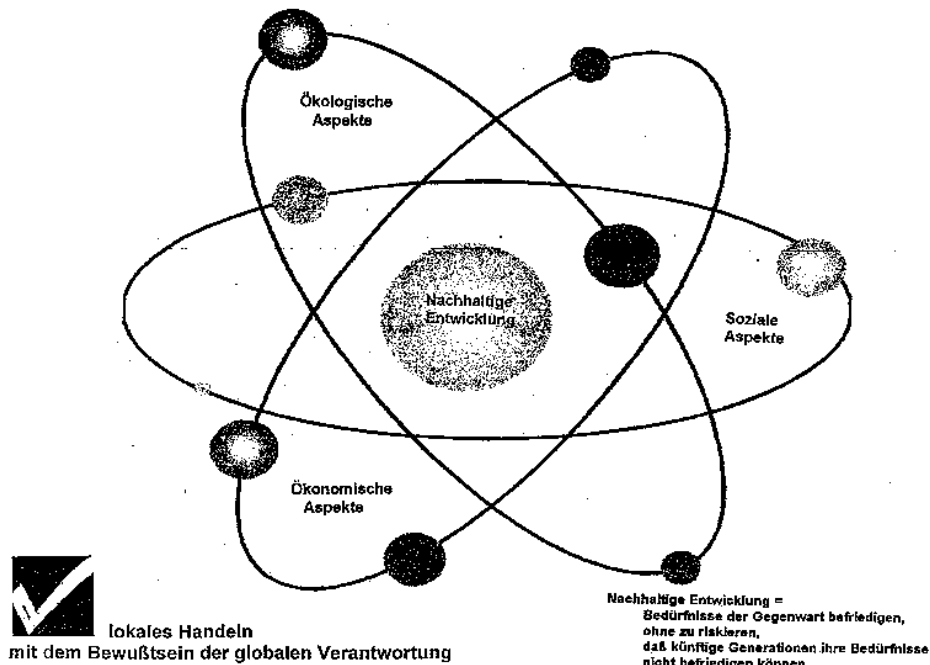


Abb. 2

Andere Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg sollen eingeladen werden, um über regionale Entwicklungschancen zu beraten. Angedacht ist dabei u.a. eine gemeinsame Kinder-und-Jugend-Agenda sowie die Erprobung eines Modells des Öko-Profits.

Frauen, Behinderte, Ausländer sollen ermutigt und unterstützt werden, eigene Belange in bestehende Prozesse einzubringen und bei der Lokalen Agenda 21 mitzuarbeiten.

Gemeinsam mit der Schulkoordinatorin für Umwelt wird eine Projektwoche für das nächste Jahr vorbereitet.

Die Koordinationsstelle beim Oberbürgermeister bereitet einen Wettbewerb zu Umsetzungsideen der Lokalen Agenda 21 vor.

Möglichkeiten für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit (Handzettel an alle Haushalte) werden geprüft. Auf die Erfahrungen anderer Städte wird zurückgegriffen.

"Global denken, lokal handeln" - dieser Anspruch ist nur gemeinschaftlich zu verwirklichen. Aufgerufen sind dazu alle.

Anschrift der Autorin

Angelika Kitzig
Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam
Sicherheitskonferenz
Stadthaus
14461 Potsdam

Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes – Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Eberswalde

J. Müller

Als der Begriff der Nachhaltigen Stadtentwicklung in Verbindung mit der Agenda 21 verstärkt in das öffentliche Bewußtsein gelangte, herrschte auch in der Stadt Eberswalde zunächst definatorisches Unverständnis. Der "Normalbürger" konnte mit diesen Begriffen nichts anfangen. Und es ist mehr als fraglich, ob heute tatsächlich mehr Klarheit besteht.

Die in Rio de Janeiro von mehr als 170 Staaten verabschiedete Agenda 21 sieht in einem ihrer 40 Kapitel - dem Kapitel 28 - Maßnahmen der Kommunen zu einer umweltverträglichen nachhaltigen Entwicklung vor. Doch sollte nicht verschwiegen werden, dass in erster Linie die Regierungen verpflichtet sind, an einer Umsetzung der Agenda im Sinne des Klimagipfels zu arbeiten. Das alleinige "Weiterreichen" von Handlungsaufträgen durch die Bundesregierung und die Landesregierungen an die Kommunen wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht.

Eine besondere Hervorhebung verdient in diesem Zusammenhang die Aufforderung an die Städte und Gemeinden, bis zum Jahr 1996 mit ihren Bürgern in einen Diskussionsprozess zu treten, um einen Konsens hinsichtlich der lokalen Umsetzung der Agenda zu erzielen. Doch eine "Vollzugsanleitung" ist bis heute nicht bekannt, wurde allerdings auch nicht so sehr vermisst. Jedoch führten die Unklarheiten im kommunalen Anforderungsprofil vielerorts zum erhobenen Zeigefinger. Ein Beleg dafür, dass die Diskussion längst den Rahmen der Überschaubarkeit verlassen hat.

Zwischenzeitlich hat es deshalb innerhalb der Landesregierung Überlegungen gegeben, eine Landesleitlinie als Grundlage der Stadtentwicklungspolitik und für die Untersetzung von Schwerpunkten einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu erarbeiten. Dieser Gedanke stellte sich jedoch als nicht ganz unproblematisch heraus. Von "Einengung" des administrativen Handlungsspielraumes der Kommune und Gefahr der "Verzettelung" aufgrund der knappen Haushaltsmittel und Personalstellen war die Rede. Stattdessen sollte besser weiterhin die Erarbeitung noch immer nicht vollständig vorhandener Grundplanungen höchste Priorität genießen. Zudem gibt es bereits eine Vielzahl von Arbeitshilfen zum Thema vom Städte- und Gemeindebund (z. B. Rathaus und Klimaschutz), dem Deutschen Städtetag (z. B. Städte für eine umweltgerechte Entwicklung/Materialien für eine Lokale Agenda 21) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (z. B. Klimaschutz in Kommunen).

Auch in der Stadt Eberswalde sind diese Materialien auf großes Interesse gestoßen. Die Forderung nach einem zukunftsweisenden Konzept in örtlich *beeinflussbaren* Lebensbereichen hat die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zu enormen Anstrengungen vielfältigster Art herausgefordert.

Die Verbesserung der Umweltbedingungen, die ressourcenschonende Entwicklung, Einsparungen beim Verbrauch von Energie und Wasser sowie ein enger Dialog in Form von Bürgerbeteiligungen bei Planungsprozessen ist Ziel und Anspruch zugleich. Doch die kommunalen Möglichkeiten stehen heute im umgekehrten Verhältnis zu den Anforderungen des Staates und der Gesellschaft.

Es erschien der Stadtverwaltung Eberswalde daher als Erfordernis, als Grundlage weiterer Überlegungen ein Zukunftsbild der eigenen Gemeinde zu entwerfen, welches eine Schwerpunktbildung unter kommunal

örtlichen Prioritäten in Einzelbereichen vornimmt, Aktivitäten der Vergangenheit unter dem Dach der Agenda zusammenfasst und umsetzungsorientiert ist.

Von 1995 bis 1997 wurde daher in einem vom Land Brandenburg geförderten Stadtmarketing-Projekt ein kommunales Leitbild der Stadtentwicklung erarbeitet, welches aus elf Zielbereichen mit Grundzügen der angestrebten Entwicklungsrichtung besteht. Ausgehend von einer umfangreichen Stärken-/Schwächenanalyse der Stadt Eberswalde ist in Arbeitskreisen und auf Stadtforen von Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und gesellschaftlichen Einrichtungen das Leitbild Eberswalde 2020 entwickelt und breitenwirksam diskutiert worden. Im November 1997 wurde es von der Stadtverordnetenversammlung formell beschlossen.

Zeitgleich trat die Stadt Eberswalde im April 1995 dem Klimabündnis "Allianca del Clima" bei. Nur etwa 500 Gebietskörperschaften in Deutschland sind diesem 1992 gegründeten Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre beigetreten. Diese Vereinbarung sieht in einigen Bereichen sogar über die Agenda 21 hinausgehende Maßnahmen vor.

In Eberswalde wurden vor dem Hintergrund dieses Beitritts innerhalb der Stadtverwaltung das eigenständige Sachgebiet Energie geschaffen und eine fachlich qualifizierte Energiebeauftragte eingestellt. Der damalige Ausschuss für Planung, Grünflächen und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung berief zudem eine Arbeitsgruppe Klimaschutz aus Vertretern der politischen Fraktionen und der Stadtverwaltung, die im Oktober 1996 der Stadtverordnetenversammlung einen Handlungsrahmen zur Beschlussfassung vorlegte (vgl. Dokument 2). Auf dieser Grundlage wurde ein Maßnahmenplan für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde bis 2005 erarbeitet, der im städtischen Planungsausschuss im Juni 1998 diskutiert wurde (vgl. Dokument 3).

Auf dem Weg dorthin begleiteten die Arbeitsgruppe Klimaschutz zur Schaffung der notwendigen Grundlagen mehrere Arbeitskreise, die auch an der Erstellung des ersten kommunalen Klimaschutzberichtes der Stadt Eberswalde mitwirkten (vgl. Dokument 1).

- Der Arbeitskreis Energie, in dem neben Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung auch das Energiesparkontor Barnim, die Stadtwerke und der Aktionskreis Alternative Energien mitwirkten, erarbeitete insbesondere energetische Bilanzen. In einer Übersicht über die stadtteilbezogenen Energieverbräuche (Ist-Analyse) wird am Beispiel des CO₂-Ausstoßes deutlich, dass gegenüber dem vorgegebenen Vergleichsjahr 1987 eine weit über 50 %-liegende Einsparung vorliegt. Da sich jedoch insbesondere zwischen 1987 und 1991 die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend geändert haben, wurde die Bilanz auf 1991 bezogen. Die danach noch ermittelten Kohleeinsparungen wurden durch gestiegene Verkehrsabgasemissionen vollständig "aufgefressen". Weiterhin beschäftigte sich der Arbeitskreis mit Möglichkeiten einer Energieeinsparung mit Hilfe alternativer und regenerativer Energien.
- Im Arbeitskreis Verkehr wirkte neben Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung auch die Barnimer Busgesellschaft mit. Neben verkehrspolitischen Leitlinien und der Verkehrsentwicklungsplanung lag das Schwergewicht auf der Begleitung der Erarbeitung eines Lärminderungsplans als Untersetzung des Verkehrsentwicklungsplans. Die Frage der Beeinträchtigungen durch Verkehrslärm gewann vor dem Hintergrund der geplanten Flugplatzemissionen eine besondere Aufmerksamkeit. Ansonsten wurden die Auswirkungen von geplanten Straßenneubauten (B 167 neu, Altstadtumgehung, Verbindung Brandenburgisches Viertel - Westend) diskutiert.
- Der Arbeitskreis Stadtökologie beschäftigte sich mit der Waldbewirtschaftung (Stadtforst), dem Biosphärenreservat und dem Öko-Audit.
- Im Arbeitskreis Abfall wurde über die Verwertung der Wertstoffe, die Restmüllreduzierung und die Abfallsatzung des Landkreises diskutiert.

Auf einer der letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wurde nachhaltig daran erinnert, dass

mit großer Wahrscheinlichkeit die Menschheit bei weiterer Verschwendung der irdischen Ressourcen dem Verhängnis zustreben werde. Verschwindend gering sei die Annahme, dass die Katastrophe ausbleibe. Es werde keinen Menschen auf unserem Planeten geben, der von der Klimalotterie verschont oder gar einen Nutzen davon haben werde. Verantwortung umschließe Hoffnung und Sorge. Daher ist es für die Stadt Eberswalde eine Selbstverpflichtung so zu handeln, dass im Rahmen des für die Zukunft Notwendigen, das Mögliche für die Gegenwart getan wird.

DOKUMENT 1: Kommunalen Klimaschutzbericht für den Zeitraum 1991 - 1995 (Juni 1998)

1. Basisdaten

1.1 Geographische Lage (bezogen auf die Maria-Magdalenen-Kirche)

52° 50' 20" nördlicher Breite

13° 49' 20" östlicher Länge

Die Höhenlage im Stadtgebiet bewegt sich zwischen 15 und 50 m über NN;

Altstadt: ca. 17 m, Finowkanal: 6,4 bis 25 m, Oder-Havel-Kanal: 37 m;

höchster Punkt: 76,8 m über NN (Lauseberg/Barnim-Hochfläche).

Die größte Ausdehnung von Nord nach Süd beläuft sich auf 7,4 km und von

West nach Ost auf 14,5 km.

1.2 Gradtagszahlen

für Berlin/Brandenburg (durchschnittlich): 3420

für den Standort der Wetterstation Angermünde 1994: 3900

- " - 1995: 4126

1.3 Fläche

Die Fläche der Stadt beträgt insgesamt 5.803 ha, davon sind 45 % Forsten und Holzungen, 20 % Gebäude- und Nebenflächen, 5 % Straßen und 4 % Gewässer.

Im Stadtgebiet gibt es über 160 km Straßen, von denen 15,5 km Bundes- und 10,3 km Landesstraßen sind.

1.4 Regionale Besonderheiten

Die Nutzung der Wasserkraft durch Wassermühlen erfolgte am Finow-Fluss bereits vor der Kanalisierung; danach siedelten sich die Wasserkraft nutzende Industriebetriebe vor allem im Bereich der Schleusenanlagen des seit 1746 existierenden Finowkanals an.

Weitere Wasserkraftstandorte existierten an der Schwärze.

Diese Potentiale sollen, ebenso wie die auf der Barnim-Hochfläche möglichen Windkraftstandorte, durch Investoren wieder bzw. neu erschlossen werden.

1.5 Einwohnerzahl und Anzahl der Wohnungen

1989	54.332 Einwohner	22.481 Wohnungen
------	------------------	------------------

1991	51.513 Einwohner	22.879 Wohnungen
------	------------------	------------------

1995	49.172 Einwohner	22.857 Wohnungen
------	------------------	------------------

1.6 Wirtschaftsleistung und Anzahl der Beschäftigten

1989	ca. 25.000 Beschäftigte
------	-------------------------

1991	ca. 23.000 Beschäftigte
------	-------------------------

1995	ca. 19.000 Beschäftigte
------	-------------------------

1.7 Angaben zur Stadtverwaltung

Verwaltungsstruktur: 1 Bürgermeister, 2 Beigeordnete, 1 Dezernent, 14 Ämter

Zuständig für Klimaschutz ist das Amt für Stadtentwicklung, Abt. Umweltschutz.

Für Energiesparmaßnahmen war die Energiebeauftragte zuständig; für die Energiebewirtschaftung der kommunalen Gebäude einerseits die jeweils verantwortlichen Fachämter und andererseits der SB Energie im Hauptamt.

2. Ausgangswerte zur Aktualisierung der Klimabilanz

Im Rahmen der Tätigkeit der Arbeitsgruppe Klimaschutz und der Arbeitskreise Energie, Verkehr, Abfall und Stadtökologie wurde auch die Frage diskutiert, welche Ausgangswerte für die Aktualisierung der Klimabilanz im Stadtgebiet herangezogen werden sollten. Laut Beschluss der Bundesregierung ist Bezug auf das Jahr 1987 zu nehmen, für das uns aber keine konkreten Ausgangszahlen bzw. Emissionsbilanzen vorliegen. Aus der Kenntnis der städtischen Situation zu diesem Zeitpunkt jedoch wissen wir, dass allein durch die im Stadtgebiet vorhandenen Heizwerke und die Vielzahl an häuslichen und industriellen Kohleheizungen ein sehr viel größerer Anteil an Luftschadstoffen produziert wurde als nach 1990.

Aus einer nicht datierten Übersicht (um 1985) geht hervor, dass etwa 435.000 t feste Brennstoffe im Stadtgebiet je Jahr verfeuert wurden, 1991 waren es, nach Durchführung erster Heizungsumstellungen und betriebsbedingter Produktionsrückgänge nur noch ca. 152.000 t. Nach dem Abzug von etwa 35.000 im Stadtgebiet stationierten sowjetischen Soldaten und Offizieren im Jahre 1994 sowie der Schließung weiterer Heizwerke und Betriebe des Territoriums sank der Verbrauch weiter drastisch bis 1995 auf etwa 33.000 t. In dieser Bilanz ist das 1995 noch auf Kohle- und Holzbasis Fernwärme produzierende Heizwerk Rosengrund enthalten, dessen Betrieb 1996 eingestellt und durch erdgasbetriebene Heizkessel in der ehemaligen Umformstation im Leibnizviertel ersetzt wurde. Konkrete Zahlen für die Energieverbräuche der GUS-Truppen liegen uns leider nicht vor, so dass eine Rückrechnung zur Korrektur der Verbrauchszahlen 1991 nur auf die Einwohner von Eberswalde leider nicht möglich ist.

Ähnliche Tendenzen sind für den Strom- und Gasbereich nachvollziehbar, wenn auch vielleicht nicht in dem gewaltigen Umfang wie bei festen Brennstoffen. Hier haben sich vor allem die nach 1990 stark gestiegenen Energiepreise und der industrielle Niedergang auf die Reduzierung der Abnahmemengen ausgewirkt. Inzwischen stabilisiert sich die Entwicklung auf dem Stromsektor, und auf dem Gassektor ist, vor allem nach der Erdgasumstellung 1993, im Stadtgebiet eine beträchtliche Steigerung der Verbräuche zu verzeichnen. Vor allem resultiert dies aus zahlreichen Heizungsumstellungen im Bereich des Wohnungsbaus sowie von Gewerbe- und kleineren Industriebetrieben. Auch der überwiegende Teil der Neubauten in der Stadt ist mit modernen Gasheizungen ausgestattet.

Aus den vorgenannten Gründen haben sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Klimaschutz entschlossen, als Basisjahr für die Klimaschutzbilanz das Jahr 1991 zu wählen. Dementsprechend wurden die Ausgangszahlen für den Energieverbrauch 1991 aus dem "Integrierten Energiekonzept für die Stadt Eberswalde" entnommen (unter Hinzurechnung der 1993 in das Stadtgebiet eingemeindeten Orte Sommerfelde und Tornow).

Für den Verkehrssektor wurde, abweichend vom Energiekonzept, eine Neuberechnung des Energieverbrauches (für Kraftstoffe) auf der Grundlage des "Leitfadens zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzkonzepte" vom Deutschen Institut für Urbanistik (Stand: 1997) und des Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Eberswalde vorgenommen, da die im Energiekonzept ermittelten Verbrauchszahlen und Emissionswerte für uns nicht vollständig nachvollziehbar waren.

Der Luftverkehr auf dem Flugplatz wurde aufgrund der zur Zeit geringfügigen Verkehrsströme vernachlässigt. Ein Vergleich mit den Emissionen vor 1994 bzw. vor 1991 würde die Klimabilanz unserer Auffassung nach verfälschen, wobei uns auch hier konkrete Angaben zu den Flugbewegungen im Einzelnen nicht vorliegen.

Für die Bereiche Abfall und Abwasser mussten die Vergleichswerte für 1991 geschätzt werden, da uns hierfür keine gesicherten Ausgangszahlen vorlagen. Diese konnten erst für die Jahre 1995/96 dem statistischen Jahresbericht der Stadt Eberswalde entnommen bzw. von der Kreisverwaltung erfragt werden.

3. Emissionsdaten

Grundlage für die Ermittlung der Emissionsdaten bildete der "Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzkonzepte" vom Deutschen Institut für Urbanistik.

In diesem Klimaschutzbericht wurde vorrangig verursacherorientiert der Energieverbrauch von CO₂ - Emissionen der Energiebereitstellung bilanziert. Bei der Erstellung der Emissionsbilanzen, vor allem der für den Verkehrsbereich, wurde das Inländerprinzip angewendet, bei dem die Emissionen, die in unserem Stadtgebiet entstehen bzw. durch unsere Einwohner verursacht werden inkl. der Prozess- bzw. Vorketten, in Form von spezifischen Emissionsfaktoren Berücksichtigung finden. Diese Emissionsfaktoren (in kg/MWh_{Energie}) wurden überwiegend aus den entsprechenden Tabellen des v. g. "Leitfadens ..." entnommen.

3.1 Verbrauch an bezogenen Energieträgern

Als Ausgangswerte für den Bezug von Energieträgern wurden für 1991 die Zahlen aus dem Energiekonzept der Stadt Eberswalde und für 1995 die Angaben aus dem Jahresbericht der Stadtwerke Eberswalde GmbH verwendet. Die Angaben zum Kohle-, Öl- und Holzverbrauch für 1995 wurden in Abstimmung mit einem ortsansässigen Brennstoffhändler eingeschätzt. Die Angaben zum Kraftstoffverbrauch als wesentlicher energetischer Grundlage für den Straßenverkehr wurden anhand des aktuellen Verkehrsentwicklungsplanes und des Fahrzeugbestandes im Stadtgebiet überprüft und für 1991 korrigiert bzw. für 1995 geschätzt.

Tabelle 1 Übersicht über die bezogenen Energien nebst CO₂-Emissionen 1991 und 1995

Energieträger	1991			1995		
	(MWh)	(%)	CO ₂ -Emiss. (t/a)	(MWh)	(%)	CO ₂ -Emiss. (t/a)
Elektroenergie	173.600	11,81	123.603	145.900	12,73	103.881
Gas (1991 = Stadtgas/ 1995 = Erdgas)	123.900	8,43	26.143	342.100	29,85	72.183
Holz	8.200	0,56	4.920	10.500	0,92	6.300
Rohbraunkohle	309.200	21,03	185.520	58.000	5,06	34.800
Braunkohlebriketts	450.300	30,62	270.180	100.000	8,73	60.000
Flüssiggas	200	0,01	58	500	0,04	145
Heizöl	119.400	8,12	34.626	120.000	10,47	34.800
Kraftstoffe	175.274	12,89	49.955	274.627	26,11	88.256
Summe	1.360.074	100	695.005	1.051.627	100	400.365
Anteil 1995 zu 1991				77,32%		57,61%

3.2 Sektoraler Brennstoff- und Energieverbrauch

Aus den in Tabelle 1 dargestellten Gesamtenergieverbräuchen lässt sich nachfolgende in Tabelle 2 dargestellte sektorale Aufteilung errechnen.

Tabelle 2 Sektorale Aufteilung von Brennstoff- und Energieverbräuchen 1991 und 1995

Sektor	1991		1995	
	(GWh)	(%)	(GWh)	(%)
Haushalte und Kleinv.	302.119	22,21	194.300	18,48
Gewerbe	99.880	7,34	196.620	18,70
Industrie	782.801	57,56	386.080	36,71
Verkehr	175.274	12,89	274.627	26,11
Gesamt	1.360.074	100	1.051.627	100

Deutlich wird an dieser Tabelle, dass der prozentuale Anteil des Verkehrs am gesamten Energieverbrauch im Stadtgebiet und damit auch an den Gesamtemissionen deutlich zugenommen hat. Das ist auch täglich an der Verkehrsdichte in den Straßen der Stadt nachvollziehbar. Hier liegt, wie in vielen anderen Städten, zukünftig der Schwerpunkt in Bezug auf CO₂-Einsparmaßnahmen.

Auf energetischem Gebiet gab es eine Verschiebung vor allem vom Sektor Industrie hin zum Gewerbebereich, was im wesentlichen die Bereiche Handel und Dienstleistungen, aber auch zahlreiche neugegründete Kleinunternehmen betrifft. Diese Verschiebungen und die Reduzierung der Gesamtverbräuche im Sektor Haushalte sind im wesentlichen auf die bereits geschilderten Ursachen zurückzuführen.

Die Arbeitsgruppe Klimaschutz schätzt ein, dass der Anteil der durch Energiesparmaßnahmen erzielten Emissionssenkungen im Verhältnis zuden durch Energieträgerumstellungen und durch Infrastrukturänderungen bewirkten derzeit noch gering ist.

3.3 Treibhausgas-Gefährdungspotentiale in Eberswalde

Aus allen in dieser Klimabilanz untersuchten Bereichen ergibt sich nun die nachfolgende tabellarische Übersicht zu den Treibhausgas-Gefährdungspotentialen. Deutlich wird dabei auch, dass vor allem beim CO₂ der Einfluss der sogen. Nichtenergien auf die Gesamtemissionen mit ca. 1% sehr gering ist. Dies betrifft sowohl das Jahr 1991 als auch das Jahr 1995.

Im Gegensatz zu den Emissionsminderungen bei CO₂ und SO₂ sind die Reduzierungen bei CH₄ und N₂O gering. Aber bei den CO-Emissionen haben wir eine deutliche Erhöhung zu verzeichnen, die überwiegend durch den erhöhten Verkehr verursacht wird. Hier sind dringend Maßnahmen zur Reduzierung erforderlich.

Tabelle 3 Übersicht über Treibhausgas-Gefährdungspotentiale 1991 und 1995

	CO ₂		CH ₄		N ₂ O		SO ₂		CO	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995
Nichtenergie (NE)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)	(t/a)
Deponie/ Abfall	3.710	3.160	1.645	1.401						
Abwasser- reinigung	3.380	1.746	80	41						
Summe NE	7.090	4.906	1.725	1.442						
Energie (E)										
Haushalte	176.980	112.930	363	239	16,68	9,04	210,86	108,23	121	65
Gewerbe/ Kleinverbr.	40.809	53.270	212	214	2,05	1,46	17,46	7,83	27	62
Industrie	427.261	145.909	850	374	36,83	6,25	498,32	90,93	302	119
Verkehr	49.955	88.256	464	819	49,96	88,16			2.678	4.731
Summe E	695.005	400.365	1.798	1.646	105,52	105,01	726,64	206,99	3.128	4.976
Gesamtsum- me der Ge- fährdungs- potentiale	702.095	405.271	3.523	3.088	105,52	105,01	726,64	206,99	3.128	4.976
Anteil 1995 : 1991		57,7%		87,7%		99,5%		28,5%		159,1%

3.4 Spezifische Emissionsdaten

Ausgehend von den in Tabelle 3 ausgewiesenen Treibhausgas-Gefährdungspotentialen und einer Einwohnerzahl (mit Hauptwohnung) in Eberswalde von 51.513 im Jahr 1991 sowie 49.172 im Jahr 1995 ergeben sich die in Tabelle 4 ausgeführten spezifischen Emissionen.

Tabelle 4 Gegenüberstellung derspezifischen Emissionen

Spezifische Emissionen	1991	1995	1995 : 1991
CO ₂ (t/Ewa)	13,63	8,24	60,5%
CH ₄ (kg/Ewa)	68,38	62,80	91,8%
N ₂ O (kg/Ewa)	2,05	2,14	104,3%
SO ₂ (kg/Ewa)	14,11	4,21	29,8%
CO (kg/Ewa)	60,72	101,20	166,7%

4. Schlussfolgerungen

Die zur Verbesserung der Klimasituation in der Stadt Eberswalde erforderlichen bzw. vorgesehenen Maßnahmen und Aktivitäten werden in einem Maßnahmenplan gesondert ausgewiesen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt.

DOKUMENT 2: Handlungsrahmen zum Klimaschutz in der Stadt Eberswalde (Oktober 1996)

1. Energiebereitstellung und -nutzung

1.1 Umweltverträgliche und sparsame Nutzung aller nicht regenerativer Energieträger durch rationelle Energieverwendung in Industrie, Handwerk, Gewerbe und Haushalten sowie in Dienstleistungs- und öffentlichen Einrichtungen:

- Erschließung von Energieeinsparpotentialen
- Einhaltung des Niedrigenergiehausstandards bei allen Wohnungsneubauten
- Substitution von Rohbraunkohle und Braunkohlebriketts in Einzelöfen und dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen im Stadtgebiet möglichst durch Anschluss an die Nah- bzw. Fernwärmeversorgung (unter Beachtung der Fernwärmesatzung)
- verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung für die Wärme- und Stromerzeugung
- Untersuchungen zur Erfassung von Wärmeverlusten (Thermografie),

1.2 Gewährleistung einer zuverlässigen, umfassenden und preisgünstigen Energieversorgung durch:

- die Sanierung und den schrittweisen Ausbau der Nah- und Fernwärme- sowie der Erdgasversorgung
- eine entsprechende Preis- und Tarifgestaltung der Stadtwerke zur Honorierung von Energieeinsparungen (Einführung von linearen Tarifen)
- Energieberatung seitens der Stadtwerke für alle Energieabnehmer und zum Erwerb energiesparender Geräte,

1.3 Verstärkte Erschließung von regenerativen und alternativen Energiequellen, vor allem für dezentrale Lösungen, z. B.:

- Solarthermie (Wärme- und Warmwassererzeugung)
- Photovoltaik (Stromerzeugung)
- Windkraftanlagen (Stromerzeugung)
- Wasserkraftanlagen (Stromerzeugung) am Finowkanal
- energetische Nutzung von Klär- bzw. Deponiegas in BHKW's
- energetische Nutzung von Holz und anderer nachwachsender Rohstoffe zur Strom- und/oder Wärmeerzeugung

2. Verkehr

2.1 Ruhender Verkehr

- Konzepte für den ruhenden Verkehr
- Wechselwirkung mit ÖPNV-Angebot und Erreichbarkeit im nichtmotorisierten Verkehr
- Auslastung und Fehlbelegungen

- Notwendiger Parkraum/Parkraumkonzepte
- Stadtverträgliche Neuordnung des Parkraums
- Gestaltung/Integration

2.2 Verkehrslenkung

- Verkehrswiderstände
- Netzeingriffe
- Verkehrsberuhigte Bereiche
- Zonengeschwindigkeitsbeschränkungen
- Förderung des ÖPNV

2.3 Fahrradfreundliche Stadt

- Organisation
- Radwegeprogramm
- Verkehrssicherheitsprogramm

2.4 Wasserstraßen

- Finowkanal
- Oder-Havel-Wasserstraße

3. Abfallvermeidung und -entsorgung

3.1 Beratung zur Abfallvermeidung und -entsorgung

- Einrichtung einer Beratungsstelle zur Durchsetzung von Abfallvermeidung bzw. gesetzeskonformer Entsorgung
- Annahme von Kleinstmengen von Sondermüll aus dem Bevölkerungsaufkommen

3.2 Abfallentsorgung

- Metallsammelaktionen nach dem Prinzip der gelben Säcke mit der Zielstellung Reduzierung von Deponieraum und Wertstoffgewinnung
- Einführung der Biotonne mit Unterstützung der Ansiedlung einer Privatfirma zur Biokompostierung bzw. -vergasung
- Sammlung von Elektronikschrott durch die Stadtverwaltung und/oder ein ausgewähltes Entsorgungsunternehmen
- Schaffung von Annahmebedingungen für den Frühjahrs- und Herbstschnitt im Bereich der Kleingärten und Einfamilienhäuser

3.3 Kontrollmaßnahmen

- Kontrolle der Verwertung von derzeit durch die Mülltrennung gewonnenen Wertstoffe (Publizierung der Wertstoffwege von der Erfassung bis zur Wiederverwertung)
- Kontrolle auf nicht gesetzeskonforme Nutzung von Deponieraum für wiedernutzbare Rohstoffe
- Kontrolle der Rücknahmeleistungen für Verpackungsmaterial bei den Großhandelsketten

4. Ökologische Maßnahmen zur Stabilisierung der Kohlenstoffspeicherung

4.1 Erhaltung und Stabilisierung des Baumbestandes im Eberswalder Stadtwald

- Monitoring zum Waldbestand
- sinnvolle und variable Ausgleichsmaßnahmen bei Flächenentzug

- Waldumbau, Wiederaufforstung und Ackeraufforstung
- Festsetzung von Bewaldungsprozenten für Teilräume der Gemeinde im Flächennutzungsplan
- Beratung von Privatwaldbesitzern zur Waldbewirtschaftung im Stadtgebiet

4.2 Landwirtschaftlich genutzte Flächen

- Landschaftsgliederung und Gehölzanreicherung durch Gehölzverbunde
- Erhöhung des Humusgehaltes zur Nutzung der Bodenkapazität als Stoffspeicher

4.3 Innerstädtische Begrünung

- Erhaltung, Pflege und Zunahme des innerstädtischen Baum- und Strauchbestandes
- Dach- und Fassadenbegrünung

4.4 Einsatz regenerierbarer Werkstoffe im Garten- und Landschaftsbau

4.5 Bodenentsiegelung

4.6 Sicherung der Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes

5. Öffentlichkeitsarbeit

5.1 Informationsveranstaltungen

- regionale Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung
- Bürgerfragestunden
- Kampagnen
- Veranstaltungen mit Schulen und Kindergärten
- Vortragsreihen
- Expertengespräche
- Seminare

5.2 Medien

- regelmäßige Veröffentlichungen im Stadtanzeiger
- regelmäßige Mitteilungen der Pressestelle
- Herausgabe von Informationsblättern

5.3 Vorbildwirkung kommunaler Einrichtungen

- Energieeinsparung
- Materialeinsparung
- Abfallvermeidung

5.4 Foren

- Kinder- und Jugendforum
- Stadtforum
- Kinder- und Jugendparlament
- Fachhochschule

5.5 Beratungsstellen

- Energie- und Abfallberatung
- Garten- und Landschaftsgestaltung

5.6 Aktionen

- Veranstaltungen, gemeinsam mit Umweltverbänden, Parteien und Kirchen
- Stadtfeste

5.7 Werbung

- Gestaltung der Ortseingänge
- Wohnungsbaugesellschaften, Handel, Gewerbe, Handwerk, Banken
- Werbeaktionen der Verkehrsbetriebe
- Verbindung mit Tourismus

6. Unterstützung indigener Völker

- diverse Maßnahmen (Aktionen zur finanziellen Unterstützung, Beschaffung, Ausstellungen, Informationen etc.)

7. Finanzierungsmodelle

- Maßnahmen zur Umsetzung / Realisierung der Zielstellungen

DOKUMENT 3: Maßnahmeplan für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde (Juni 1998)

I. Energiebereitstellung und -nutzung

1. Unterstützung der Niedrigenergiebauweise und des vorrangigen Einsatzes von regenerativen Energien bzw. Erd- und Flüssiggas. Dabei sind folgende Zielsetzungen anzustreben:

	Neubau	Sanierung
• Einfamilienhaus	60 kWh/m ² *a	85 kWh/m ² *a
• sonstige Gebäude	50 kWh/m ² *a	75 kWh/m ² *a

2. Aktualisierung der Fernwärmesatzung mit dem Ziel der Überprüfung und Ausweisung wirtschaftlicher Nutzerbereiche

3. Erarbeitung eines Konzeptes für Energiesparmaßnahmen an kommunalen Gebäuden für die Jahre 1999 - 2005 / Erstellung von Jahresplänen für die Realisierung nach Prioritäten

4. Unterstützung der Projektvorschläge zum Einsatz regenerativer Energien als Beispielvorbaben in der Waldschule Eberswalde

5. Erarbeitung eines Wärmeversorgungskonzeptes für den Fachhochschul-Standort A.-Möller-Straße auf der Grundlage von nachwachsenden Rohstoffen unter der Einbeziehung von Forschung und Lehre

6. Forcierung der Wasserkraftnutzung am Finowkanal

7. Prüfung des Einsatzes von motorisch betriebenen Fahrzeugen auf der Basis von Erdgas

8. Vorbereitung und Durchführung des Projektes "Energiesparen in Schulen"
9. Unterstützung des Vereins Mühle e. V. bei der Wasserkraftnutzung an der Zainhammer Mühle

II. Verkehr

1. Untersuchungen zum Straßenbau Eberswalder Schwung im Bereich Schellengrund
2. Untersuchungen zur kleinen Zentrumsumfahrung entsprechend des Verkehrskonzeptes Innenstadt Stufe II
3. Untersuchung der kleinen Nordumgehung
4. Studie zur Straßenführung Coppistraße
5. Erarbeitung eines Konzeptes für ein Verkehrsleitsystem
6. Ausbau der kleinen Zentrumsumfahrung (Eichwerder Straße, Marienstraße, Bollwerkstraße)
7. Umpflasterung der Britzer Straße
8. Optimierung des ÖPNV im Stadtgebiet unter besonderer Beachtung des Berufs- und Freizeitverkehrs

III. Abfallvermeidung und -entsorgung

Der Landkreis ist die entsorgungspflichtige Körperschaft in seinem Gebiet. Im Folgenden sollen die Forderungen, die im Klimaschutzkonzept der Stadt Eberswalde aufgestellt wurden, mit den Vorstellungen der Abfallentsorgung des Landkreises verglichen werden:

1. Sehr fortschrittlich und für die Stadt Eberswalde nachahmenswert ist die in § 1 Abs. 5 (Abfallsatzung) aufgemachte Forderung auf Veranstaltungen des Landkreises und auf Verkehrsflächen, die im Eigentum des Landkreises sind, Speisen und Getränke nur in wiederverwendbaren Verpackungen und Behältnissen auszugeben.

Fazit: Auch die Stadt Eberswalde sollte überprüfen, inwieweit sie das Mehrwegverpackungssystem stärken kann.

2. Das in § 16 (Abfallsatzung) erwähnte Schadstoffmobil sollte in der Stadt Eberswalde nicht zum Einsatz kommen. Bei der vorhandenen Bevölkerungsdichte sollte auf stationäre Anlagen (Wertstoffhöfe) zurückgegriffen werden, auf denen auch solche in der Satzung in § 17 (Abfallsatzung) leider nicht explizit erwähnten Problemwertstoffe, die aber immer mehr an Bedeutung gewinnen werden, wie Elektronikschrott, abgegeben werden können.

Fazit: Einrichtung von Wertstoffhöfen im Stadtgebiet

3. Die Einführung einer Biotonne in den dicht besiedelten Wohngebieten durch die Privatwirtschaft wird durch die Stadt Eberswalde befürwortet.

4. Zur Unterstützung der umweltgerechten Abfallentsorgung sollten durch die Stadtverwaltung Kompostierplätze für Laub- sowie Frühjahrs- und Herbstschnitt bereitgestellt werden.

5. Nach dem Vorliegen des Konzeptes für die Deponiegasverwendung auf der Deponie Ostend sollte mit dem Landkreis Verbindung aufgenommen werden. Der Probelauf, eine Gasfackel auf der Deponie, wurde 1997 beendet.

Fazit: Weiterführung der Deponiegasnutzung

IV. Ökologische Maßnahmen zur Stabilisierung der Kohlenstoffspeicherung

1. Erarbeitung eines Kleingartenkonzeptes
2. Vorlage einer Stadtwaldbehandlungsrichtlinie
3. Erstellung einer Grünsatzung für die Flächen im innerstädtischen Bereich
4. Das Baumkataster ist zu vervollständigen und zu aktualisieren.

V. Öffentlichkeitsarbeit

1. Regelmäßige Veröffentlichungen zum Thema Klimabündnis im Amtsblatt der Stadt
2. Unterstützung der Schulen im Stadtgebiet bei der Projektarbeit im Rahmen des Klimabündnisses

VI. Unterstützung indigener Völker

1. Einrichtung eines Spendenkontos
2. Vorbereitung und Durchführung von Informationsveranstaltungen/Ausstellungen (auch im Rahmen der Landesgartenschau)

VII. Finanzierungsmodelle

1. Erarbeitung von projektbezogenen Finanzierungen unter Ausschöpfung der vielfältigen Fördermöglichkeiten.
2. Kommunale Förderrichtlinie für Umweltprojekte

Anschrift des Autors

Dr. Jörg Müller
Stadt Eberswalde
Baudezernat
Breite Straße 42
16225 Eberswalde

Eine lokale Agenda 21 für Kleinmachnow

W. Haase

Einleitung

Zwischen der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio und dem nun bevorstehenden Wechsel in das neue Jahrhundert sind sieben Jahre ins Land gegangen. Das von der Konferenz mit 178 Nationen vorgeschlagene Handlungsprogramm mit dem Ziel einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung für die inzwischen 6 Milliarden Erdbewohner im 21. Jahrhundert hat bis heute, im achten Jahr nach Rio, nichts von seiner Aktualität verloren. Für die Kommunen geht es um eines der wichtigsten Konferenzanliegen, den Auftrag, im Rahmen einer „Lokalen Agenda“ („Was ist zu tun?“) eigene Programme mit dem Ziel einer nachhaltigen dauerhaft umweltgerechten Entwicklung auf lokaler Ebene in Gang zu setzen. Im Dialog mit der Bürgerschaft sollen bei gleichrangiger Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Komponenten neue Lebensformen für das 21. Jahrhundert entwickelt und umgesetzt werden. Die beiden Synonyme Nachhaltigkeit und Agenda stehen für zwei der wichtigsten Markenzeichen der Konferenz. Ihr Anliegen zielt auf nichts geringeres als auf einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel von Entwicklung und Lebensweise im kommenden Jahrhundert.

Agendaprozesse in Deutschland

Sieht man einmal von den UN-Aufgaben um die friedliche Entwicklung der Welt ab, so gibt es wohl kaum ein zweites Aufgabenfeld, dem in Deutschland auf den staatlichen und parlamentarischen Ebenen soviel zustimmende Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde wie dem der Rio-Konferenz. Angefangen von der Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips als Staatsziel in das Grundgesetz, den entsprechenden Beschlüssen des Bundestags, denen der Landtage, Ministerpräsidenten und der Umweltministerkonferenzen sowie quasi allen gesellschaftlichen Einrichtungen und Verbänden von Rang, hat es den Anschein, als stände die Gesellschaft mit ihrem gesamten Einsatz hinter diesem Ziel. Doch diese Einschätzung hält der Wirklichkeit nicht stand.

Gemessen an der Bedeutung des Anliegens ist die Beteiligung der Kommunen, den wichtigsten Adressaten der Konferenz für eine lokale Umsetzung der Ziele, an der Lokalen Agenda in Deutschland noch immer unzureichend.

Von den etwa 16000 Kommunen in 16 Bundesländern und ca. 420 Landkreisen mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 50 Mio. Einwohnern in Deutschland, die in der Rio-Konferenz zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda aufgerufen sind, beteiligten sich nach Angabe unterschiedlicher Literaturquellen :

- 1997 etwa 115 (darunter etwa 50 mit einem Ratsbeschluß)
- 1998 etwa 200 bis 400 (darunter weniger als 100 mit einem Ratsbeschluß)

Der erreichte Arbeitsstand differiert erheblich. Groß- und Mittelstädte dominieren die Erfolgsstatistiken, dagegen sind sowohl größere als auch kleinere Gemeinden in der Minderzahl. Letzteres erschwert die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches aus Brandenburger Sicht.

Situation in Brandenburg

Anlässlich einer im März 1999 von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführten Veranstaltung zur Agenda 21 wurde das Land als das rückständigste auf diesem Gebiet in Deutschland dargestellt. Erörterungen zum Für und Wider in einigen Gemeinden gehören schon zu den positiven Nachrichten. Nach bisher vorliegenden Informationen befassen sich etwa drei bis vier Landkreise und etwa 20 Kommunen mit der Durchführung einer Lokalen Agenda.

Im folgenden sei aus unmittelbarer Kenntnis über die Lokale Agenda Kleinmachnow und die seit zwei Jahren gewonnenen Erfahrungen berichtet.

Die Ausgangslage

Kleinmachnow, eine amtsfreie Gemeinde des Landkreises Potsdam Mittelmark, unmittelbar am südöstlichen Berliner Stadtrand gelegen, gehört mit seiner Flächenausdehnung von 1200 ha und heute annähernd 15000 Einwohnern zu den größten Gemeinden des engeren Berliner Umlandes. Die Gemeinde hat in den zurückliegenden Jahren seit der Wiedervereinigung einen so bedeutenden Aufschwung erfahren, daß sie schon heute zum Kreis der attraktivsten Berliner Randgemeinden gezählt wird. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie trotz hoher Grundstückspreise zu einer der begehrtesten Zielorte des mit der Suburbanisierung verbundenen Ansiedlungsdruckes geworden ist, der nicht nur von Berliner Zuzüglern ausgeht. Die Anziehungswirkung des Ortes ist allerdings nicht allein ein erst durch die Wiedervereinigung hervorgerufenes Phänomen. Sie hat durchaus eine weit über die DDR-Zeit hinaus zurückreichende Geschichte. Schon mit der letzten Jahrhundertwende setzte eine, wenn auch noch nicht ausgeprägte, Siedlungsentwicklung abseits des bis dahin noch mittelalterlich geprägten alten Ortskerns mit seinem Schloß, dem Gutshof und der historisch bedeutsamen Dorfkirche des ehemaligen Gutsdorfes ein. Die ausgesprochen exponierte Stadtrandlage inmitten märkischer Wälder, die zunehmende Expansion Berlins, die Umwandlung des Ortes in eine Landgemeinde und beginnende Erschließung durch Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen- und Bahnanschluß, Bau des Teltowkanals, ermöglichten und beförderten die Zuwanderung und zogen sowohl Einzelbauherren als auch Siedlungsgesellschaften auf der Suche nach der Qualität ruhig gelegener Wohnlagen an. Seit 1910 stieg die Einwohnerzahl von nur 400 über 900 (1925) und 6000 (1935) auf 12000 (1938) an. Aus der ursprünglich waldgeprägten Gemeinde entwickelten sich im Kontrast zur historischen Bausubstanz des alten Dorfkerns im Wechsel zwischen Garten-, Wald-, Einfamilienhaus- und Villensiedlungen eine Reihe architektonisch und landschaftlich abwechslungsreich und interessant gestalteter neuer Siedlungsbereiche von z.T. bedeutender Gestaltqualität. Die im gesamten Ortsbereich schon in den 20er Jahren überwiegend planmäßig angelegten Siedlungstypen mit regelmäßig angelegten Straßenräumen, regelmäßiger Parzellenstruktur mit charakteristischer Ein- oder Zweifamilienhausbebauung, aber auch großzügiger angelegten waldbestandenen Grundstücken mit Villenbebauung, vermitteln dem Betrachter einen harmonisch gut durchdachten Gestaltungswillen seiner frühen Planer und Architekten. Mit dem noch immer dominierenden Waldcharakter, reichen Gehölzbestand, Kleingewässern, Teltowkanal und Machnower See und einigen bedeutenden, den Ort durchziehenden Grünzügen sowie Freiraumverbindungen prägen sie noch heute das typische Orts- und Landschaftsbild der Gemeinde. Die Einbindung in die umgebenden grünen Gemeinden und das unmittelbar angrenzende Landschaftsschutzgebiet der Parforceheide vertiefen zudem den Eindruck des naturnahen Ortsbildes, das die Identität und die empfundene Lebensqualität der Bürger seit je wesentlich prägt.

50 Jahre später

Mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges kam die Entwicklung des Ortes zum Stillstand. Kriege sind alles andere als Nährboden für Siedlungsentwicklungen. Doch auch der Friede allein ist für eine harmonische Siedlungsentwicklung noch nicht hinreichend. Sie bedarf auch der demokratischen Selbstverwaltung und der damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeit der Einwohner in ihrer Gemeinde. Beleg für diese Aussage ist der nahezu vollständige Stillstand jedweder Entwicklung im Siedlungsbereich der Gemeinde

während der 40-jährigen DDR-Zeit. Gemessen an den in dieser Zeit in demokratischen Ländern erreichten Fortschritten im Siedlungsbau und besonders in Bereichen der infrastrukturellen Entwicklung hat sie ausgereicht, die Gemeinde bis zur ersten freien Kommunalwahl nach der Wiedervereinigung in einen sichtlich bedrückenden Rückstand zu versetzen. Der Wiedergewinn des kommunalen Selbstbestimmungsrechtes nach jahrzehntelanger Bevormundung nach dem Ende der DDR und dem gesellschaftlichen Wandel von 1989 setzte dafür ungeahnte Kräfte frei.

Die Gemeinde machte sich unmittelbar nach der ersten Kommunalwahl an die Arbeit, um die aufgelaufenen Entwicklungsrückstände besonders in Bereichen der Infrastruktur und des Wohnungsbaus aufzuholen. Überlagert wurden diese Startbedingungen durch die hinreichend bekannten Restitutionsregelungen des Einigungsvertrages, von denen das Berliner Umland und darunter Kleinmachnow besonders hart betroffen wurden. Nach vorsichtigen Schätzungen bestanden und bestehen Rückgabeansprüche auf weit mehr als die Hälfte vorhandener Wohnungen sowie bebauter und freier Grundstücke (letztere überwiegend in bester Ortslage) und berührten damit etwa zwei Drittel der Kleinmachnower Einwohner. Das Ergebnis der vollzogenen Restitution und sehr häufig der danach vorgenommenen Weiterveräußerungen rückübertragener Grundstücke durch die Alteigentümer löste einerseits eine bis dato kaum vorstellbare Bautätigkeit aus. Andererseits hatte auch die Gemeinde keine Wahl, ihrer Obhutspflicht gegenüber den aus ihren Wohnungen und Häusern herausgedrängten Bürgern nachzukommen und möglichst vielen neuen Wohnraum bereitzustellen. Das dadurch summarisch überlagerte Bauen im öffentlichen Auftrag hat zusammen mit dem Neubau und der Bausanierung zu einer Zunahme des Wohnungsbestandes aller Eigentumsformen bis 1999 um deutlich mehr als 2000 geführt. Diese Entwicklung setzt sich auch jetzt noch ungebrochen fort. Kleinmachnow hat schon heute eine Einwohnerzahl von 15000 erreicht. Nicht minder bedeutend ist dabei, daß der Anteil der Zuzügler die 50 %- Marke bereits überschritten hat. Dieser Trend wird sich auch in den nächsten Jahren weiter fortsetzen, wie aktuelle Entwicklungen zeigen. Für die nächsten Jahre sagen Prognosen einen weiteren Zuwachs von ca. 1000 Einwohnern je Jahr voraus.

Städtebauliche Ziele

Eine dynamische Entwicklung der dargestellten Art wirft die Frage nach den städtebaulichen Zielen und Leitvorstellungen der Siedlungsentwicklung im Rahmen der wiedergewonnenen kommunalen Kompetenz auf. Gerechterweise kann die Antwort hier nur lauten, daß sich in den Zielen der 1990 zur ersten Kommunalwahl angetretenen Parteien, und ihrer neuen Verantwortungsträger die einzuschlagende Entwicklung zunächst nur darin widerspiegeln konnte, den kommunalen und regionalen Sachzwängen aus der o.g. neuen Situation folgend, das gesamte Bündel drängender elementarer kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge in Angriff zu nehmen und dafür die Prioritäten zu setzen. Schwerpunkte des Handelns mußten folglich der Ausbau der Infrastruktur, die Sanierung öffentlicher Einrichtungen, die Entwicklung von Gewerbegebieten und als besonders vordringliche Aufgabe der dargestellte Bau bezahlbarer Wohnungen für die von Restitution betroffenen Familien sein. Auch in den Ende 1993 und 1998 angelaufenen zweiten und dritten Legislaturen bestand diese Situation im vergleichbaren Umfang für immer noch einige hundert Wohnungssuchende fort. Die Handlungsfelder blieben somit quasi wenig verändert.

Die in den zurückliegenden acht Jahren gemeindlicher Entwicklung erreichten Ergebnisse können sich sehen lassen. Trotz der nicht zu verhindernden Abwanderung vieler durch Restitution verdrängter Einwohner konnten mehr als 2000 betroffene alteingesessene Bürger in Kleinmachnow bleiben und in sozial verantwortlich konzipierten Wohnvierteln eine Wohnung finden. Die städtebauliche Qualität der dabei neu entstandenen Siedlungen hat nicht nur bei seinen neuen Bewohnern, sondern über Brandenburg hinaus große Anerkennung gefunden. Wie kaum eine andere Gemeinde vermochte Kleinmachnow seine Wohnqualität durch den Ausbau seiner Infrastruktur, aber auch seiner öffentlichen Einrichtungen im Bereich Schulwesen, Kindertagesstätten, Sport wesentlich aufzuwerten. Quasi aus dem Stand heraus sind seit 1990 mit einem Aufwand von mehr als 37 Millionen DM bereits über 60 % der Kleinmachnower an die Kanalisation angeschlossen. Für 9 Millionen DM sind 8 km Straßen und Radwege neu entstanden. Seit 1999 verfügt Kleinmachnow über einen Autobahnanschluß. Handel und Versorgung, ein florierender neuer Markt, Dienstleistungen und Gewerbe haben sich gut entwickelt. In den Grenzen der Gemeinde gibt es nahezu 4000 Arbeitsplätze. Kleinmachnow kümmert sich intensiv um die heranwachsende Generation. Während in der Landesstatistik die Schülerzahlen dramatisch zurückgehen, gehört Kleinmachnow

zu den wenigen Gemeinden mit stetig wachsender Kinderzahl. Die Schulkonzeption verlangt über eine bereits neu entstandene Waldorfschule hinaus einen weiteren Schulneubau. Eine ältere Schule wurde vorbildhaft saniert und mit einer modernen Sporthalle ergänzt. Weitere Schulsanierungen stehen bevor. Das attraktiv gelegene Schwimmbad, für das die Gemeinde eine halbe Million DM Zuschüsse pro Jahr ausgibt, wurde gründlich erneuert und ist Anziehungspunkt besonders für junge Menschen bis weit in den Umkreis. Eine neue Jugendfreizeitstätte hat sich schnell zu einem Magneten entwickelt, ein reichhaltiges kulturelles Leben ist entstanden.

Konfliktpotentiale

Kleinmachnow hat sich in den zurückliegenden Jahren somit stärker verändert, als jemals in einem vergleichbaren Zeitraum zuvor. Es kann deshalb nicht überraschen, daß bei einem derart dynamisch verlaufenden Prozeß Wachstumsprobleme entstehen, und daß diese Entwicklung nicht nur ungeteilte Zustimmung fand. Zu einem sensiblen Streitthema mit Teilen der Bürgerschaft weitete sich die, mit der Bebauung für den Ortscharakter ungewohnte fortschreitende, mit immer mehr Verlust an Waldflächen einhergehende, Bebauungsdichte aus. Zum ersten Stein des Anstoßes entwickelte sich der Investitionsdruck auf ein Areal von etwa 1000 freien Grundstücken inmitten bester, vorwiegend waldbestandener Ortslage.

Befördert durch großzügige Steuerpräferenzen entstanden in kurzer Zeit eine Reihe massiver Stadtvillen. Widerspruch artikuliert sich auch gegen die aus finanziellen Erwartungen heraus vorgenommenen Teilungen großer Baugrundstücke mit der Möglichkeit des Bauens in zweiter und dritter Reihe und der Folge weiterer Grünverluste und noch ausgedehnterer Bautätigkeit. Ihren Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen mit den im Vorfeld über eine lange Zeit hinweg äußerst kontrovers geführten Diskussionen über Vorstellungen und Ausgestaltung des Flächennutzungsplanes. Auf Meinungsunterschiede bzw. Ablehnung stießen insbesondere die avisierten Bebauungskenngrößen und der anfangs prognostizierte Einwohnerzuwachs auf 27000 (später auf 24000 zurückgenommen), der zudem auch im Widerspruch gegenüber den überörtlichen Planungen steht.

Den Politikverantwortlichen der Gemeinde unter den obliegenden Umständen absprechen zu wollen, sich grundsätzlich nicht um eine verträgliche Entwicklung bemüht zu haben hieße, ihnen nicht gerecht zu werden. Die Gemeinde hatte keine andere Wahl, als auf den in Jahrzehnten angestauten Nachholebedarf und die von außen auf sie einwirkenden Sachzwänge zu reagieren. Mehr als 50 Bebauungspläne wurden seit 1991 auf den Weg gebracht bzw. verabschiedet. Dennoch kann nicht mehr verdrängt werden, daß sich die nachteiligen Begleiterscheinungen dieser Entwicklung wie Bebauungsdichte, Flächenverbrauch, Grünverluste, Lärmemissionen durch das stark anwachsende Verkehrsaufkommen (allein die Anzahl der Einwohner-Pkw liegt bereits bei 10000, nicht gezählt der Durchgangsverkehr) immer deutlicher bemerkbar machen, sich negativ auf die Lebens- und Wohnqualitäten auswirken und den Bürgermißmut vergrößern. Sachzwänge allein können Politik nicht begründen. Die Frage, ob diese Auswirkungen unterschätzt wurden, wird man den Verantwortlichen nicht ersparen können.. Auch Teilerfolge im Bereich der Verringerung baulicher Kennziffern, in der Gemeindevertretung heftig umstritten, konnten die Gegensätze nicht einebnen, so daß eine Verständigung schwieriger denn je erreichbar erschien und auch heute noch klimatisch nachwirkt. Die Konfliktparteien fanden nicht die Mittel, einen Konsens über die unterschiedlichen Auffassungen herzustellen. Der angesammelte Bürgerunmut führte schließlich zur Gründung von Bürgerinitiativen, die ein maßvolleres Bauen, weniger bauliche Dichten und Verkehrsberuhigung einforderten und sich seit 1995 mit ihren Vorschlägen in die Entwicklung einzubringen versuchten. Ihre Unzufriedenheit artikuliert sich vor allem gegen die gemeindlich praktizierte Baugenehmigungspraxis für „ortstypische“, den Ortscharakter zerstörende Massivbauten und die ihrer Auffassung nach unzureichende Berücksichtigung von Vorschlägen bei der formell praktizierten Abwägung vor gemeindlichen Entscheidungen. In emotionsgeladenen, kontroversen und zuweilen auch groben Verbalattacken bei ebenso oft ohne Verständigung ausgehenden Auseinandersetzungen mit den Politikverantwortlichen wurde ein moderateres und behutsameres Vorgehen in der weiteren Ortsentwicklung – übrigens eine im Flächennutzungsplan angemahnte Strategie! – , sowie ein Abrücken von einer unterstellten zu engen Zusammenarbeit mit Bauherren und Planern verlangt. Beiden Seiten mangelte es ganz offensichtlich an der hinreichenden Bereitschaft, die hinter diesen Konflikten stehenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen

Probleme, die sich im Rahmen der Siedlungsentwicklung stellen, zu überwinden und im Dialog aufeinander zuzugehen.

Angesichts dieser in einer der aufs Beste situierten Gemeinden des Umlands mit immer noch ausgeglichenem Haushalt aufgetretenen Konflikte zwischen Bürgern und Politikverantwortlichen stellt sich die Frage nach den tieferen Hintergründen und vor allem nach den Möglichkeiten, die Konflikte aufzulösen.

Ein auf alle Kommunen der neuen Bundesländer sicherlich zutreffendes Defizit in der gemeindlichen Entwicklung ist das Fehlen von Ortsentwicklungskonzeptionen, die im Sinne einer Leitbildfunktion die jeweilige, in die Zukunft reichende Siedlungsentwicklung mit den Bürgern gemeinsam vorzeichnen könnte und Orientierung gibt. Das Problem und seine Ursachen, zu der auch der Blick auf Finanzierungsfragen gehört, wurde oben bereits erwähnt. Der Flächennutzungsplan ist kein dafür geeignetes Instrument, da dieser, in Kleinmachnow erst 1998 verabschiedet, bereits stattgefundenen Entwicklungen und Beeinträchtigungen des typischen Ortscharakters dokumentiert und die weitere Siedlungsentwicklung und Sicherung von Wohnfolgeeinrichtungen zu koordinieren hat.

Ein immer deutlicher zutage tretendes Defizit ist als weiteres darin zu sehen, daß die Funktionspläne kreisfreier Ämter und Gemeinden keine Sachgebiete für den Umweltschutz enthalten. Umweltschutzaufgaben werden entweder delegiert, wie z.B. Abfallentsorgung an den Landkreis, Ver- und Entsorgungsaufgaben bei Wasser und Abwasser an den Zweckverband, so daß als wesentliche Aufgabe die an die Bauplanung und Grünordnung gebundene in der Gemeinde verbleibt. Energie- und Klimaschutzanliegen bleiben meist unberücksichtigt. In der Gemeinde fehlt es an der personellen Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für die Integration von Umweltschutzaufgaben in die übrigen Politikbereiche, wie sie im übrigen auch von der Europäischen Union gefordert wird. Somit gibt es weder einen Ansprechpartner für das komplexe Sachgebiet Umweltschutz, noch eine übergreifende Herangehensweise mit dem Ziel einer umweltgerechten Entwicklung. Hier ist eine der Grundursachen der mit den Bürgern aufgetretenen Konflikte zu sehen: Ohne einen Anwalt für die Belange einer nachhaltigen umweltgerechten Entwicklung werden die wirtschaftlichen Interessen weiter dominieren. Auch die Anerkennung der finanziell und personell schwierigen Lage der Kommunen ändert nichts an der Erkenntnis, daß Umweltbelastungen sich global auswirken, ihre Entstehung aber singulärer Natur ist.

Ein dritter, ebenso sichtbarer Streitauslöser ist Ergebnis eines unausgereiften Verständnisses beider Konfliktparteien über Prozeduren der Bürgermitwirkung und den Umgang mit dem Prinzip der repräsentativen Demokratie. Dieses tragende Prinzip demokratischer Politik bleibt nur dann konfliktfrei, wenn beide Seiten unter Beachtung der Spielregeln im Dialog mit fairen Konsensbemühungen aufeinander zugehen. Die Chancen für eine Bürgermitwirkung auch im Rahmen der repräsentativen Demokratie sind durchaus vorhanden! Wie an anderer Stelle in den Beiträgen dieses Heftes bereits dargelegt, bietet das in Rio 1992 verabschiedete Aktionsprogramm Agenda 21 den dafür optimalen Rahmen an.

Nicht zuletzt diese Erkenntnis gehörte zu den Gründen, in Kleinmachnow eine lokale Agenda 21 für die nachhaltige umweltgerechte Entwicklung auf den Weg zu bringen

Kleinmachnow und die Rio- Konferenz

Mit der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen haben die 178 teilnehmenden Nationen auf eindringliche Weise deutlich gemacht, mit welchem bedrohlichen Erscheinungsbild sich die Welt von 1992 darbietet. Charakterisiert wurde es vor allem durch Merkmale wie:

- Fortschreitende globale Zerstörung der Lebensgrundlagen.
- Wirtschaftliche Entwicklung ohne Rücksicht auf weitere Zerstörung der Umwelt.
- Ungleichheit zwischen den reichen Ländern des Nordens und deren Ressourcenverbrauch und den von Armut und Krankheit gezeichneten unterentwickelten Entwicklungsländern des Südens.

In seiner Rede zum 25. Jahrestag der Gründung des Umweltbundesamtes am 16. September 1999 in Berlin hat Prof. Klaus Töpfer, UN Exekutiv Direktor Umweltprogramme, mit Verweis auf den von ihm am

Vortrag in London vorgestellten neuen UN-Bericht zu globalen Umweltveränderungen die Dramatik der Situation mehr als sieben Jahre nach Rio noch einmal unterstrichen:

- Die Weltbevölkerung wächst jährlich um 80 Mio Einwohner.
- Im Oktober wird der sechs-Milliardste Erdbewohner geboren sein.
- Die Kyotoziele zur CO₂-Immissionsminderung werden nicht erreicht.
- Die Entwicklungs- und Umweltpolitikziele sind kaum vorangekommen.
- Da die Natur langsamer als die Menschen „denkt“, werden die gefährlichen Auswirkungen sich über das gegenwärtige Ausmaß hinaus später noch extensiver einstellen.

Im achten Jahr nach Rio ist das im Abschlußdokument verabschiedete Aktionsprogramm der Agenda mit dem Leitbild einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung im 21. Jahrhundert deshalb aktueller denn je. Ebenso wenig haben die von der Konferenz genannten konkreten Themenfelder und Zielvorstellungen als Rahmen für das, „was zu tun ist“ an Aktualität verloren. Ihrer Relevanz wegen, die sie für die Kleinmachnower Lokale Agenda haben, seien sie besonders hervorgehoben:

Die Konferenz fordert mit der Begründung, daß sich in den Industrieländern ein erheblicher Teil des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Schadstoffimmissionen in den städtischen Siedlungsgebieten konzentriert, alle Kommunen dazu auf, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich Handlungsfelder aufzugreifen und diese im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Zu diesen Handlungsfeldern zählen u.a.

- Schutz der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Natur
- Schutz der Erdatmosphäre, Klimaschutz
- **Nachhaltige Siedlungsentwicklung, nachhaltige Flächennutzungsplanung, umweltverträgliche Bewältigung des Stadtverkehrs und „institutionalisierter, integrativer kommunaler Umweltschutz“**
- Bekämpfung der Entwaldung
- Erhaltung der Biologischen Vielfalt
- Armutsbekämpfung
- Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen

Die Rio-Konferenz stellt in ihren Analysen auch fest, daß insbesondere schnelles Wachstum der Städte (im Berliner Umland zu beobachten) mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung in Konflikt gerät und fordert deshalb verbesserte Planungs- und Managementmethoden. Besonders hervorgehoben sei ein dafür wesentlicher Ansatz mit der Aufforderung: „Umwelt- und Entwicklungsziele künftig in das Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung zu stellen und in alle Politikfelder zu integrieren“. Weiter heißt es dann: „Dazu ist es erforderlich, eine grundlegende Umgestaltung der institutionalisierten Strukturen und Prozesse vorzunehmen“ und „... die Beteiligung betroffener gesellschaftlicher Gruppen und der Öffentlichkeit zu verbessern.“

Mit diesen Auszügen aus den Analysen und Leitgedanken des umfangreichen Dokumentes der Rio-Konferenz und ihren vereinbarten Zielen läßt sich der Bogen zur Lokalen Agenda Kleinmachnow problemlos schlagen.

Vorbereitung und Start der Lokalen Agenda/ Ratsbeschluß

Eine lokale Agenda auf den Weg zu bringen und sie in der Praxis umzusetzen ist zwar unter dem Blickwinkel Bewahrung der Schöpfung moralische Pflicht, dennoch bleibt sie rechtlich eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde, der sie sich gemeinsam in demokratischer Selbstentscheidung mit ihren Bürgern stellt. Sie kann sowohl von „oben“ als auch von „unten“ angestoßen werden. Wichtig ist allein die Sache selbst. Sie erfordert von allen Beteiligten die Einsicht und die innere Überzeugung, daß es zum Leitbild der Nachhaltigkeit für den Weg ins 21. Jahrhundert keine Alternative gibt.

Für das Gelingen sind die besten Voraussetzungen dann erfüllt, wenn der Bürgermeister sich durch sein persönliches Engagement an die Spitze der Bewegung stellt. Die Agenda muß zur Chefsache werden und

die Verwaltung dahinter stehen. Ist dieser Idealfall nicht erreichbar, so kann die Initiative auch von lokalen Akteuren ausgehen. Vertrauen, Geduld und Ausdauer sind in diesem Fall noch stärker gefragt. Erfolgsaussichten bestehen jedoch auch hier nur dann, wenn die gemeindlichen Politikverantwortlichen im Dialog und Konsens für die Mitwirkung gewonnen werden. Für den Start unerlässlich ist die Auswertung von Erfahrungen in anderen Kommunen. Ebenso wichtig ist es, Akteure aus der Bürgerschaft zur Seite zu haben, die mit der Verwaltung kooperieren und koordinieren und mit denen der Prozeß organisiert und vorangebracht werden soll. Weitere, nicht minder relevante Ausgangsbedingungen sind Vorstellungen zu den inhaltlichen Agendazielen und organisatorischen Abläufen sowie deren Vermittlung an die Öffentlichkeit. Da die Rio-Konferenz lediglich den Rahmen der Zielvorstellungen vorgegeben hat, können die inhaltlichen Ziele vor dem Hintergrund des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung von der lokalen Situation ausgehend erarbeitet werden. Die Rio-Agenda wird somit auf die kommunale Situation übertragen.

Bei der Suche nach dem geeigneten Weg wird schnell deutlich, daß sich Erfahrungen anders-wo nicht unmittelbar übertragen lassen. Auch deshalb, weil sie überwiegend aus (Groß-)Städten vorliegen. Eine gründliche Vorbereitung ist daher unerlässlich. Die Erfahrung zeigt, daß viele gut gemeinte Ansätze daran krankten, daß die Akteure das Anliegen der Agenda unzureichend kennen. Eine Grundvoraussetzung für den Einstieg ist deshalb mindestens die Kenntnis der vom Bundesumweltministerium herausgegebene Kurzfassung „Bericht der Bundesregierung über die Konferenz der UN für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro“. Der Blick in weitere Dokumentationen ist empfehlenswert. Bei der Fülle der heute bereits kaum noch überschaubaren Leitfäden, Wegbeschreibungen, Erfahrungsberichte u.a. sei an dieser Stelle lediglich auf eine Auswahl besonders anschaulicher Schriften hingewiesen:

- Handbuch Lokale Agenda / Bundesumweltministerium 1998
- Der Weg zu einer Lokalen Agenda 21 /Bayerisches Umweltministerium 1998
- Agenda 21/ Hessisches Umweltministerium 1996
- Lokale Agenda 21 / Bundesbauministerium 1996
- Lokale Agenda 21, Leitfäden und Arbeitsmaterialien / Hessische Landesanstalt für Umweltschutz 1999

Wertvolle Erfahrungen und Anregungen vermitteln darüber hinaus eine Reihe von durch Ministerien, Verbände und Kirchen herausgegebene Dokumentationen über Seminare und Kongresse zum Thema.

Nach gründlicher Vorbereitung dieserart faßte die Gemeindevertretung Kleinmachnow im November 1997 einstimmig den Ratsbeschluß zur Durchführung einer Lokalen Agenda. Dieser Beschluß ist für die Entwicklung und Durchführung der Agenda deshalb so wichtig, weil nach den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie politisches Handeln nur durch die gewählten Vertreter („Repräsentanten“) auf der jeweiligen Verantwortungsebene (hier die Gemeindevertretung) möglich ist. Die von den Bürgern in den gesellschaftlichen Gruppen erarbeiteten Agendaziele sind auf Veränderungen im politischen Raum ausgerichtet und bedürfen für die Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindevertretung.

Agendafahrplan, Bürgerforum und Handlungsprogramme

Ein Kernstück des Agendaprozesses ist die Mitwirkung der Bürgerschaft an der künftigen Gestaltung der Gemeinde im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gemeinsam mit lokalen gesellschaftlichen Gruppen wie Parteien, Verwaltungen, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Unternehmen, Verbände, Bildungseinrichtungen u.a.m. Die Akteursgruppen sollten sich zweckmäßigerweise an Hand ausgewählter Themenfelder zusammenfinden und sich mit eigenen Vorschlägen in die gemeindliche Entwicklung einbringen. Die Ergebnisse sollen dann im Rahmen eines ständigen Dialogs mit den Politikverantwortlichen zu konsensueller Übereinstimmung geführt und in die Entscheidungsfindung eingebracht werden. Die Gemeindevertretung Kleinmachnow hat ihre Mitwirkung an der Lokalen Agenda durch den Ratsbeschluß zur Agenda und die Dialogbereitschaft ihrer Ausschüsse mit den Agendaakteuren bekundet.

Zu den wichtigsten Handlungsprogrammen der meisten Kommunen im Rahmen der kommunalen Agenda zählen Themen wie Siedlungsentwicklung (wie bereits dargestellt, hat sie im Rahmen der Agenda eine überragende Bedeutung), Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Jugend, Soziales und Gesundheit, Wirtschaft, Tourismus sowie Bildung, Kultur und Sport, aber auch die Beziehungen zum Umland .

Die für Kleinmachnow wichtigsten Agendaziele lassen sich aus zwei Motiven ableiten:

- Aus der Einsicht und Überzeugung an einer künftig nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde mitzuwirken und der Bürgerschaft Einsichten und Überzeugungen mit dem Ziel von Verhaltensänderungen zu vermitteln.
- Die beschriebenen Frustrationen und die Protesthaltung der Bürger dadurch aufzulösen, daß ihnen über die Mitwirkung im Rahmen einer Lokalen Agenda eine faire Chance geboten wird, eigene Vorschläge durch Dialog und Konsensfindung in die gemeindlichen Entscheidungen einzubringen.

Wie auch in vielen anderen Gemeinden mußte davon ausgegangen werden, daß über Anliegen und Programm der Lokalen Agenda, wenn überhaupt, dann lediglich diffuse Vorstellungen bestehen. Zum Auftakt und zur Information der Bürger wurden deshalb zunächst drei Informationsbeiträge zum Thema in der Kleinmachnower Zeitung veröffentlicht. Als nächster Schritt folgte im Rahmen dieser Informationskampagne ein gemeinsamer Aufruf und eine Plakataktion des Bürgermeisters und des Vorsitzenden der Gemeindevertretung an die Einwohner zu einem Bürgerforum im März 1998.

Für die weitere Ablaufstrategie wurde durch die Initiatoren eine Schrittfolge erarbeitet:

- Vermittlung des Agenda-Anliegens auf dem Bürgerforum
- Beweggründe für eine Lokale Agenda in Kleinmachnow
- Vorschläge für konkrete Handlungsfelder und -schwerpunkte
- Bildung von Arbeitsgruppen und Wahl ihrer Sprecher
- Bildung eines Sprecherrates
- Einrichtung eines Agendabüros
- Angebot Organisationshilfe durch das Gemeindeamt
- Mitwirkung der Gemeindevertretung
- Einrichtung eines Agendaforums

Das Forum fand mit einer Teilnehmerzahl von über 100 Einwohnern eine überraschend gute Resonanz und gestaltete sich zu einem großen Erfolg. Nach den einführenden Erläuterungen und der sich anschließenden Diskussion verständigte sich das Forum auf ein Handlungsprogramm. Danach trugen sich mehr als 50 Einwohner, darunter auch Mitglieder der Gemeindevertretung, spontan in vorbereitete Listen zur Mitwirkung in den einzelnen zu bildenden Arbeitsgruppen ein und sagten ihre Mitwirkung zu. Insgesamt bildeten sich auf dem Forum sieben Arbeitsgruppen mit den Handlungsfeldern

1. Siedlungsentwicklung/Ortsgestaltung
2. Landschafts-/Naturschutz
3. Klima/Energie
4. Verkehr
5. Kultur/Bildung/Sport
6. Wirtschaft/Tourismus
7. Jugend/Soziales

Aus der ersten Arbeitsgruppe heraus hat sich inzwischen eine weitere mit dem Handlungsfeld

8. Wanderwege

konstituiert, so daß z. Z. acht Arbeitsgruppen in der Agenda mitwirken.

Ergebnisse der Agendaarbeitsgruppen

Nach Ablauf von nunmehr eineinhalb Jahren läßt sich eine erste, insgesamt positive Bilanz der Agenda ziehen. Die unmittelbare Themenarbeit hat einige bemerkenswerte Ergebnisse hervorgebracht, die nach beträchtlichem Aufwand in z.T. umfangreichen Projekt-dokumentationen vorgelegt wurden.

- Die AG 1 befaßt sich mit dem Projekt der Entwicklung eines Leitbildes Kleinmachnow 2010. Ein erster Entwurf liegt zur Diskussion vor.
- Die AG 2 hat in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsförderungsgesellschaft die Bestands- und Zustandserfassung für einen der bedeutendsten Grünabschnitte der Gemeinde vorgenommen.
- Die AG 3 erarbeitet Basisunterlagen für einen lokalen Heizspiegel.
- In der AG 5 entstehen u.a. zwei Projekte mit archäologisch-heimatkundlicher Zielstellung und eine aktuelle Dokumentation über die Gemeinde in der Gegenwart.
- Die AG 6 befaßt sich mit der Erfassung von Strukturdaten in den Bereichen der lokalen Wirtschaft und des Tourismus.
- In der AG 7 läuft das Projekt einer Untersuchung zur Einsparung von Heizkosten in Kleinmachnower Schulen.
- Von der AG 8 wurde mit hohem Aufwand ein inzwischen nahezu umsetzungsreifes Projekt für den Aufbau eines Wanderwegenetzes in Kleinmachnow vorgelegt.

Bemerkenswert ist, daß keines dieser Projekte zu den unmittelbaren Pflichtaufgaben der Gemeinde gehört. Die Gemeinde erschließt somit Ressourcen für die eigene Entwicklung. Besonders wichtig sind die mit der Agendaarbeit anlaufenden Bestandsanalysen in verschiedenen umweltrelevanten Bereichen. Es gibt z.B. keinerlei quantitative Erfassungen über bereits eingetretene Grünverluste. Erst diese werden es u.a. ermöglichen, in der Folge qualifizierte Zielstellungen vorzugeben und Nachhaltigkeitsindikatoren für Agendaziele zu entwickeln. Sollten die Projekte umgesetzt werden, könnten sie ganz wesentlich zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Die Gemeindevertretung und der Landrat haben zur Finanzierung erster praktischer Umsetzungen Projektmittel zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung der Mittel befindet sich z.Z. in den Abstimmungsruunden.

Erste Erkenntnisse aus dem bisherigen Verlauf der Kleinmachnower Agenda

- Die intensive Vorbereitung erwies sich wesentlicher Erfolgsfaktor für den Agendaprozeß.
- Nach gelungenem Start haben die bisher gebildeten acht Agendaarbeitsgruppen im Zeitraum von eineinhalb Jahren beachtenswerte Projekte erarbeitet, die nun mit den Politikverantwortlichen abzustimmen sind und gegebenenfalls realisiert werden können.
- Im Gegensatz zur dargestellten beachtenswerten Entwicklung auf dem Gebiet der Agendaprojekte sind organisatorische Lösungen deutlich weniger entwickelt. Agendaprozesse kommen ohne ein Mindestmaß an bewußt geordneter Struktur, Management, Organisation, Koordinierung, Einbindung in Netzwerke und vor allem ohne wirksame Öffentlichkeitsarbeit nicht aus. Die Akteure selbst unterschätzen diese Aufgaben und wenden sich den Fachproblemen zu. Nahezu alle Berichte über Agendaprozesse zeigen aber, daß diese Aufgaben in der Regel von der Verwaltung oder einem Agendabüro zur Unterstützung der Akteure übernommen werden.
- Die weiter oben dargestellten klimatischen Verstimmungen zwischen Teilen der Bürgerschaft und der Verwaltung haben sich trotz der Agendaarbeit noch nicht aufgelöst. Das Bekenntnis zur Agenda und die Erwartungen an den neuen Umgangsstil an sich sind noch nicht hinreichend. Die Nagelprobe wird darin bestehen, wie der Dialog über die Umsetzung der Projekte verläuft.
- Die Sprecher der Agendagruppen führen zwar regelmäßige Treffen durch, wenden sich jedoch gegen alles Darüberhinausgehende. Somit kommt es u.a. zu Effizienzeinbußen bei
 - Koordinierung der internen Arbeiten zu einer übergreifenden Zielstellung,
 - Öffentlichkeitsarbeit,
 - einheitlicher Interessenvertretung nach außen.
- Ziele und Qualität der Arbeitsergebnisse werden maßgeblich durch das Engagement der Gruppensprecher bestimmt
- Agendaziele sind auf langfristige Wirkung angelegt. Dennoch ist es für die Motivation wichtig, auch Ziele mit kurz- und mittelfristiger Umsetzung zu verfolgen.
- Im Kleinmachnower Agendaprozeß besteht eine Koordinierung hauptsächlich in Form von Hilfeleistungen bei Terminvermittlung und Raumbereitstellung durch die Verwaltung. Es erscheint auf längere Sicht erforderlich, Verbesserungen herbeizuführen.

- Das potentiell vorhandene Reservoir an gesellschaftlichen Gruppen für eine Mitwirkung an der Agenda ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Hier kann nur die Öffentlichkeitsarbeit weiterhelfen.

Anschrift des Autors

Dr.-Ing. Walter Haase
Brodberg 47
14532 Kleinmachnow

Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit Ergebnisse einer Dorfstudie

J. Rückert-John

1 Untersuchungsort Wulkow

Wulkow, ein Dorf mit ca. 200 Einwohnern in der Nähe von Frankfurt (Oder) an der polnischen Grenze, ist nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten durch seinen eingeschlagenen, ökologisch orientierten Entwicklungsweg bundesweit bekannt geworden. Impulse für eine ökologisch orientierte Entwicklungsperspektive des Dorfes lassen sich bereits zu DDR-Zeiten finden. Seitens der offiziellen Politik wurde Wulkow aufgrund wirtschaftlicher Strukturschwächen und geringer Einwohnerzahl der Siedlungskategorie 6 zugeordnet.¹ Damit war das Dorf der Perspektive des "Leerwohnens" und einer "Streichung von der Landkarte" preisgegeben. Soweit es im Einklang mit der offiziellen Parteipolitik möglich war, versuchte die Gemeinde, dieser drohenden Perspektive selbst entgegenzuwirken. Erst mit der deutschen Vereinigung eröffnete sich jedoch politisch eine reale Chance, für das Dorf eine eigeninitiierte Entwicklungsperspektive zu schaffen. Vor dem Erfahrungshintergrund der DDR-Entwicklung und aufgrund der ländlich peripheren Lage in einer strukturschwachen Region nahmen die Dorfbewohner Wulkows an, auch von der bundesdeutschen Politik vernachlässigt zu werden. Sie warteten also nicht auf die unwahrscheinliche ökonomische Modernisierung und die Anpassung an westdeutsche Standards, sondern versuchten, sich an alternativen, eigenständigen Entwicklungskonzepten, nämlich dem Ansatz der lokalen Ökonomie und der eigenständigen Regionalentwicklung, zu orientieren. Um der Perspektivlosigkeit entgegen zu wirken, beschloß die Gemeindevertretung 1990 ein Konzept der ökologisch orientierten Dorfentwicklung. Dabei ging es um eine Gestaltung des Lebensraums nach ökologischen Kriterien und einer einhergehenden wirtschaftlichen Wiederbelebung des Dorfes. Das Konzept verfolgt damit den Anspruch, Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum zu erhalten und neu zu schaffen, um soziale Ausgrenzung der Bewohner und Abwanderungen zu verhindern. Zu den Projekten, die im Rahmen der ökologischen Dorfentwicklung in Wulkow in Zusammenarbeit des Ökospeicher Vereins² und der Gemeinde verwirklicht wurden, zählen u.a. der regionale Markt im Speicher, die Renaturierung des Schlossparks und der naheliegenden Gewässer, die Anlage eines Kräutergartens, die Versorgung der Häuser im Dorfkern mit Wärme über eine

¹ Siedlungskategorie 6 meint eine staatliche Festsetzung durch die Raumordnungspolitik der DDR. Darunter wurden Dörfer und Siedlungen zusammengefaßt, die durch eine geringe Einwohnerzahl und eine wirtschaftliche Strukturschwäche gekennzeichnet waren. Diese sollten perspektivisch nicht weiter gefördert werden. So wurden z.B. keine Investitionen mehr getätigt und keine privaten Baugenehmigungen mehr vergeben. Unterlagen zur Festlegung der Siedlungskategorien gehörten zur »grauen Literatur« der DDR und waren öffentlich nicht zugänglich.

² Der 1990 gegründete gemeinnützige Ökospeicher Verein kann als der entscheidende Träger der ökologisch orientierten Entwicklung der Gemeinde Wulkow gesehen werden. Unter dem Leitbild »Wulkow als ökologischer Wirtschafts- und Lebensraum« fördert der Verein die ökologische Entwicklung in der Gemeinde und im Umland sowie die ökologisch orientierten gewerblichen Tätigkeiten und Wirtschaftsformen in der Landwirtschaft, Architektur, Energieversorgung, Landschafts- und Gewässerpflege und im Fremdenverkehr.

Hackschnitzelfeuerungsanlage sowie die Zimmervermietung für den Fremdenverkehr. Neben den dorfbezogenen Projekten sind die weiterreichenden Aktivitäten der ökologisch orientierten Unternehmen, die unter dem Dach des Ökospeicher Vereins arbeiten, zu nennen. Die selbständigen Unternehmer sind vor allem in den Bereichen Landschafts- und Gewässerpflege, Energie und ökologischer Landbau tätig.

1991 ernannte das Umweltministerium des Landes Brandenburg Wulkow zur "Modellgemeinde für ökologische Dorfentwicklung". Drei Jahre später wurden der Ökospeicher Verein und die Gemeinde Wulkow mit dem Deutschen Umweltpreis ausgezeichnet. In einer breiten populärwissenschaftlichen Rezeption fand das Dorf Beachtung vor allem als Modellbeispiel für eine erfolgreiche ökologische und soziale Erneuerung nach der deutschen Vereinigung, aber auch als Beispiel für die mögliche Krisenbewältigung in ländlich peripheren Regionen Europas.³ In jüngster Zeit wird der Entwicklungsweg Wulkows auch im Kontext des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung und seiner lokalen bzw. regionalen Umsetzung im ländlichen Raum als "best practice"-Beispiel diskutiert.⁴ Dabei geht es insbesondere um die Thematisierung der Chancen, die nachhaltige Konzepte in ihrer Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen für eine dauerhafte Stärkung der Lebensfähigkeit ländlicher Räume eröffnen. In den neuen Bundesländern wird diese Diskussion vor dem Hintergrund der radikalen Umstrukturierung des ländlichen Raums in Folge der Wiedervereinigung diskutiert. Die Notwendigkeit, andere Entwicklungswege zu gehen, eröffnet auch die Chance zur Realisierung nachhaltiger Entwicklungskonzepte. Zu beobachten ist jedoch, daß sich das Konzept der Nachhaltigkeit in den ländlichen Räumen nur zögerlich ausbreitet. Eine Ursache kann darin gesehen werden, daß trotz zahlreicher Erörterungen über und zu Nachhaltigkeit, Vorstellungen über eine Umsetzung des Konzepts sehr diffus bleiben. Das trifft erst recht für den ländlichen Raum zu. Erfahrungen von Städten bei der Umsetzung nachhaltiger Konzepte sind für den ländlichen Raum aufgrund seiner spezifischen Bedingungen nur begrenzt übertragbar. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: *Wie erfolgt die Umsetzung eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung im ländlichen Raum?*

Die empirische Untersuchung wurde im Dorf Wulkow durchgeführt. Wulkow gilt als Modelldorf für nachhaltige Entwicklung (vgl. z.B. Meyer-Engelke u.a. 1998). Die eigenständige Entwicklung eines Nachhaltigkeitskonzepts durch die lokalen Akteure machen Wulkow zu einem authentischen Beispiel dieser Entwicklungsrichtung. Wulkow ist deshalb kein akademisches Experiment, sondern ein Beispiel für die Lebendigkeit des nachhaltigen Entwicklungsgedankens. Bei der Erörterung der Frage ging es insbesondere darum, zu untersuchen, wie die kommunikative Vermittlung des nachhaltigen Entwicklungskonzepts in Wulkow erfolgte.

Der Forschungsansatz, an dem ich mich bei der Untersuchung orientierte, folgt dem Konzept "nachhaltiger Entwicklung". Er thematisiert die Hindernisse nachhaltiger Entwicklung in der Gegenwart ebenso wie ihre notwendigen Realisierungsbedingungen. Dabei lehne ich mich an die Definition von Nachhaltigkeit von Spehl und Tischer (1995) an. Sie gehen davon aus, daß "ein regionales Leitbild ... als nachhaltig bezeichnet werden kann, wenn es der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen (auch für die nachfolgenden Generationen) ebenso große Bedeutung beimißt wie der Bedürfnisbefriedigung der Menschen und einer gerechten Verteilung

³ Technologie Netzwerk (1990): Lokale Ökonomie. Exploration und Evaluierung lokaler Strategien in Krisenregionen. Band 1, Berlin.

⁴ Meyer-Engelke, Elisabeth; Schubert, Herbert; Heuwinkel, Dirk (1998): Beispiele nachhaltiger Regionalentwicklung. Empfehlungen für den ländlichen Raum. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover. Raabe, Stuttgart.

von Einkommen und Arbeit”.⁵

Die Untersuchung war als Einzelfallstudie angelegt und hatte nicht den Anspruch, einen modelltheoretischen Ansatz zu evaluieren. Die soziologischen Forschungsarbeiten fanden zwischen dem Winter 1996 und dem Sommer 1997 in Wulkow statt. Die Forschungsarbeiten beinhalteten eine Befragung von 37 Dorfbewohnern und Akteuren der Dorfentwicklung mit Hilfe qualitativer Leitfadeninterviews, das Auswerten der Interviews⁶ und die Erstellung einer Defizit- und Ressourcenanalyse. Diese bildete die Grundlage für eine Diskussion in der Gemeinde über die zukünftige Entwicklung. Ein Ergebnis dieser war die Bildung einer Arbeitsgruppe “Wulkow 21” im Sinne der Lokalen Agenda. Daran schloß sich eine Begleitung des Lokalen Agenda-Prozesses in Wulkow an. Die Begleitforschung war somit ebenfalls Gegenstand des Forschungsprojektes.

2 Ergebnisse der empirischen Studie

Im folgenden Teil sollen die zentralen Ergebnisse der Untersuchung in Wulkow zum Umsetzungsprozeß eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung dargestellt werden. Dabei soll versucht werden, die relevanten Aspekte und Probleme in einer zeitlichen Abfolge darzustellen, um so den Entwicklungsprozeß, der sich in Wulkow bereits über zehn Jahre erstreckt, zu betrachten. Gerade die beachtliche Dauer des nachhaltigen Entwicklungsprozesses Wulkows macht es möglich, nicht nur die Anfangsphase zu betrachten, sondern wesentliche Umsetzungs- und Gestaltungsaspekte sowie die dabei entstandenen Problemlagen aufzugreifen. Hierin besteht ein wesentlicher Unterschied und zugleich Vorteil des nachhaltigen Projektes Wulkow im Vergleich zu ähnlichen Projekten im ländlichen Raum.

Voraussetzungen für den Zukunftsdiskurs

Diskurse über die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden orientieren sich an den spezifischen Bedingungen und Problemlagen ihrer Örtlichkeit. Diese stellen Potentiale, aber auch Hindernisse für den zukünftigen Entwicklungsweg dar. Der Diskurs um die Zukunftsperspektiven Wulkows, der nach der Wiedervereinigung begann, wurde von der Entwicklung des Dorfes zu Zeiten der DDR sowie von den mit der Wiedervereinigung verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen geprägt. Vor dem Erfahrungshintergrund Wulkows wurde auch der Charakter der Zukunftsstrategie als Selbsthilfestrategie bestimmt. Die Wende-Erfahrungen bestätigten diese strategische Orientierung. Die Überlegungen der Akteure vor Ort bestanden darin, sich »auf eigener Basis« einzurichten, »weil man mehr oder weniger in dieser Geschichte hier und in dem Umfeld eh verlassen ist, von dem einen wie von dem anderen. Da ist es schon besser, man verläßt sich auf sich selbst.« (Herr Lehmann)⁷ Der Ist-Zustand der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gegeben- und Besonderheiten des Dorfes und der Region bildeten somit die Grundlage für die Formulierung der zukünftigen Entwicklungsziele.

⁵ Spehl, H.; Tischer, M. (1995): Regionale Ansätze und Projekte nachhaltiger Entwicklung in Niedersachsen. Die lokale Agenda 21 auf lokaler und regionaler Ebene. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum und der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 22. bis 24. September 1994. Loccumer Protokolle 55/95. 2. Auflage 1996, S. 291.

⁶ Die Auswertung der Interviews erfolgte zunächst in Form fallbezogener Darstellungen, die dann Grundlage für eine kontrastierende Analyse bildeten, der alle Interviews zugrunde gelegt wurden.

⁷ Alle im Text zitierten Personen wurden namentlich anonymisiert.

“Akteure der ersten Stunde”

Neben den lokalen und räumlichen Besonderheiten bringen die Akteure vor Ort ein wesentliches Potential für die Gestaltung des nachhaltigen Entwicklungsprozesses ein. Das Konzept der ökologisch orientierten Dorfentwicklung wurde von einem kleinen Kreis von Schlüsselpersonen, Pionieren der Entwicklung entworfen, die sich u.a. dadurch auszeichnen, daß sie Kenntnisse über die Problemlagen vor Ort besitzen. Die “Akteure der ersten Stunde” erhielten ihr Motiv für die Ausarbeitung eines ökologischen Entwicklungskonzepts für das Dorf vor allem aus Sorge um die Zukunft ihres Wohn- und Arbeitsumfeldes. Darum wurde die Entwicklungskonzeption auch überaus pragmatisch formuliert und angegangen. Der Grundgedanke zielt nicht auf eine konservatorische Rekonstruktion des Alten, sondern auf eine Revitalisierung des Dorfes, auf dessen Basis sich eine neue Zukunftsperspektive gründet. Neben der fachlichen Kompetenz, dem Wissen über Nachhaltigkeit, besteht ein weiteres Potential der Akteure in ihrer sozialen Kompetenz. Den Schlüsselpersonen der Entwicklung kommt gegenüber den (anderen) lokalen Bewohnern eine hohe Verantwortung zu. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, möglichst viele Bewohner bei der Umsetzung des nachhaltigen Entwicklungskonzepts zu beteiligen. Einige von ihnen werden als »Zugpferde und Ideenproduzenten« gesehen; die die Fähigkeit besitzen, »die Leute bewegen zu können« (Frau Winkler).

Unterstützung des Entwicklungsprozesses durch die Dorfbewohner

Das nachhaltige Entwicklungskonzept traf in Wulkow anfangs auf eine fehlende positive Resonanz und Akzeptanz bei den Dorfbewohnern. Die Inhalte waren nicht anschlussfähig an die Lebenswelt der Dorfbewohner. Entsprechende Potentiale im Dorf zur Unterstützung des Entwicklungsprozesses, die nicht nur vom Interesse sondern auch von den Fähigkeiten der Akteure abhängen, waren aus Sicht der Akteure der Dorfentwicklung nicht ausreichend gegeben bzw. fehlten. Ursachen dafür sehen sie vor allem im Alter der Dorfbewohner und ihrer Qualifikation. »Die Cleveren sind früher auch schon abgezogen. Wo sollen denn die Gewerbe herkommen, das sind alles landwirtschaftlich Ausgebildete, oder Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft.« (Herr Lehmann) Die Bewohner Wulkows sind im starken Maße einem Landarbeitermilieu verhaftet: Die Ausbildung war vor allem auf Landwirtschaft orientiert und der Bildungsgrad ist eher niedrig. Seitens der Dorfbewohner bestand gegenüber dem Zukunftskonzept und seiner ökologischen Ausrichtung Skepsis, die sich vor allem auf die Wirtschaftlichkeit und Tragfähigkeit der Idee bezog. Die abwartenden und ablehnenden Positionen der Bewohner sind auch vor dem Hintergrund ihrer allgemeinen Erfahrungen in der “Wendezeit”, die mit enormen Unsicherheiten erlebt wurde, zu sehen. So waren viele der Dorfbewohner, gerade der älteren Generation, bestrebt, am Bewährten (z.B. der konventionellen Landwirtschaft), das Stabilität und Sicherheit versprach, festzuhalten. Das ökologische Dorfentwicklungskonzept stellt demgegenüber eine Modernisierungsstrategie dar, die mit dem Herkömmlichen bricht.

“Akteure von außen”

Aufgrund fehlender Akzeptanz und Unterstützung des Gesamtprojekts in der Dorfbevölkerung orientierte sich der Ökospeicher Verein nach außen, um sich Gleichgesinnte zu suchen, die den Prozeß aktiv unterstützen und tragen. Diese stellen einen zukünftigen Motor der Entwicklung dar, der größere Projekte erst möglich machte und so dem Gesamtprojekt bisher entscheidende Impulse verlieh. Die “Akteure von außen”, als anderer Teil der Akteure der ökologischen

Dorfentwicklung, kamen vor allem wegen ihrer Begeisterung über die ökologische Entwicklungsidee und der sichtbaren Umsetzung dieser Idee im Dorf. Sie waren “beeindruckt vom Elan der Leute”, aber auch von der Vielfalt der bereits vorhandenen Projekte »... *da war eben alles, dieser Rundumschlag. Andere Gebiete waren entvölkert und hier hatten wir das Gefühl: Gemeinschaft, und die machen was los, die haben Power und Ideen.*« (Frau Dümcke) “Akteure von außen” sind in hohem Maße “für die Sache” motiviert, weisen Engagement und Einsatzbereitschaft auf. Einen weiteren Vorteil, den sie besitzen, wird von den Dorfbewohnern darin gesehen, daß sie frei von persönlichen Altlasten sind. Denn typisch für Dörfer sind die “gläsernen Biographien” ihrer Bewohner: jeder kennt jeden. So können die Akteure, gerade durch “Lasten” ihrer DDR-Vergangenheit, stigmatisiert werden. Die Akteure von außen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie offen und in ihrer Meinung gegenüber dem Dorf weniger voreingenommen sind. Zu diesem Punkt kann festgehalten werden, daß die ökologische Dorfentwicklung trotz gegenteiliger anfänglicher Bestrebungen entscheidende Impulse von außen erhielt und ohne diese auch nicht in dem Maße erfolgreich gewesen wäre. Die externen Impulsgeber konnten in die Dorfgemeinschaft integriert werden, da sie als zugezogene Akteure ihr Interesse und Engagement authentisch nachweisen konnten.

Neue Akteurskonstellationen im Dorf

Auffällig oft wurden von den Befragten die Dorfbewohner bezüglich ihrer Stellung zum ökologischen Dorfentwicklungskonzept in unterschiedliche Gruppen aufgeteilt. Diese Aufteilung reichte von komplexen Systemen bis hin zur Darstellung dichotomer Strukturen von Ablehnern und Befürwortern des ökologischen Entwicklungsweges. Klar auszumachen ist dabei die Gruppe der Akteure der ökologischen Dorfentwicklung, die vor allem im Ökospeicher Verein zu verorten sind. Diese Akteursgruppe läßt sich weiter unterteilen in die “Akteure der ersten Stunde” und in die “Akteure von außen”, die neu hinzugekommenen. Auf beide Gruppen wurde bereits näher eingegangen. Den Akteuren der ökologischen Dorfentwicklung stehen die übrigen Dorfbewohner gegenüber. Hierbei lassen sich insgesamt drei Gruppen unterscheiden: die “Ablehner”, die “abwartenden Traditionalisten” und die “Aktivierten”. Die Unterschiede sind vor allem im Verhältnis der Dorfbewohner zur ökologischen Entwicklungsidee festzustellen. So assoziieren die “Ablehner” Ökologie vor allem mit nicht haltbaren landwirtschaftlichen Produktions- und Arbeitsweisen.

Die “Ablehner” werden vor allem von den älteren, »verwurzelten« Bewohnern und aktiven konventionellen Bauern gestellt. Ihre Position wird im folgenden Zitat von Herrn Kühn, der zu den “Ablehnern” gezählt werden kann, deutlich: »*Ja, das ist ja alles schön und gut mit der Ökologie, mit der ganzen Landwirtschaft, aber so wie das hier bei uns aussieht, ich weiß nicht, ich kenne das von früher ein bißchen anders. Das braucht auch Nahrung, dann muß man anderen Naturdünger raufschmeißen. So wie das hier bei uns aussieht, ich habe da wenig Vertrauen zu. Die haben alle studiert, sind schlauer wie wir. Aber wenn nichts reinkommt, kommt nichts raus. Damals gewiß, da waren die Felder überdüngt, aber denn läßt es nach.*«

Die Gruppe der “abwartenden Traditionalisten” kann man im Umfeld des Vereins “Die Wulkower”⁸ verorten. Auch diese assoziieren in erster Linie mit dem Schlagwort »Ökologie« Landwirtschaft, ohne jedoch dieses Konzept zu diskreditieren. Im Gegenteil suchen sie zu der ökologischen Wirtschaftsweise Parallelen in der Vergangenheit, die implizit positiv bewertet wird. Diese Position wird beispielsweise im folgenden Zitat von Frau Hoffmann deutlich: »*Wenn ich höre, wie die Eltern gelebt haben, die haben doch ökologisch gelebt, das können wir doch*

⁸ Um dem Zerfall des Gemeinschaftslebens zu begegnen, wurde 1991 der Verein “Die Wulkower” gegründet. Zu den Aktivitäten des Vereins gehören neben kulturellen auch sportliche und gesellige Veranstaltungen.

sagen. Ihr habt doch von euren eigenen Produkten gelebt, das waren doch Ökoprodukte.«

Die “Aktivierten” sind im Umfeld des Ökospeicher Vereins anzusiedeln. Sie fanden Zugang zur ökologischen Idee aus ihrem unmittelbaren Lebenszusammenhang heraus, von wo aus sich ihnen der weitere Bedeutungsgehalt des Konzeptes erschloß. Dieses Verständnis führte dann zu Engagement, zum aktiven Mitmachen bei der ökologischen Dorfentwicklung. Frau Büttner, eine Vertreterin der jüngeren Generationen Wulkows, mit geringeren Bezügen zur Landwirtschaft, äußert sich wie folgt: *»Anfangs war es schwierig, dieses Konzept oder die Idee hier reinzubringen. Deshalb ist es auf Widerstand gestoßen, weil ich glaube, es konnte so richtig keiner was mit anfangen. Also Ökologie, ich hab ja mal in der Forst gelernt, konnte ich nur im Bereich der Pflanze so deuten, Solarenergie, Wasser. Vieles war auch einfach Unkenntnis, weil man sich unter dem Konzept, weil es so ziemlich weitsplittig war, nichts vorstellen konnte.«*

Augenscheinlich ist den Gruppen die ökologische Entwicklungsidee nicht gleichgültig; alle positionieren sich in der einen oder anderen Weise dazu. Die unmittelbare Betroffenheit vom ökologischen Entwicklungskonzept zwingt sie dazu. Die Deutungen der und die Positionierungen zur Idee gehen dabei immer von einem expliziten Sinnanschluß aus, der einerseits im Landbau, andererseits in anderen relevanten Kontexten gefunden wird. Der entscheidende Unterschied besteht in der weiteren Deutung dieses Sinns. Wird dieser Sinnanschluß von den “Ablehnern” durch ihre lebensweltliche Logik im Rahmen konventioneller Landwirtschaft einfach blockiert, finden die “abwartenden Traditionalisten” in der Historisierung eine latent positives Verhältnis, ohne daß sich ihnen die gesamte Spannweite der Bedeutung der ökologischen Entwicklungsidee erschließt. Die “Aktivierten” finden dagegen einen weiteren Anschluß durch eine Erweiterung ihres Sinnhorizonts, wodurch sich schließlich Vorurteile und Klischees auflösen und Beteiligung möglich wird. Die Gruppenzugehörigkeiten der Akteure und Betroffenen sind im Zeitverlauf des Gesamtprojekts nicht statisch. Es konnten gruppenspezifische Entwicklungsprozesse bei den Akteuren (zwischen Euphorie und Resignation) und Betroffenen (zwischen Engagement und Frustration) festgestellt werden.

Problem Arbeit

Der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen nimmt aus Sicht der Dorfbewohner für die zukünftige Entwicklung Wulkows einen zentralen Stellenwert ein. Eine wesentliche Bedeutung kommt der Erwerbsarbeit zum Lohnerwerb und zur Sicherung der Altersrente zu. Verbunden damit sind auch Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensqualität. Arbeit wird auch deshalb eine große Bedeutung beigemessen, da, vor dem Hintergrund der DDR-Erfahrungen, der Arbeitsplatz auch der Ort war, wo man zusammenkam und kommunizierte. Vor allem wird in den Interviews grundsätzlich der Verlust der Arbeit bedauert: *»Wer noch Arbeit hat, ist glücklich.«* (Herr Kühn) Die Zentralität des Arbeitsproblems als Lebensproblem der Bewohner Wulkows ist evident. So ist es plausibel, daß ein zentrales Ziel des Entwicklungskonzeptes in der Schaffung von Arbeitsplätzen besteht. Arbeitsplätze sind jedoch an Bedingungen geknüpft, die erst durch die ökologische Erneuerung hergestellt werden können. Der Anspruch, Arbeitsplätze zu schaffen, ist in der Anfangsphase formuliert worden, die von Euphorie und Aufbruch gekennzeichnet war. Dabei wurde unterschätzt, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen auch immer mit kostenverursachenden Investitionen durch die Unternehmer verbunden ist. So kommt ein Vertreter des Ökospeicher Vereins zu der Einschätzung, *»daß man mit den Arbeitsplätzen zu euphorisch war, weil es bedarf ja immer noch Investitionen. Das ist ganz normal.«* (Herr Manz) Durch Mittel des “Aufbau Ost” erhielten die Projekte in der Anfangsphase ihre Dynamik. In den Folgejahren wurde die Abhängigkeit von diesen und die geringe eigene Tragfähigkeit der Projekte jedoch deutlich erkennbar. Es wurde schnell klar, ABM-Stellen sind nur eine

Überbrückung, aber keine Lösung des Arbeitsproblems im Dorf. Der im Entwicklungskonzept definierte Anspruch, Arbeitsplätze zu schaffen, wurde von den Dorfbewohnern als Versprechen wahrgenommen, das seither als Erfolgskriterium des Konzeptes gilt. Zum Widerspruch zwischen Anspruch und Umsetzung, der perspektivisch gestaltbar und aufhebbar ist, kommt der Widerspruch zwischen Darstellung und Realität, der aber Töne der Mißgunst nur wenig überdeckt. »*Er hat doch die Leute eingestellt, damit hat er groß in der Zeitung geprahlt.*« (Herr Krause) Heute thematisieren die Akteure der Dorfbewicklung stärker die realen Umsetzungschancen des Anspruchs, Arbeitsplätze zu schaffen. So entsteht Arbeit auch »*durch Vermietung zum Beispiel, Arbeit mit der Hackschnitzelheizung. Das sind alles so kleine Schritte, die man sehen muß.*« (Herr Schmidtke) So erscheint eine realistische Perspektive eher darin, daß durch das ökologische Entwicklungskonzept zusätzliche Einkommensquellen, wie z.B. durch die Zimmervermietung, geschaffen werden, weniger jedoch »*feste*«, dauerhafte Arbeitsplätze für die vormals in der Landwirtschaft Beschäftigten. Zum Schwerpunkt "Problem Arbeit" gilt es, die notwendige Beachtung sozialer Problemlagen vor Ort in nachhaltigen Entwicklungskonzepten festzuhalten. Nur durch eine Anschlußfähigkeit an soziale Problemlagen vor Ort werden nachhaltige Konzepte Akzeptanz und reale Chancen einer Realisierung erfahren.

Projektorientierung

Die auf längere Sicht doch positive Resonanz und Akzeptanz der Dorfbewohner, die bei den Projekten in Wulkow (Markt und Hackschnitzelheizung) deutlich wurde, gibt Aufschluß über wesentliche Momente der Vermittlung des ökologisch orientierten Entwicklungskonzeptes. Ein bedeutender Faktor ist darin zu sehen, daß aus Sicht der Dorfbewohner beide Projekte ihre Lebensqualität im entscheidenden Maße verbessern. Markt und Heizung sind »*greifbare Dinge*« und an den Sinnhorizont der Bewohner anschlußfähig. Des weiteren hat sich gezeigt, daß eine positive Resonanz der Projekte außerhalb der Dorfgrenzen Rückwirkungen auf diese im Dorf und bei den Bewohnern selbst hat. Neue Projekte müssen in ihrem Gestaltungs- und Umsetzungsprozeß nachvollziehbar sein. Es wurde gleichzeitig deutlich, daß dieser Prozeß des Nachvollziehens durch die Dorfbewohner jedoch Zeit braucht. Nur unter diesen Voraussetzungen sind die Projektideen an den Sinnhorizont der Bewohner anschlußfähig. Am Beispiel des Marktes wurde noch ein weiteres Moment für die Gestaltung des Umsetzungsprozesses erkennbar. Die Tragfähigkeit des Marktes basiert auf der Eigeninitiative und dem Interesse der Betreiber. Die Beteiligung von Dorfbewohnern an Projekten muß demnach über ihre individuellen Interessenlagen erfolgen. In Wulkow hat sich im späteren Verlauf gezeigt, daß gerade über konkrete Projekte eine Vermittlung der nachhaltigen Idee - die über die unmittelbaren Verbesserungen der Lebensqualität hinausgeht - und eine Beteiligung von Personen, die dem Gesamtprojekt eher ablehnend gegenüberstehen, erfolgen kann (Beispiel Kräutergarten⁹). Dazu ist jedoch eine ständige kommunikative Vermittlung des ökologischen Entwicklungsgedankens vonnöten, die jedoch in Wulkow bisher nur in Ansätzen und nur wenig erfolgreich betrieben wurde.

⁹ Nachdem der Kräutergarten unter den ausbleibenden ABM-Kräften sichtbar litt, sah der Ökospeicher Verein eine mögliche Lösung darin: »*Das jemand das betreut, der einen Nutzen daraus zieht.*« (Herr Manz) Dieser Vorschlag wurde ein Jahr später durch eine Kooperation des Ökospeicher Vereins und zwei Dorfbewohnerinnen Realität. Der Verein übernimmt seit dem eine Honorarfinanzierung für Frau Kluger, einer arbeitslosen Wulkowerin, die jetzt die Verantwortung für den Kräutergarten übernommen hat. Bis zu diesem Zeitpunkt stand sie dem ökologischen Entwicklungsprojekt eher ablehnend gegenüber. Die Dorfbewohnerin Frau Goldemann, Schuldirektorin einer Schule in Frankfurt (Oder), gewinnt Schüler, die im Kräutergarten ihr Praktikum durchführen. Dieses Beispiel für eine gelungene Vermittlung macht zweierlei deutlich. Einer arbeitslosen Dorfbewohnerin konnte mit der Pflege des Kräutergartens eine Aufgabe gegeben werden, die ihren Interesse entspricht und die, wenn auch nur geringfügig, finanziell vergütet wird. Auf diesem Weg konnte sie für die Umsetzung des ökologischen Entwicklungskonzeptes gewonnen werden.

Information und Kommunikation

Beim Thema der Schaffung von Arbeitsplätzen aber auch bei den Projekten wurde deutlich, daß Kommunikationsdefizite zwischen den Akteuren der Entwicklung und den Dorfbewohnern bestehen. Diese lassen Mißverständnisse und Gerüchte aufkommen. Dieser Eindruck verstärkt sich aus Sicht der Betroffenen, als nach einer Anfangsphase, sich die Entwicklungsdynamik verlangsamt und nicht mehr so zahlreich und sichtbare Projekte im Entstehen sind. Das auch schon früher latent vorhandene Kommunikations- und Informationsdefizit tritt nun deutlich zutage. »... *es ist leise um den Speicher*« geworden. »*Was genaues kriegen wir ja eigentlich gar nicht mit*« (Frau Schade). Andere Dorfbewohner wissen zu berichten, daß sie oft erst in der Presse näheres über die gegenwärtigen Aktivitäten des Ökospeicher Vereins erfahren. Eine aktive Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit seitens des Vereins nicht nur nach außen, sondern auch in Richtung Dorf, stellen sich als unabdingbare Voraussetzungen für eine Kommunikation zwischen den Akteuren der Dorfentwicklung und den Dorfbewohnern und für eine positive Resonanz bzw. Akzeptanz des ökologischen Entwicklungsprozesses heraus. Andererseits ist dafür jedoch auch eine grundsätzliche Bereitschaft zur Kommunikation beiderseits vonnöten. Letztlich münden die Kommunikationsprobleme und -defizite in »... *Gerüchten. Das ist das ganz schlimme.*« (Frau Goldemann). Information und Kommunikation sind wichtige Voraussetzungen, um ein Interesse der Dorfbewohner am Entwicklungsprojekt zu wecken bzw. einen Anschluß an bereits bestehende Sinnbezüge zu schaffen. In der Kommunikation ist es notwendig, ständig die Sinnhaftigkeit von Nachhaltigkeit (z.B. anhand der Projekte) aufzuzeigen. Die Ergebnisse sollten dabei als gemeinsame Erfolge sichtbar gemacht werden, denn sie sind die Voraussetzung für die Sicherung einer dauerhaften nachhaltigen Überzeugung und einem entsprechenden Engagement.

Beteiligung

Die mangelnde Kommunikation führte dazu, daß neue Potentiale für eine Beteiligung der Dorfbewohner von den Akteuren der ökologischen Dorfentwicklung nicht mehr wahrgenommen und aktiviert werden konnten. Konstatierten die "Akteure der ersten Stunde" anfangs ein fehlendes bzw. mangelndes Potential für die Umsetzung des Konzepts unter den Dorfbewohnern und »holten« sie deshalb zusätzlich "Akteure von außen", so wurden zum Zeitpunkt der Befragung hingegen unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten von den Bewohnern thematisiert. Das Interesse, sich an den Aktivitäten des Ökospeicher Vereins zu beteiligen und diese auch mitzugestalten, wurde häufig von jüngeren bzw. neu zugezogenen Bewohnern geäußert. Die Ursachen hierfür werden im bestehenden Kommunikationsproblem gesehen. Um diesen zu begegnen sind einige Akteure nun bestrebt, den Diskurs mit den Dorfbewohnern wieder aufzunehmen. Neue Akteure der ökologischen Dorfentwicklung unternehmen den Versuch einer Vermittlung zwischen den Diskursteilnehmern. Nach Herrn Walther besteht die Handlungsstrategie des Vereins nun darin, die direkte Kommunikation mit den Dorfbewohnern zu suchen. Das direkte Gespräch wirkt aufklärend, es kann so Gerüchten begegnen und Tatsachen richtig stellen. Daß diese, im gewissen Sinne, Mediatorenrolle jedoch von einem neu hinzugekommenen Bewohner übernommen wurde und möglicherweise auch nur übernommen werden konnte, läßt auf seine ausreichende Distanz zu den Problemlagen und den beiden Problemparteien schließen. Für die "alten" Akteure lassen sich die festgefügteten »*Bilder*« über einzelne Dorfbewohner nur schwer revidieren. Jedoch erkennen auch sie die Notwendigkeit von »*Rückkopplungen*« (Frau Lehmann) für die Gestaltung des Dorfentwicklungsprozesses.

Deutlich wird, daß die Entwicklung in Wulkow vom Vorhandensein einer Aktivistengruppe abhängig ist. Das allgemeine Problem von Aktivistengruppen besteht darin, die eigene Aktivität auf einen größeren Kreis zu übertragen. In Wulkow gelang dieses nur wenig. So werden hier ebenfalls die Grenzen der ehrenamtlichen Tätigkeit der Akteure erkennbar. Eine gewisse Ernüchterung ist unter den »alten« Akteuren eingetreten, ihre Kräfte sind verbraucht. Dabei zeigt jedoch das erfolgreiche Integrationsbeispiel "Kräutergarten" einen möglichen Weg, auch "Ablehner" in das Projekt "Wulkow" mit einzubeziehen. Die Übertragung von Aufgaben und Verantwortung ermöglicht Engagement und eine positive Assoziation mit der ökologischen Entwicklungsidee.

3 "Wulkow 21" – Lokale Agenda auf dem Dorf

Die Diskussionen um lokale Nachhaltigkeit und die Agenda 21 erlangte für Wulkow seit den letzten Jahren an Bedeutung. Die Leitideen nachhaltiger Entwicklung werden in Wulkow als eine Bestätigung des bisherigen Weges der ökologisch orientierten Dorfentwicklung gesehen und gleichzeitig als Chance, diese Entwicklung mit einigen Korrekturen weiterzuführen. Korrekturen beziehen sich vor allem auf eine stärkere Ausrichtung auf den ganzheitlichen und nachhaltigen Charakter der Entwicklung, in dem ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Dimensionen gleichermaßen ihre Beachtung finden sollen, sowie auf deren qualitative und diskursive Momente. Stark im Mittelpunkt steht dabei das Bestreben nach mehr Information und Transparenz seitens aller Akteure sowie das Bemühen, eine breitere Basis von Dorfbewohnern in die Planung und Umsetzung von Vorhaben mit einzubeziehen. Diese Momente der Entwicklung in Wulkow werden als wichtige Komponenten nachhaltiger Entwicklung angesehen.

Mit der Auswertung der soziologischen Befragung bot es sich an, eine Defizit-Ressourcen-Analyse und so eine Verortung des Ist-Zustandes für Wulkow vorzunehmen, die den Ausgangspunkt für einen Lokalen Agenda 21-Prozess darstellen. Ziel war es, die Stärken und Schwächen der bisherigen Wulkower Entwicklung aufzuzeigen und zu einer kreativen Ideenwerkstatt unter dem Motto "Wie soll es weitergehen in Wulkow?" anzuregen. Für einen ersten Einstieg in die Diskussion wurde eine öffentliche Gemeindevertreterversammlung gewählt, auf der die Stärken-Schwächen-Analyse zur Diskussion gestellt und von den Gemeindevertretern der Beschluß gefaßt wurde, einen Arbeitskreis "Wulkow 21" zu gründen, der sich mit der Formulierung von Leitideen für eine zukünftige Dorfentwicklung im 21. Jahrhundert beschäftigen soll. Damit wurde in Wulkow unter breiter Einbeziehung der Dorfbevölkerung eine Diskussion darüber in Gang gesetzt, welche wünschenswerten und notwendigen Entwicklungsziele eine zukunftsfähige Dorfentwicklung sichern. Die Initiierung der Arbeitsgruppe und die Organisation der Arbeitstreffen wurde von Soziologen in Unterstützung eines Gemeinderatsmitgliedes durchgeführt. Im Agenda-Prozess sollte neben den Aspekten der Partizipation und Kommunikation vor allem der ganzheitliche Charakter der Dorfentwicklung eine besondere Beachtung finden. Stärken einer solcher Herangehensweise, die zunächst einmal einen höheren Arbeitsaufwand befürchten lassen, können darin gesehen werden, dass ein noch breiterer Kreis von Dorfbewohnern in die Gestaltung und Umsetzung von Ideen und Projekten aktiv einbezogen und so eine breite Akzeptanz der Vorhaben hergestellt werden kann. Um eine Akzeptanz und Anschlußfähigkeit bei den Dorfbewohnern zu erreichen, erschien es deshalb auch wichtig, an bereits bestehende Aktivitäten und Projekte anzuknüpfen, um damit deren Potentiale zu nutzen und Kontinuität zu wahren. Es wäre demnach falsch, die zukünftige Dorfentwicklung unter dem Vorzeichen »Lokale Agenda 21« und losgelöst vom bisherigen, ökologisch

orientierten Weg als vollkommen neu zu diskutieren. Als eine Schlußfolgerung aus der Forderung nach mehr Öffentlichkeit und Transparenz wurde eine Informationsblatt "Neues in Wulkow" herausgegeben mit dem Ziel, Wulkower Bürger über die Aktivitäten um die Agenda 21 zu informieren. Gleichzeitig fungiert das Blatt als Forum für die Vereine. Für die Gestaltung des Agenda-Prozesses erschien es wichtig, daß

- die Entwicklung von der Gemeinde ausgeht und getragen wird,
- von den Mitgliedern des Ökospeicher Vereins mit ihrer Fachkompetenz unterstützt wird,
- eine breite Einbeziehung der Dorfbewohner, Vereine, Interessengruppen und Unternehmen in den Arbeitskreis „Wulkow 21“ erfolgt und
- eine transparente und öffentliche Gestaltung des Prozesses angestrebt wird.

Problemfelder

Erfahrungsgemäß hat es sich als durchaus schwierig erwiesen, einen Agenda-Prozeß in Gang zu setzen und ihn am Laufen zu halten. Das Konzept einer zukunftsfähigen Entwicklung zeigt eine konsensfähige Richtung notwendigen gesellschaftlichen Wandels auf und ist dabei offen für unterschiedliche Interessenlagen und Strategien. Weitgehend unklar dabei bleibt jedoch, wie die Umsetzung des anspruchsvollen Leitbildes erfolgen soll. Gerade für den ländlichen Raum ist zu beobachten, dass Konzepte nachhaltiger Entwicklung und Agenda-Prozesse weitaus seltener betrieben werden als in den Städten. Zudem sind Erfahrungen großer Städte im Agenda-Prozeß aufgrund der Besonderheiten ländlicher Räume kaum übertragbar. Die Thematisierung von Problemen und best-practice-Beispielen von Agenda-Prozessen in Gemeinden wie Wulkow kann vor diesem Hintergrund gewinnbringend für vergleichbare Projekte sein. Die im folgenden identifizierten Problemfelder bei der Gestaltung des Agenda-Prozesses lassen Entsprechungen zu den vorher besprochenen Umsetzungsaspekten erkennen.

In den Diskussionen zu den Perspektiven Wulkows im nächsten Jahrtausend wurde deutlich, daß Zukunftsideen sehr pragmatisch orientiert sind und weniger einen visionären Charakter haben. Sie gehen stark von den Problemlagen vor Ort aus, die sich insbesondere auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner beziehen. Der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit findet dabei weniger Beachtung. Die ersten Beobachtungen machen deutlich, daß die Idee der nachhaltigen Entwicklung in den öffentlichen Debatten nur Resonanz findet, wenn sie sich als anschlussfähig an soziale Probleme und Alltagspraktiken vor Ort erweist.¹⁰ Im Agenda-Prozess hat sich gezeigt, dass vor allem die Umsetzung konkreter Projekte auf breite Resonanz stießen. So wurden zum Beispiel die in den Gesprächsrunden der Arbeitsgruppe thematisierten fehlenden Betätigungsmöglichkeiten für Jugendliche im Dorf in kurzer Zeit angegangen. Die Vereine überlegten, wie sie mit speziellen Angeboten, wie z.B. dem Aufbau einer Tischtennisplatte im Park, Internetkurse, Beteiligung der Jugendlichen an der Vereinsarbeit usw. die Freizeit junger Leute attraktiver gestalten können. So konnten Jugendliche seitdem u.a. zum Brotbacken für den wöchentlichen Markt gewonnen werden.

Viele Ideen werden hinsichtlich ihrer Umsetzung mit dem Verweis auf Restriktionen wie z.B. finanzielle und personelle Engpässe als unrealistisch eingestuft. Der Handlungsrahmen in einem kleinen Dorf wie Wulkow scheint aus Sicht der Bewohner begrenzt. Resignation ist die Folge. Die Problemlösungskompetenz wird bei höheren Instanzen auf der Kreis- und Landesebene gesehen. Im bisherigen Prozess wurde ebenfalls deutlich, daß für bestimmte Bereiche

¹⁰ Brand, Karl-Werner (1997): Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild »Nachhaltige Entwicklung«. Einführung. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Leske+Budrich, Opladen.

nachhaltiger dörflicher Entwicklung wie z.B. Energie, Öffentlicher Personennahverkehr, Abwasser oder Tourismus fachliche Detailfragen noch geklärt werden müssen und eine Kooperation mit Experten notwendig ist. Für die Gestaltung des Agenda-Prozesses scheint es jetzt auch notwendig, sich vergleichbare Aktivitäten in Dörfern hinsichtlich ihrer Organisationsformen (insbesondere Bürgerbeteiligung), Arbeitsweise und Themenstellungen anzusehen. Es hat sich gezeigt, daß die Organisation und Gestaltung des Prozesses ausschließlich mit ehrenamtlichen Kräften kaum realisierbar ist. Kleine Dörfer, in denen die Gemeindevertretung ehrenamtlich fungiert, werden die Lokale Agenda 21 eher als zusätzliche Pflichtaufgabe sehen. Soll der Agenda-Prozess mit Ernsthaftigkeit betrieben werden, der Erfolge zeitigt, so ist eine entsprechende finanzielle und personelle Absicherung unbedingt notwendig. Die Arbeitsgruppe "Wulkow 21" wurde von den Akteuren im Prozessverlauf als Doppelstruktur neben der Gemeindevertretung gesehen und ihre Existenz nicht als notwendig erachtet. Der Kreis derjenigen Dorfbewohner, die bereits in anderen Vereinen und Gremien aktiv sind, fanden sich auch in der Arbeitsgruppe "Wulkow 21" wieder. Für sie stellt sich der Agenda-Prozess in der Tat als zusätzliche Belastung und weniger als Entlastung durch Einbeziehung eines größeren Kreis von Bewohnern dar. Dennoch führte der Diskussionsprozeß, der in der Arbeitsgruppe geführt wurde, zur Erstellung eines Agenda-Dokuments "Leitlinien für eine zukünftige Entwicklung der Gemeinde Wulkow"¹¹, das nun die Grundlage für die weitere Arbeit der Gemeindevertretung bildet.

4 Zusammenfassung

Aus den Ergebnissen der soziologischen Untersuchung und den Beobachtungen zum lokalen Agenda-Prozeß in Wulkow lassen sich folgende Determinanten einer erfolgreichen Umsetzung eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung ableiten:

Es hat sich gezeigt, daß Nachhaltigkeit in der Dorfbevölkerung nur kommunizierbar ist, wenn soziale Problemlagen ihre Berücksichtigung finden. Die Nachhaltigkeitsdebatte muß hinsichtlich örtlicher Gegebenheiten paßfähig sein, nur so erfährt sie Resonanz. Der Agenda-Prozeß lebt davon, daß alle betroffenen Gruppen in die Arbeit einbezogen werden. Sie können so ihre spezifischen Potentiale und eigene Projekte einbringen. Die Anknüpfung an praktische Maßnahmen, die auf die unmittelbare Verbesserung der Lebensqualität orientiert sind, erwies sich für den Umsetzungsprozeß als vorteilhaft. Es erscheint auch sinnvoll, über Projekte den Zugang zur Leitbilddiskussion zu finden und nicht umgekehrt. Eine weitere Erfahrung der bisherigen Entwicklung ist es, die Umsetzung eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung transparent und öffentlich zu gestalten. Nur so wird für alle Beteiligten die Arbeit nachvollziehbarer und ihr eigenes Engagement erfahrbar. Das wiederum sind wichtige Bedingungen, um Motivation der Akteure zu befördern. Information und Kommunikation haben sich als elementare Voraussetzungen für die Gestaltung des Entwicklungsprozesses herausgestellt. Nur so kann ein Interesse der Dorfbewohner geweckt werden bzw. ein Anschluß an bestehende Sinnbezüge der Bewohner geschaffen sowie eine Beteiligung möglich werden. Ständig die Sinnhaftigkeit des nachhaltigen Entwicklungskonzepts aufzuzeigen bildet vor dem Erfahrungshintergrund Wulkows den Schlüsselprozeß bei der Umsetzung eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung.

¹¹ Das Dokuments beinhaltet folgende Schwerpunkte: 1. Sicherung der grundlegenden Lebensbedingungen im Dorf; 2. Ausbau der lokalen Ökonomie zur Schaffung neuer Arbeits- bzw. zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten im Dorf; 3. Die Gestaltung des örtlichen Bauens nach ökologischen Kriterien; 4. Erhalt der Unverwechselbarkeit des historisch gewachsenen Ortsbildes; 5. Stärkung der Zusammenarbeit der Vereine und anderer Kräfte im Dorf; 6. Orientierung auf eine umweltgerechte Lebensweise der Dorfbewohner; 7. Bewahrung der lokalen Eigenständigkeit und Ortsverbundenheit.

Anschrift der Autorin

Jana Rückert-John
Müggelseedamm 161
12587 Berlin